Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (24. August 2003)

Sand im Getriebe 25

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

***rtf/.pdf-Version unter** www.attac.de/rundbriefe* • ***html-Version unter** www.attac-austria.org/sig/sig.php*
***email an die Redaktion**:* **sig@attac.de**

		Seite
VON EVIAN NACH CANCÚN:		
Walden Bello	**Ist die Globalisierung zu Ende?**	2
ATTAC-Österreich	Worum geht es in Cancún?	9
Terminankündigungen zu Cancún	Stop WTO!, Gardasee / Fatal Global?!, Berlin / "frauen macht sichtbar", Graz	17
Pia Eberhardt und Nicola Sekler	Etikettenschwindel in der WTO: Wo Entwicklung draufsteht, ist keine drin.	18
Aileen Kwa	Countdown bis Cancún: Ein undurchsichtiger und "regelloser" Verhandlungsprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit	20
Appell von mehreren belgischen Organisationen	Der Handel soll im Dienste der nachhaltigen Entwicklung stehen - nicht umgekehrt!	25
Bama Athreya	Der Handel betrifft Frauen	28
Jean Tardif	Medienkonzentration ohne Ende?	31
Sam Perlo-Freeman	Militarismus und ökonomische Entwicklung	32
LATEINAMERIKA:		
Sarah Cox	Kaffeekrise	36
Franklin Frederick	Wasser-Privatisierung in Brasilien und der "Fall" Nestlé	37
Alex Contreras Baspineiro	Die Bolivianer verlangen eine Volksabstimmung über FTAA/ALCA	39
Emir Sader	Der argentinische Wirtschaftsminister kündigt Regulierung von Kapitalströmen an	40
ATTAC Argentinien	Erklärung zur Ankündigung des Wirtschaftsministers, Kapitalströme zu regulieren	40
SOZIALFOREN:		
Sergio Ferrari	Vor dem Schweizer Sozialforum: Vielfältigkeit als Ziel	41
GMO (genmanipulierte Organismen):		
Kommuniqué von ATTAC Frankreich	Das Protokoll von Cartagena zur Vorbeugung biotechnologischer Risiken	42
ATTAC Deutschland	Attac begrüßt Freilassung von José Bové: "Widerstand gegen WTO-Politik ist notwendig und legitim"	43

Wir danken coorditrad und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.
Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland),
Barbara Waschmann (Attac Österrreich),
Karin Vogt, Alice Mittermeier und Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

Ist die Globalisierung zu Ende?

Die Krise des Globalisierungsprojekts und die „New Economics“ des George W. Bush

(verfasst für die **McPlanet-Konferenz** - www.mcplanet.com- in Berlin am 27. Juni 2003. Die Originalversion dieses Texts erscheint in der Herbstausgabe des „New Labor Forum“.)

Walden Bello

Rede beim Eröffnungspanel “Gerechtigkeit auf einem begrenzten Planeten” der McPlanet-Konferenz

“Der Kapitalismus erodiert konstant das In-der-Natur-Sein (Kreatur) und In-der-Gesellschaft-Sein (Bürger) von Mann und Frau und formt, während er sie als Arbeiter ihrer Lebensenergie beraubt, gleichzeitig ihr Bewusstsein um eine einzige Rolle herum: die des Verbrauchers. Der Kapitalismus hat viele “Gesetze der Bewegung”, aber eines der destruktivsten im Hinblick auf die Umwelt ist Says Gesetz, das besagt, dass das Angebot seine eigene Nachfrage schafft. Der Kapitalismus ist eine Nachfrage schaffende Maschine, die die lebendige Natur in tote Wirtschaftsgüter und natürlichen Reichtum in totes Kapital verwandelt.” Walden Bello, McPlanet-Konferenz in Berlin, 27.-29. Juni 2003

Mein Dank geht an die Heinrich-Böll-Stiftung, ATTAC Deutschland und all die anderen Organisatoren dieser Konferenz für ihre Einladung zu dieser sehr wichtigen Veranstaltung. In diesem Einführungsvortrag würde ich gerne über die Schlüsselelemente der Weltkonjunktur sprechen. Ich möchte in groben Zügen ein Bild des globalen politischen und wirtschaftlichen Kontexts zeichnen, in dem wir unseren umweltpolitischen Aktivismus positionieren müssen.

Lassen Sie mich zunächst mit Ihnen zurückgehen in das Jahr 1995, als die Welthandelsorganisation WTO geboren wurde. Die WTO, das Ergebnis von acht Jahren Verhandlung, wurde in der etablierten Presse gefeiert als das Juwel internationaler Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung. Die fast 20 Handelsabkommen, die die WTO untermauerten, enthielten, so wurden sie präsentiert, eine Reihe multilateraler Regeln, die Macht und Nötigung aus den Handelsbeziehungen entfernen würden, indem sie sowohl die Mächtigen als auch die Schwachen einem gemeinsamen Regelwerk unterwerfen würden, das von einem wirksamen Durchsetzungsapparat gestützt werde. Die WTO sei ein Meilenstein, erklärte George Soros, weil sie die einzige überstaatliche Behörde sei, der die mächtigste Wirtschaftsmacht der Welt, die Vereinigten Staaten, sich unterwerfen würde. In der WTO, so wurde behauptet, hätten die mächtigen USA und das bescheidene Ruanda exakt die gleiche Anzahl Stimmen: eine.

Triumphale Töne waren an der Tagesordnung während der ersten Ministerkonferenz der WTO in Singapur im November 1996, bei welcher die WTO, der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Weltbank ihre berühmte Erklärung abgaben, die Aufgabe der Zukunft sei die Herausforderung, die jetzt darin liege, ihre globale Handels-, Finanz- und Entwicklungspolitik “kohärent” zu machen, um die Basis für weltweiten Wohlstand zu schaffen.

Die Krise des Globalisierungsprojekts

Anfang 2003 war von den triumphalen Tönen nichts mehr übrig. Vor der bevorstehenden fünften Ministerkonferenz der WTO ist die Organisation völlig festgefahren. Ein neues Landwirtschaftsabkommen ist weit und breit nicht in Sicht, zumal die USA und die EU ihre Multimilliarden-Dollar-Subventionen handfest verteidigen. Brüssel steht kurz davor, Washington Sanktionen aufzuerlegen, weil es weiterhin Exporteuren, die erwiesenermaßen gegen WTO-Regeln verstoßen haben, Steuererleichterung gewährt, und Washington droht, bei der WTO Klage einzureichen gegen das De-Facto-Moratorium der EU gegen genmanipulierte Lebensmittel (diese Klage liegt zwischenzeitlich vor, Anm. der Redaktion).
Die Entwicklungsländer, von denen einige einst hofften, die WTO würde tatsächlich den Welthandel gerechter machen, sind einstimmig der Meinung, dass die WTO ihnen bisher vor allem Kosten beschert hat, und nicht Vorteile. Sie sind entschieden gegen eine weitere Öffnung ihrer Märkte, solange sie nicht genötigt oder eingeschüchtert werden. Anstatt eine neue Runde der Liberalisierung des Welthandels einzuläuten, wird die Ministerrunde von Cancún vermutlich ein Patt vermelden.

Der Kontext zum Verständnis dieses Stillstands bei der WTO sind die Krise des Globalisierungsprojekts - dessen wichtigste Leistung die Einrichtung der WTO war - und der zunehmende Unilateralismus als zentrales Merkmal der US-amerikanischen Außenpolitik.

Aber zunächst einige Bemerkungen zur Globalisierung und dem Globalisierungsprojekt.

Globalisierung ist die beschleunigte Integration von Kapital, Produktion und Märkten weltweit, ein Prozess, der von der Logik der Unternehmensgewinne angetrieben wird.

Die Globalisierung ist bisher in zwei Phasen verlaufen: Die erste dauerte von Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914; die zweite von Anfang der achtziger Jahre bis heute. Die Zeit dazwischen war gekennzeichnet von der Dominanz nationaler kapitalistischer Wirtschaftssysteme, die sich durch ein deutliches Maß an staatlicher Intervention auszeichneten, und einer internationalen Wirtschaft mit starken Beschränkungen für Handels- und Kapitalströme. Diese nationalen und internationalen Marktbeschränkungen, die national aus der Dynamik des Klassenkonflikts entstanden und international aus dem inter-kapitalistischen Wettbewerb, wurden von den Neoliberalen so dargestellt, als hätten sie die

Verzerrungen verursacht, die insgesamt für die Stagnation der kapitalistischen Wirtschaftssysteme und der Weltwirtschaft Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre verantwortlich waren.

Wie in der ersten Phase der Globalisierung war auch die zweite Phase gekennzeichnet durch die zunehmende Vorherrschaft der Ideologie des Neoliberalismus, die sich darauf fokussierte, über eine beschleunigte Privatisierung, Deregulierung und Handelsliberalisierung "den Markt zu befreien". Es gab, grob gesagt, zwei Versionen der neoliberalen Ideologie - eine "harte" Thatcher-Reagan-Version und eine "weiche" Blair-Soros-Version (Globalisierung mit "Sicherheitsnetz"). Aber beide Ansätze beruhten auf dem Entfesseln der Kräfte des Marktes und dem Aufheben oder Aushöhlen von Beschränkungen, die Arbeitsmarkt, Staat und Gesellschaft transnationalen Firmen auferlegt hatten.

Drei Momente der Globalisierungskrise

Es gab drei wichtige Momente in der immer größer werdenden Krise des Globalisierungsprojekts. Der erste Moment war die Finanzkrise in Asien 1997. Dieses Ereignis, das die stolzen "Tiger" Ostasiens zu Boden streckte, zeigte, dass einer der Schlüsselgrundsätze der Globalisierung - die Liberalisierung des Kapitalkontos zur Förderung des freieren Flusses von Kapital, insbesondere von Finanz- oder Spekulationskapital - äußerst destabilisierend sein konnte. Die Finanzkrise in Asien war tatsächlich, wie sich zeigte, nur die neueste von mindestens acht großen Finanzkrisen, seit die Liberalisierung der globalen Finanzströme Ende der Siebziger begann. Wie zutiefst destabilisierend eine Kapitalmarktliberalisierung sein konnte, zeigte sich, als innerhalb nur weniger Wochen eine Million Menschen in Thailand und 21 Millionen in Indonesien unter die Armutsgrenze rutschten.

Die Asienkrise war das "Stalingrad" des IWF, des maßgeblichen globalen Sachwalters der liberalisierten Kapitalströme. Seine Erfolgsbilanz bei dem ehrgeizigen Unternehmen, einige 100 Entwicklungs- und Übergangswirtschaftssysteme einer "Strukturanpassung" zu unterwerfen, wurde noch einmal hervorgeholt, und diverse Tatsachen, auf die Organisationen wie das UN-Entwicklungsprogramm und die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) bereits Ende der achtziger Jahre hingewiesen hatten, erhielten nun den Status von Realitäten. Strukturanpassungsprogramme, die dazu dienen sollten, die Deregulierung, Handelsliberalisierung und Privatisierung zu beschleunigen, hatten fast überall die Stagnation institutionalisiert, die Armut verstärkt und die Ungleichheit erhöht.

Ein Paradigma ist wirklich in einer Krise, wenn seine besten Befürworter sich von ihm abwenden, wie Thomas Kuhn in seinem Klassiker "Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" darlegt, und ähnlich wie während der Krise des Kopernikanischen Weltbilds in der Physik war es auch in der neoklassischen Ökonomie kurz nach der Asienkrise: Schlüsselintellektuelle wanderten ab - unter ihnen Jeffrey Sachs, der zuvor bekannt war für seine Befürwortung der Schocktherapie des "freien Marktes" in Osteuropa Anfang der neunziger Jahre; Joseph Stiglitz, früherer Chefökonom der Weltbank; Jagdish Bhagwati, Professor an der Columbia-Universität, der globale Kontrollen der Kapitalflüsse forderte; und der Finanzier George Soros, der den Mangel an Kontrollen in dem globalen Finanzsystem verurteilte, dem er seinen Reichtum zu verdanken hatte.

Der zweite Moment der Krise des Globalisierungsprojekts war der Abbruch der dritten WTO-Konferenz in Seattle im Dezember 1999. Seattle war die fatale Schnittstelle dreier Unzufriedenheits- und Konfliktströmungen, die sich bereits über einen längeren Zeitraum aufgebaut hatten:

- Die Entwicklungsländer ärgerten sich über die Ungleichheiten der Vereinbarungen der Uruguay-Runde, die sie sich 1995 genötigt fühlten zu unterschreiben.

- Es entwickelte sich weltweit aus einer Unzahl von Bereichen der globalen Zivilgesellschaft, wie Bauern, Fischer, Gewerkschaftler und Umweltschützer, eine massive Opposition aus der Bevölkerung. Da sie in vielen ihrer Abkommen eine Bedrohung für das Wohlergehen jedes einzelnen Sektors darstellte, schaffte es die WTO, die globale Zivilgesellschaft gegen sich zu vereinen.

- Es gab ungelöste Handelskonflikte zwischen der EU und den USA, insbesondere im Agrarbereich, die in der Vereinbarung der Uruguay-Runde einfach übertüncht worden waren.

Diese drei brisanten Elemente zusammen verursachten die Explosion in Seattle, die Entwicklungsländer rebellierten im Convention Center von Seattle gegen das Diktat des Nordens, 50.000 Aktivisten veranstalteten Massendemonstrationen in den Straßen, und ihre eigenen Differenzen hinderten EU und USA daran, im Einvernehmen zu handeln, um die Konferenz zu retten. In einem Moment der Klarheit direkt nach dem Debakel von Seattle erfasste der britische Minister Stephen Byers den Kern der Krise: "Die WTO wird nicht in ihrer gegenwärtigen Form weitermachen können. Es sind grundlegende und radikale Änderungen nötig, damit sie die Bedürfnisse und Hoffnungen aller 134 Mitglieder erfüllen kann."

Der dritte Moment der Krise war der Absturz des Aktienmarktes und das Ende des Clinton-Booms. Das war nicht nur das Platzen der Spekulationsblase, sondern eine rüde Neuauflage der klassischen kapitalistischen Krise der Überproduktion, die sich vor allem in massiven Überkapazitäten ausdrückte. Vor dem Crash waren die Unternehmensgewinne in den USA seit 1997 nicht gestiegen. Dies hatte mit Überkapazitäten im industriellen Sektor zu tun, das eklatanteste Beispiel war der angeschlagene Telekommunikationssektor, wo nur 2,5 Prozent der weltweit installierten Kapazitäten genutzt wurden. Die Stagnation der realen Wirtschaft führte dazu, dass Kapital in den Finanzsektor verlagert wurde, was zu dem schwindelerregenden Anstieg der Aktienwerte

führte. Aber da die Rendite im Finanzsektor nicht zu weit von der Ertragskraft der realen Wirtschaft abweichen kann, war ein Absturz der Aktienwerte unvermeidlich, und der geschah im März 2001 und führte zu der anhaltenden Stagnation und dem Beginn der Deflation.

Es gibt vermutlich einen umfassenderen strukturellen Grund für die Dauer der gegenwärtigen Stagnation oder Deflation und ihr ständiges Taumeln an Rande der Rezession. Es könnte sein, wie zahlreiche Wirtschaftsexperten sagen, dass wir uns am Ende des berühmten "Kondratieff-Zyklus" befinden. Diese Theorie, die von dem russischen Ökonomen Nikolai Kondratieff entwickelt wurde, besagt, dass der Fortschritt des globalen Kapitalismus nicht nur durch kurzfristige Konjunktur-Zyklen gekennzeichnet ist, sondern auch durch langfristige "Superzyklen". Kondratieff-Zyklen sind etwa fünfzig bis sechzig Jahre lange Wellen. Die Aufwärtskurve des Kondratieff-Zyklus zeichnet sich durch den intensiven Einsatz neuer Technologien aus, dann kommt der Scheitelpunkt, wenn der Einsatz der Technologie ausgereift ist, dann eine Abwärtskurve, da die alten Technologien immer geringere Erträge erwirtschaften, während die neuen Technologien sich hinsichtlich ihres gewinnbringenden Einsatzes noch im Experimentierstadium befinden, und schließlich kommt ein Konjunkturtief oder eine andauernde Deflationsperiode.

Das Konjunkturtief der letzten Welle war in den dreißiger und vierziger Jahren, einer Zeit, die von der Großen Depression und dem Zweiten Weltkrieg gekennzeichnet war. Der Anstieg der gegenwärtigen Welle begann in den fünfziger Jahren, und der Scheitelpunkt wurde in den achtziger und neunziger Jahren erreicht. Der profitable Einsatz der technischen Fortschritte der Nachkriegszeit in den Schlüsselindustrien Energie, Automobilbau, Petrochemie und Fertigung ging zu Ende, während sich gleichzeitig der Einsatz der Informationstechnologie noch in einem relativ frühen Stadium befand. Unter diesem Gesichtspunkt war die "New Economy" der späten neunziger Jahre nicht etwa ein Durchbrechen des Konjunkturzyklus, wie viele Ökonomen glaubten, sondern die letzte glorreiche Phase des aktuellen Superzyklus vor dem Abstieg in eine anhaltende Deflation. Mit anderen Worten - die Einzigartigkeit der gegenwärtigen Situation liegt in der Tatsache, dass die Abwärtskurve des gegenwärtigen kurzfristigen Zyklus einhergeht mit dem Beginn des Abschwungs der Kondratieff-Welle. Um die Worte eines anderen berühmten Wirtschaftswissenschaftlers, Joseph Schumpeter, zu benutzen - die Weltwirtschaft scheint auf eine andauernde Periode "kreativer Zerstörung" zuzusteuern.

Umweltkrise und kapitalistische Legitimität

Ich habe von Momenten oder konjunkturellen Kristallisationen der Krise des Globalisierungsprojekts gesprochen. Diese Momente waren Ausdruck grundlegender Konflikte oder Widersprüche, die im Laufe der Zeit früher oder später zum Vorschein kamen. Ein zentraler schwelender Widerspruch bestand zwischen der Globalisierung und der Umwelt. Ich würde jetzt gern ein paar Worte dazu sagen, wie die Umweltkrise sich als ein zentraler Faktor herausgestellt hat, der dem Globalisierungsprojekt, eigentlich sogar dem Kapitalismus, als einer Form der wirtschaftlichen Organisation, die Legitimität entzieht.

Sowohl vor als auch nach dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro hatte man das Gefühl, dass die Umweltsituation weltweit zwar immer schlimmer wurde, das Bewusstsein dieser Tatsache jedoch zur Einrichtung der nötigen globalen institutionellen und juristischen Mechanismen führte, um das Problem anzugehen. Als der Rio-Gipfel die Agenda 21 beschloss, ein globales Programm zur Verbesserung des Umweltschutzes, das seine Entsprechung in nationalen Programmen haben würde, schien dies ein großer Schritt nach vorn zu sein im Hinblick auf eine globale Zusammenarbeit.

Die späten achtziger und frühen neunziger Jahre waren außerdem eine Zeit, in der eine Reihe multilateraler Umweltabkommen unterzeichnet wurden, die einen wichtigen Schritt darzustellen schienen für eine Umkehrung der globalen Umweltkrise, wie das Montreal-Protokoll, das zum Schutz der Ozonschicht Kontrollen für die FCKW-Produktion einführte, und das CITES-Abkommen (das Washingtoner Artenschutzabkommen), das dem Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten strenge Kontrollen auferlegte. Und mit Bill Clinton und Al Gore schien man ab 1992 auch eine umweltpolitisch korrekte Regierung zu haben.

Diverse Entwicklungen brachten diesen Prozess zu einem Stillstand.

Zunächst die Einrichtung der WTO. Wie Ralph Nader sagte - für die WTO gingen die Geschäfte der Unternehmer "über alles" (auf Deutsch! d.Ü.), d.h. über praktisch alle Dimensionen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens außer der nationalen Sicherheit. Mit anderen Worten - Gesetze, die natürliche Ressourcen und die Umwelt schützten, mussten geändert werden, wenn man der Meinung war, sie legten Normen fest, die unfair gegenüber ausländischen Handelsinteressen waren. In einer Reihe spektakulärer Fälle - der Thunfisch-Delfin-Fall zwischen den USA und Mexiko, der Shrimp-Schildkröten-Streit, in dem sich die USA und die asiatischen Länder gegenüberstanden - schien es, als würden nationale Umweltgesetze dem Freihandel untergeordnet. Die Entwicklung schien den Umweltschutz in den einzelnen Ländern auf den kleinsten gemeinsamen Nenner herunterzudrücken, anstatt ihn auf einen möglichst hohen Standard zu bringen.

Zweitens schreckte die aggressive Vorgehensweise von Seiten der Unternehmen beim Einsatz modernster Lebensmittel- und Biotechnologie Umweltschützer und Bürgerschaften weltweit auf. Das EU-Verbot für hormonbehandeltes Rindfleisch aus den USA - als Reaktion auf die Forderungen der Bevölkerung in Europa - bestand weiter, obwohl die WTO es als illegal betrachtete. Ebenso führten gentechnische Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und der gleichzeitige Widerstand gegen die Verwendung von Umweltzeichen durch US-Firmen wie Monsanto zu einem

Verbraucher-Backlash in Europa und anderen Teilen der Welt, wobei das Vorsorgeprinzip als eine mächtige Waffe gegen das "Sound-Science"-Kriterium der US-Unternehmen eingesetzt wurde (Entscheidung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auf der Basis gesundheits- oder nährwertrelevanter Daten). Außerdem führte der aggressive Versuch US-amerikanischer Biotech-Firmen, Patente auf Lebensformen und Samen auszudehnen, zu starkem Widerstand bei Landwirten, Verbrauchern und Umweltschützern gegen das, was sie als "Privatisierung" des seit Urzeiten bestehenden Wechselspiels zwischen der Natur und den Gemeinwesen bezeichneten.

Drittens wurde der starke Widerstand des US-amerikanischen Industriesektors gegen die Anerkennung der Tatsache der globalen Erwärmung, zu einem Zeitpunkt, da die Eiskappen an den Polen immer schneller schmolzen, als ein dreister Versuch wahrgenommen, Profit über das Interesse der Allgemeinheit zu stellen. Diese Wahrnehmung konnte sich nur verstärken als es den Unternehmen während der Clinton-Regierung gelang, einen gemeinsamen globalen Vorstoß, die globale Erwärmung effektiv anzugehen, zu blockieren - und später definitiv zunichte zu machen, als sich die Bush-Regierung weigerte, das Kyoto-Protokoll gegen den Klimawandel, das sowieso schon schwach genug war, zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Die aggressive umweltfeindliche Haltung der US-Unternehmen war einer der Faktoren, die selbst in den USA zu einem großen Misstrauen gegenüber der Industrie führten, wo 72 Prozent der Amerikaner im Jahr 2000 in einer Umfrage der Business Week angaben, die Industrie habe "zu viel Macht über ihr Leben", worauf das führende Wirtschaftsblatt der USA die US-amerikanischen Unternehmer warnte: "Ihr seid selber schuld, wenn ihr diese Warnungen ignoriert."

Gleichzeitig hatten die Entwicklungsländer den Eindruck, mit der Forderung, der Ausstoß der Entwicklungsländer an Treibhausgasen müsse praktisch denselben Beschränkungen unterworfen werden wie bei den Industrieländern, bevor Washington das Kyoto-Abkommen unterschreiben würde, benutzten die USA Umweltargumente, um die Entwicklung der Entwicklungsländer zu verlangsamen. Und dieser Verdacht war sicher nicht unbegründet, denn die Leute in der Bush-Administration hatten China im Visier, dessen rasche Entwicklung als eine strategische Gefahr für die USA betrachtet wurde. Der Umweltschutz wurde von den USA eingesetzt in dem Bemühen, sich den geo-ökonomischen, geopolitischen Vorteil zu erhalten.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte sich der globale Konsens, den der Rio-Gipfel darstellte, dann bereits aufgelöst und brach praktisch zusammen unter der massiven Greenwashing-Kampagne der Industrie, die durch den Welt-Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im September 2002 (auch als Rio+10 bekannt) ausgelöst wurde. Die "nachhaltige Entwicklung", eine Vision, die wirtschaftliches Wachstum mit ökologischer Stabilität in Einklang bringen sollte, blieb auf der Strecke, und Herman Dalys apokalyptisches Bild von einem Wirtschaftssystem mit einem Hyperwachstum, das in Rekordzeit ein ökologisches System hinter sich lässt, das über Urzeiten entstanden ist, schien der Verwirklichung näher gekommen zu sein, als das US-amerikanische, das europäische und das japanische Kapital eng zusammen mit einer Umweltverschmutzungs-freundlichen Regierung daran arbeiteten, das wachstumsstarke China sowohl zur Produktionsstätte als auch zum Mülleimer der Welt zu machen.

Vor einigen Jahren stimmten dem Ökonomen Herman Daly noch viele zu, dass die Umweltzerstörung auf den unerbittlichen Drang des von Menschenhand geschaffenen Produktionssystems zurückzuführen sei, den über Äonen von Jahren von der Natur geschaffenen begrenzten Raum immer schneller zu füllen. Unter diesem Aspekt waren ein langsameres Wachstum und niedrigere Verbrauchsraten der Schlüssel zur Stabilisierung der Umwelt, und dies ließ sich durch bewusste politische Entscheidungen, die die Öffentlichkeit unterstützte, erreichen.

Immer mehr weicht diese Analyse der radikaleren Ansicht, dass die Hauptschuld bei einer ungehemmten kapitalistischen Produktionsform liegt, die unaufhörlich die Gaben der Natur in Wirtschaftsgüter verwandelt und ständig neue Bedürfnisse schafft. Der Kapitalismus erodiert konstant das In-der Natur-Sein (Kreatur) und In-der-Gesellschaft-Sein (Bürger) von Mann und Frau und formt, während er sie als Arbeiter ihrer Lebensenergie beraubt, gleichzeitig ihr Bewusstsein um eine einzige Rolle herum: die des Verbrauchers. Der Kapitalismus hat viele "Gesetze der Bewegung", aber eines der destruktivsten im Hinblick auf die Umwelt ist Says Gesetz, das besagt, dass das Angebot seine eigene Nachfrage schafft. Der Kapitalismus ist eine Nachfrage schaffende Maschine, die die lebendige Natur in tote Wirtschaftsgüter und natürlichen Reichtum in totes Kapital verwandelt.

Kurz - der Umweltschutz hat im Laufe des letzten Jahrzehnts seinen radikalen Ansatz wiedererlangt und ist von der Kritik an der Globalisierung übergegangen zu einer Kritik an der Dynamik des gesamten Kapitalismus.

Die "new economics" des George W. Bush

Die ineinandergreifenden Krisen der Globalisierung, des Neoliberalismus, der kapitalistischen Legitimität und der Überproduktion liefern den Kontext zum Verständnis der Wirtschaftspolitik der Bush-Administration, insbesondere ihrer unilateralen Ausrichtung. Das Globalisierungsprojekt der Unternehmer drückte das gemeinsame Interesse der weltweiten kapitalistischen Eliten aus, die Weltwirtschaft und ihre eigene grundlegende Abhängigkeit von einander auszudehnen. Die Globalisierung brachte jedoch den Wettbewerb zwischen den nationalen Eliten nicht zum Erliegen. Tatsächlich hatten die herrschenden Eliten der USA und Europas Interessengruppen, die von ihrem Wesen her nationalistischer sowie, was ihr Überleben und ihren Wohlstand anging, stärker mit dem Staat verbunden waren, wie etwa der militärisch-industrielle Komplex in den USA. Seit den achtziger Jahren gab es in der Tat einen heftigen Kampf zwischen der eher globalistischen

Fraktion der herrschenden Elite, die das gemeinsame Interesse der globalen kapitalistischen Klasse an einer wachsenden Weltwirtschaft betonte, und der eher nationalistischen, hegemonistischen Gruppierung, die die Vormachtstellung der US-amerikanischen Industrieinteressen sicherstellen wollte.

Robert Brenner hat darauf hingewiesen, dass die Politik Bill Clintons und seines Finanzministers Robert Rubin höchsten Wert auf die Expansion der Weltwirtschaft als Basis des Wohlstands der globalen kapitalistischen Klasse legte. Zum Beispiel forcierten sie Mitte der neunziger Jahre eine Politik des starken Dollars, die die Erholung der japanischen und der deutschen Wirtschaft stimulieren sollte, damit sie als Märkte für US-Waren und Dienstleistungen dienen konnten. Die frühere, eher nationalistische Reagan-Administration hatte andererseits eine Politik des schwachen Dollars verfolgt, um die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft wiederherzustellen, zulasten der japanischen und deutschen Wirtschaft. Mit der Regierung von George W. Bush sind wir wieder bei einer Wirtschaftspolitik und einer Politik des schwachen Dollars, die das Ziel haben, die US-Wirtschaft auf Kosten der anderen zentralen Wirtschaftssysteme wiederzubeleben und primär die Interessen der US-amerikanischen Industrieelite zu befördern, statt jener der globalen kapitalistischen Klasse, unter den Bedingungen einer weltweiten Rezession.

Einige Merkmale dieses Ansatzes möchte ich hier nennen:

- Bushs politische Ökonomie ist sehr auf der Hut vor einem Globalisierungsprozess, der nicht von einem US-Staat kontrolliert wird, der sicherstellt, dass der Prozess die wirtschaftliche Macht der USA nicht zunichte macht. Ließe man es zu, dass allein der Markt die Globalisierung vorantreibt, könnte dies dazu führen, dass US-Schlüsselunternehmen der Globalisierung zum Opfer fallen, und die wirtschaftlichen Interessen der US schädigen. Trotz der Rhetorik vom freien Markt haben wir es also mit einer Gruppe zu tun, die sehr protektionistisch ist, wenn es um Handel, Investitionen und das Management von Regierungsaufträgen geht. Scheinbar lautet das Motto der Bushisten: Protektionismus für die USA und Freihandel für den Rest von uns.

- Zur Herangehensweise von Bush gehört auch eine große Skepsis gegenüber dem Multilateralismus als Form der internationaler Wirtschaftspolitik, denn Multilateralismus mag zwar die Interessen der globalen kapitalistischen Klasse im Allgemeinen befördern, kann aber auch in vielen Fällen bestimmten US-amerikanischen Industrieinteressen zuwiderlaufen. Die zunehmende Ambivalenz des Bush-Clans gegenüber der WTO resultiert aus der Tatsache, dass die USA eine Reihe von Verfahren dort verloren haben, gerichtliche Entscheidungen, die dem US-Kapital möglicherweise schaden, aber den Interessen des globalen Kapitalismus insgesamt dienen.

- Für die Bush-Leute ist strategische Macht die ultimative Form der Macht. Wirtschaftliche Macht ist ein Mittel, strategische Macht zu erzielen. Dies hat zu tun mit der Tatsache, dass die dominante Gruppierung der herrschenden Elite unter Bush das militärisch-industrielle Establishment ist, das den Kalten Krieg gewonnen hat. Der Konflikt zwischen den Globalisten und Unilateralisten oder Nationalisten auf dieser Achse zeigt sich in der Herangehensweise an China. Der globalistische Ansatz legte den Schwerpunkt auf eine Zusammenarbeit mit China und sah seine Bedeutung primär als Investitionsbereich und Markt für US-Kapital. Die Nationalisten dagegen betrachten China vor allem als einen strategischen Feind, und sie würden es lieber eindämmen als bei seinem Wachstum zu helfen.

- Selbstverständlich gibt es im Bush-Paradigma keinen Platz für Umweltmanagement, schließlich ist dies ein Problem, über das sich andere Gedanken machen sollen, nicht die USA. Es gibt tatsächlich eine starke Unternehmer-Lobby, die glaubt, Umweltbedenken, wie etwa hinsichtlich genetisch modifizierter Lebensmittel, seien eine europäische Verschwörung, um die USA ihres High-Tech-Vorsprungs im globalen Wettbewerb zu berauben. Unter diesen Voraussetzungen ergeben die folgenden hervorstechenden Elemente der aktuellen US-Wirtschaftspolitik durchaus einen Sinn:

- Kontrolle über das Öl im Nahen Osten erlangen. Dies war zwar nicht das ausschließliche Kriegsziel der Regierung bei der Invasion des Irak, stand jedoch zweifellos weit oben auf der Liste. Da der Wettbewerb mit Europa immer mehr zum primären Aspekt der transatlantischen Beziehungen wird, richtete sich dies zweifellos zum Teil gegen Europa. Aber das strategischere Ziel war es wohl, die Ressourcen der Region mit Beschlag zu belegen, um den Zugriff des energiearmen China zu kontrollieren, das als strategischer Feind der USA betrachtet wird.

- Aggressiver Protektionismus in Handels- und Investitionsangelegenheiten. Die USA haben eine protektionistische Maßnahme nach der anderen aufgehäuft, besonders dreist war es, jegliche Bewegung bei den WTO-Verhandlungen zu blockieren, indem sie sich darüber hinwegsetzten, dass die Doha-Erklärung die öffentliche Gesundheit über Rechte des geistigen Eigentums stellte; als Reaktion auf ihre starke Pharmalobby beschränkten die USA die Lockerung von Patentrechten auf gerade einmal drei Krankheiten. Während Washington anscheinend bereit ist zuzusehen, wie sich die WTO-Verhandlungen auflösen, gibt es sich größte Mühe, mit diversen Ländern bilaterale oder multilaterale Handelsabkommen zu unterzeichnen, etwa über die Freihandelszone der Amerikas (FTAA), bevor die EU sie in ähnliche Abkommen einbindet. Der Begriff "Freihandelsabkommen" ist eigentlich verkehrt, da dies tatsächlich Präferenzhandelsabkommen sind.

- Integration strategischer Erwägungen in Handelsabkommen. Vor kurzem sagte der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick in einer Rede ausdrücklich, “Länder, die Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten wollen, müssen mehr als nur Handels- und Wirtschaftskriterien erfüllen, um infrage zu kommen. Auf jeden Fall müssen diese Länder mit den Vereinigten Staaten bei den Zielen ihrer Außenpolitik und ihrer nationalen Sicherheit kooperieren, das ist Teil der 13 Kriterien, an denen sich die USA bei der Auswahl potenzieller Freihandelspartner orientieren werden.” Neuseeland, wohl eine der dogmatischsten Regierungen, was den Freihandel angeht, wurde dennoch kein Freihandelsabkommen angeboten, weil es grundsätzlich keine Besuche von Atombooten zulässt, und das nehmen die USA persönlich.

- Manipulation des Dollarkurses, um die Kosten der Wirtschaftskrise den Rivalen unter den zentralen Wirtschaftssystemen aufzubürden und die US-Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen. Eine langsame Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro lässt sich als marktbasierte Anpassung interpretieren, aber die 25 Prozent Wertverlust lassen sich bestenfalls als eine Politik des “benign neglect”, des wohlwollenden Wegsehens, bezeichnen. Während die Bush-Administration dementiert, hat die US-Wirtschaftspresse durchaus erkannt, was das ist: ein Versuch, die US-Wirtschaft auf Kosten der Europäischen Union und anderer zentraler Wirtschaftsmärkte wiederzubeleben (Beggar-thy-Neighbor-Politik).

- Aggressive Manipulation multilateraler Organisationen, um die Interessen des US-Kapitals zu fördern. Dies mag zwar in der WTO, aufgrund des Gewichts der Europäischen Union, nicht so leicht zu schaffen sein, lässt sich jedoch leichter bei der Weltbank und dem Internationale Währungsfonds (IWF) bewerkstelligen, wo die Dominanz der USA effektiver institutionalisiert ist. So torpedierte zum Beispiel kürzlich das US-Finanzministerium, trotz Unterstützung des Vorschlags durch viele europäische Regierungen, den Vorschlag des IWF-Managements, einen neuen Entschuldungsmechanismus (SDRM) einzurichten, um Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, ihre Schulden neu zu strukturieren, und ihnen gleichzeitig ein gewisses Maß an Schutz vor ihren Gläubigern zu gewährleisten. Im Interesse der US-Banken legte das US-Finanzministerium gegen den SDRM, sowieso ein sehr schwacher Mechanismus, sein Veto ein.

- Und schließlich - besonders relevant für unsere kommende Debatte - die Abwälzung der Lasten der Anpassung an die Umweltkrise auf die anderen zentralen Wirtschaftsländer sowie auf die Entwicklungsländer. Während einige der Bush-Leute nicht glauben, dass es eine Umweltkrise gibt, wissen andere, dass die gegenwärtige globale Ausstoßrate an Treibhausgasen unhaltbar ist. Sie wollen jedoch, dass andere die volle Wucht der Anpassung tragen, weil das nicht nur bedeuten würde, dass die umweltmäßig ineffiziente US-Industrie von den Anpassungskosten ausgenommen wäre, sondern andere Wirtschaftsländer mit noch höheren Kosten belasten würde, als wenn die USA sich an einem gerechten Anpassungsprozess beteiligen würden, was der US-Wirtschaft einen starken Vorteil im globalen Wettbewerb verschaffen würde. Washingtons Entscheidung, das Kyoto-Protokoll gegen den Klimawandel nicht zu unterzeichnen, wurzelt in knallharter wirtschaftlicher Realpolitik, nicht in fundamentalistischer Blindheit.

Die Wirtschaft und Politik der Überdehnung

Angesichts der engen Verknüpfung mit strategischen Zielen muss jede Diskussion der voraussichtlichen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Bush-Administration sowohl den Zustand der US-Wirtschaft und die Weltwirtschaft berücksichtigen als auch den größeren strategischen Rahmen. Eine wichtige Basis für ein erfolgreiches imperiales Management ist eine expandierende nationale und globale Wirtschaft - was durch die andauernde Periode der Deflation und Stagnation, die vor uns liegt, verhindert wird, die eher inter-kapitalistische Rivalitäten schüren dürfte.

Außerdem gehören nicht nur wirtschaftliche und politische Ressourcen dazu, sondern auch politische und ideologische Ressourcen. Denn ohne Legitimität - ohne das, was Gramsci “den Konsens” der Dominierten nannte, dass ein Herrschaftssystem gerecht ist - kann ein imperiales Management nicht stabil sein.

Konfrontiert mit einem ähnlichen Problem der Sicherstellung der langfristigen Stabilität ihrer Herrschaft, fanden die alten Römer eine Lösung, die die weitreichendste kollektive Massenloyalität schuf, die bis dahin jemals erreicht worden war, und das Imperium für 700 Jahre verlängerte. Die römische Lösung war von ihrem Wesen her nicht gerecht oder auch nur grundsätzlich militärisch. Die Römer erkannten, dass eine wichtige Komponente erfolgreicher imperialer Dominanz Konsens zwischen den Dominierten über die “Richtigkeit” der römischen Ordnung war. Wie der Soziologe Michael Mann in seinem Klassiker “The Sources of Social Power” schreibt, war der entscheidende Faktor nicht so sehr militärisch als vielmehr politisch. “Die Römer,” schreibt er, “stießen allmählich auf die Erfindung der extensiven territorialen Bürgerschaft.” Die Ausdehnung der römischen Staatsangehörigkeit auf herrschende Gruppen und Nicht-Sklavenvölker im gesamten Reich war der politische Durchbruch und schuf “vermutlich das größte Ausmaß an kollektiver Verbundenheit, das jemals mobilisiert worden war.” Politische Staatsangehörigkeit kombiniert mit der Vision des Reiches, das für Frieden und Wohlstand für alle sorgt, um jenes nicht greifbare, aber essenzielle moralische Element zu schaffen, das Legitimität heißt.

Selbstverständlich spielt eine Ausweitung der Staatsbürgerschaft keine Rolle in der imperialen Ordnung der USA. Die US-Staatsangehörigkeit wird vielmehr sorgfältig einer ganz winzige Minorität der

Weltbevölkerung vorbehalten, zu deren Territorium der Zugang streng kontrolliert wird. Untergeordnete Bevölkerungen sollen nicht integriert, sondern in Schach gehalten werden, entweder durch Gewalt oder die Androhung von Gewaltanwendung oder durch ein System globaler oder regionaler Regeln und Institutionen - die Welthandelsorganisation, das Bretton-Woods-System, die NATO -, die in zunehmendem Maße dreist manipuliert werden, um den Interessen des imperialen Zentrums zu dienen.

Auch wenn die Erweiterung einer universellen Staatsangehörigkeit nie ein Instrument des imperialen Arsenals Amerikas war, fand Washington doch während seines Kampfes gegen den Kommunismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine politische Formel zur Legitimierung seines globalen Einflussbereiches. Die beiden Elemente dieser Formel waren Multilateralismus als ein System globaler Regierung und freiheitliche Demokratie.

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges waren in der Tat Erwartungen einer modernen Version der Pax Romana weitverbreitet. In liberalen Kreisen hoffte man, die USA würden ihren Status als alleinige Supermacht nutzen, um eine multilaterale Ordnung zu untermauern, die ihre Vorherrschaft institutionalisieren, aber auch weltweit einen Augusteischen Frieden garantieren würde. Das war der Pfad der Wirtschaftsglobalisierung und multilateralen Governance. Das war der Pfad, den George W. Bushs Unilateralismus auslöschte.

Wie Frances Fitzgerald in “Fire in the Lake: The Vietnamese and the Americans in Vietnam (1972)” anmerkte, war das Versprechen, die freiheitliche Demokratie zu verbreiten, ein sehr mächtiges Ideal, das die amerikanischen Waffen durch den Kalten Krieg begleitete. Heute jedoch hat die freiheitliche Demokratie à la Washington oder Westminster überall in den Entwicklungsländern einen schweren Stand, wo sie darauf reduziert ist, eine Fassade für eine oligarchische Herrschaft zu liefern, wie in den Philippinen, in Pakistan vor der Zeit Musharrafs und überall in Lateinamerika. Die freiheitliche Demokratie ist selbst in Amerika weniger demokratisch und weniger freiheitlich geworden. Und ganz bestimmt sehen nur wenige in den Entwicklungsländern ein System als Modell an, das von Industriekapital angetrieben und korrumpiert wird.

Es wird extrem schwierig sein, die moralische Vision wiederherzustellen, die nötig wäre, um einen Konsens für eine Vorherrschaft der USA zu schaffen. Tatsächlich denkt man heutzutage in Washington, das effektivste Mittel, Konsens herzustellen, sei die Androhung von Gewalt. Darüber hinaus ist das eigentliche Ziel einflussreicher neokonservativer Autoren wie Robert Kagan und Charles Krauthammer offensichtlich, trotz ihres Geredes über die Verbreitung von Demokratie in der arabischen Welt: Die Manipulation der Mechanismen freiheitlicher Demokratie zur Schaffung eines pluralistischen Wettbewerbs, der die arabische Einheit zerstören würde. Den Arabern die Demokratie zu bringen, war weniger ein nachträglicher Einfall als vielmehr ein nicht ganz ernst gemeinter Slogan.

Die Bush-Leute haben kein Interesse daran, eine neue Pax Romana zu schaffen. Was sie wollen, ist eine Pax Americana, in der die meisten untergeordnete Bevölkerungen, wie die Araber, in Schach gehalten werden von einem gesunden Respekt für die tödliche amerikanische Macht, während die Loyalität anderer Gruppen, wie der philippinischen Regierung, mit dem Versprechen von Cash erkauft wird. Ohne eine moralische Vision, mit der sich die globale Mehrheit an das imperiale Zentrum binden ließe, kann diese Art imperialen Managements nur eines hervorrufen: Widerstand. Das große Problem des Unilateralismus ist die Überdehnung, oder ein Missverhältnis zwischen den Zielen der Vereinigten Staaten und den Ressourcen, die nötig sind, um diese Ziele zu erreichen. Überdehnung ist relativ. D.h. sie ist weitgehend eine Frage des Widerstandes. Eine überdehnte Macht kann, selbst bei deutlicher Verstärkung ihrer militärischen Macht, anschließend in einem schlechteren Zustand sein, falls der Widerstand gegenüber seiner Macht in noch höherem Maße steigt. Zu den Schlüsselindikatoren der Überdehnung der USA gehören:

- Washingtons fortwährendes Unvermögen, eine neue politische Ordnung im Irak herzustellen, die als eine sichere Grundlage für die Kolonialherrschaft dienen würde;
- sein Unvermögen, in Afghanistan ein amerikafreundliches Regime außerhalb von Kabul zu konsolidieren;
- die Unfähigkeit eines maßgeblichen Verbündeten, Israel, selbst mit der uneingeschränkten Unterstützung Washingtons den Aufstand des palästinensischen Volkes zu unterdrücken;
- das Entflammen arabischer und muslimischer Gefühle im Nahen und Mittleren Osten, in Südasien und Südostasien, was zu massiven ideologischen Zugewinnen für islamische Fundamentalisten führt - genau das, was Osama bin Laden von Anfang an wollte;
- der Zusammenbruch der atlantischen Allianz des Kalten Kriegs und die Entstehung einer neuen, mit gleicher Kraft entgegenwirkenden Allianz, in deren Zentrum Deutschland und Frankreich stehen;
- das Schmieden einer starken Bewegung der globalen Zivilgesellschaft gegen den Unilateralismus, Militarismus und die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA, die gegenwärtig maßgeblich in der globalen Antikriegsbewegung ihren Ausdruck findet;
- die Regierungsübernahme anti-neoliberaler, anti-US-amerikanischer Bewegungen vor Washingtons eigener Haustür - Brasilien, Venezuela und Ecuador, während die Bush-Administration mit dem Nahen Osten beschäftigt ist;
- immer negativere Auswirkungen des Militarismus auf die US-Wirtschaft, je mehr die Militärausgaben neue Staatsschulden nötig machen und je mehr die Schuldenaufnahme von der Finanzierung durch ausländische Quellen abhängt, was weitere Belastungen bedeutet innerhalb einer Wirtschaft, die bereits heftig mit der Stagnation zu kämpfen hat.

Kurz - das Globalisierungsprojekt ist in der Krise. Ob es über eine demokratische oder eine liberal-republikanische Präsidentschaft ein Comeback schafft, sollte man nicht ausschließen, vor allem da es einflussreiche Stimmen unter den Globalisierern in der US-amerikanischen Business Community gibt - darunter George Soros -, die Widerstand gegen das unilaterale Vorgehen der Bush-Administration anmelden. Unserer Ansicht nach ist dies jedoch unwahrscheinlich, und der Unilateralismus wird doch eine ganze Weile herrschen.

Wir befinden uns jetzt - um es kurz zu machen - in einem historischen Strudel, der gekennzeichnet ist durch eine dauerhafte Wirtschaftskrise, die Ausbreitung globalen Widerstands, das Wiedererstarken des Machtgleichgewichts zwischen zentralen Staaten und das Wiederauftauchen akuter inter-imperialistischer Widersprüche. Wir sollten einen gesunden Respekt vor der Macht der USA haben, aber wir dürfen sie auch nicht überschätzen. Es sieht so aus, als wären die USA massiv überdehnt und als wäre das, was wie der Ausdruck von Stärke aussieht, tatsächlich strategische Schwäche.

Kontakt/Infos zu diesem Artikel:
Nicola Bullard, email: N.Bullard@focusweb.org
Focus on the Global South. www.focusweb.org

Übersetzung: Karin Ayshe
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team,
coorditrad@attac.org

Worum geht es in Cancún?

Die Knackpunkte bei der 5. Ministerkonferenz der WTO

... und der politische Hintergrund vom Krieg gegen den Terror bis zur Freihandelsdebatte

von ATTAC Österreich

Vom 10. bis 14. September 2003 ist es wieder so weit. Vier Jahre nach der „Battle of Seattle“, durch die die Welthandelsorganisation WTO schlagartig „berühmt“ wurde, tritt die mächtigste Organisation der neoliberalen Globalisierung im mexikanischen Luxusbadeort Cancún zur 5. Ministerkonferenz zusammen. Ziel der Industrieländer ist es, die Liberalisierung auf (fast) allen Ebenen voranzutreiben und die WTO zu einer allmächtigen Weltwirtschaftsorganisation auszubauen. Die Entwicklungsländer pochen auf eine Pause im Liberalisierungsprozess, um bisherige Schieflagen zu korrigieren. NGOs und soziale Bewegungen aus Nord und Süd halten die WTO generell für eine Fehlentwicklung und verlangen die Verlagerung globaler Wirtschaftspolitik auf andere Organisationen, die nicht exklusiv dem Freihandel verschrieben sind, sondern ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung anstreben.

Globalisierungsexpress: Von Seattle über Doha nach Cancún

Die 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO trifft sich alle zwei Jahre, um die großen Weichen für die Liberalisierung des Welthandels zu stellen. Erstmals in die Schlagzeilen geriet die WTO im Dezember 1999, als in Seattle plötzlich 50.000 DemonstrantInnen die Straßen füllten und den Konferenzeingang blockierten. Nicht nur draußen, sondern auch drinnen krachte es: Die Industrieländer zogen sich wie gewohnt in die so genannten „green rooms“ zurück, um die Abschlussdeklaration zu verfassen, doch als sie diese – wie gewohnt – den Entwicklungsländern zur Unterschrift vorlegten, sagten diese plötzlich „Njet“. So platzte die „Millenniumsrunde“ von Seattle. Bei der 4. Ministerkonferenz in Doha stand die WTO daher unter doppeltem Erfolgszwang. Zum einen musste sie die lästigen DemonstrantInnen loswerden, dies gelang durch die Verlegung des Tagungsortes in die Diktatur Qatar. Zum anderen durfte die Millenniumsrunde auf keinen Fall ein zweites Mal scheitern, das hätte vermutlich das Ende der WTO bedeutet. Um die Weltöffentlichkeit für den Hardcore-Freihandel zu gewinnen, wurde die Millenniumsrunde in „Entwicklungsrunde“ umgetauft (Doha Development Round, DDR), und es wurde so getan, als ginge es nur noch um Armutsbekämpfung. Zusätzlich schwor George W. Bush alle Gegner des Terrors auf Freihandel ein – Doha fand kurz nach dem 11. September 2001 statt. „Countering Terror with Trade“, titelte der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick schon am 20. September einen Gastkommentar in der Washington Post. Schließlich mussten noch all jene der „Entwicklungsrunde“ zustimmen, die aus der damals beginnenden globalen Rezession entkommen wollten. Trotz dieser zentnerschweren Moralbomben (Wer ist schon für Rezession? Wer will schon Terror?) wäre Doha um ein Haar geplatzt: Die Industrieländer zogen sich abermals in die Greenrooms zurück, um die „Neuen Themen“ Investitionen, Wettbewerb, Öffentliche Beschaffung und Handelserleichterungen durchzusetzen. Doch Indien blieb bis zuletzt standhaft. In der „Verlängerung“ einigte man sich schließlich darauf, dass bei der 5. Ministerkonferenz in Cancún mit Verhandlungen begonnen werde, wenn ein „ausdrücklicher Konsens“ über die Verhandlungsmodalitäten erzielt würde. Indien hatte damit den Start der neuen Runde verhindert, und die Industrieländer verkauften den Kompromiss als Riesenerfolg.

Globale PR-Übung: „Die Entwicklungsrunde“

Seit dem Erstarken der globalisierungskritischen Bewegung geben sich Weltbank, Währungsfonds und WTO als karitative Organisationen aus, deren oberstes

Ziel die globale Armutsbekämpfung sei. Was liegt daher näher, als die Freihandels- und Liberalisierungsbestrebungen der Industrieländer in „Entwicklungsrunde“ umzutaufen? Das Positive an der Bezeichnung Entwicklungsrunde: Damit wird zugegeben, dass Freihandel den armen Ländern bislang *keine* Entwicklung brachte und dass sie durch das WTO-Regime benachteiligt waren. Was wurde nun aus den vollmundigen Ankündigungen in Doha? Was waren die Anliegen der Entwicklungsländer? Da war zunächst die Forderung, *keine* neuen Themen aufzunehmen, stattdessen wollten die armen Länder den Fokus auf „Implementation“ und „Special & Different Treatment“ legen. „Implementation“ heißt soviel wie die Korrektur von Schieflagen in den WTO-Verträgen. Die Entwicklungsländer haben über 100 unfaire Passagen identifiziert, die sie benachteiligen. Eine in Doha eingerichtete Arbeitsgruppe hätte bis Ende 2002 einen Bericht fertig stellen sollen, doch den gibt es bis heute nicht. „Special & Different Treatment“ würde den ärmsten Handelspartnern eine Sonderbehandlung zugestehen, um ihre Entwicklung zu erlauben. Auch hier hat sich seit Doha nichts getan. Drittes Hauptanliegen der Entwicklungsländer ist die Streichung sämtlicher Exportsubventionen im Agrarbereich. Das stellten die Industrieländer in der Doha-Erklärung (wenn auch ohne Ablaufdatum) in Aussicht. Im jüngsten Positionspapier zu Cancún von den USA und der EU ist davon nicht viel übrig geblieben (siehe „Knackpunkt Landwirtschaft“). Schließlich war es den armen Ländern ein Anliegen, der öffentlichen Gesundheit Vorrang vor strengem Patentschutz auf Medikamente einzuräumen, um sich die Bekämpfung von Epidemien wie AIDS, Malaria oder Tuberkulose leisten zu können. Die Erklärung von Doha zu TRIPS und öffentlicher Gesundheit gestand den armen Ländern zwar dieses Ziel zu. Doch ein Kompromiss zwischen reichen und armen Ländern wurde erst am 30. August 2003, ein halbes Jahr nach Ablaufen der Frist, gefunden. Der grundsätzliche Patentschutz auf Medikamente – auch in den ärmsten Ländern – wird durch den Kompromiss, der nur in Notfällen Ausnahmen erlaubt, nicht in Frage gestellt.
Fazit: Von der Entwicklungsrunde ist nicht viel übrig geblieben. UNCTAD-Direktor Rubens Ricupero weigert sich folgerichtig, das Wort „Entwicklungsrunde“ weiter zu verwenden.

WTO: Forum für „power politics“

Eine der am häufigsten gestellten Fragen lautet: Wenn die WTO so sehr die Interessen der Entwicklungsländer verletzt, wieso stimmen sie dann immer wieder neuen Runden zu? Wir machen die Antwort im Multiple-choice-Verfahren:

- Erpressung I: Androhung der Streichung von Entwicklungshilfe
- Erpressung II: Androhung der Streichung von Handelsvergünstigungen
- Militärhilfe: z. B. im Rahmen des Krieges gegen den Terror (Pakistan)
- Die sanfte Tour: diplomatischer Liebesentzug
- Nikolaus-Methode: Erstellen schwarzer Listen anti-amerikanischer Länder
- Stimmenkauf: Millionenbonus für die Ja-Stimme zur neuen Freihandelsrunde (EU in Doha)
- Kredithebel: Frisches Geld via Weltbank oder Währungsfonds nur im Falle des Jaworts
- Ermüdung&Ermattung: Wenn die EU mit einer 300-köpfigen Delegation zur Konferenz anreist und Burkina Faso mit einer VertreterIn, dann lässt sich unschwer vorhersagen, wer den längeren Atem hat

Eine lange Liste der „Überzeugungs“methoden sowie Fallbeispiele finden sich in:
Aileen Kwa: „Power Politics in the WTO“, Focus on the Global South, Bangkok 2003.
www.focusweb.org/publications/Books/power-politics-in-the-WTO.pdf

Green Rooms und NGO-Protest: WTO in der Legitimationskrise

Innerhalb der WTO wird Liberalisierung und Deregulierung zunehmend mit Skepsis begegnet, vor allem seitens der Entwicklungsländer. Die Handelsliberalisierung der letzten 20 Jahre hat ihnen nicht Massenwohlstand, sondern Handelsbilanzdefizite und geringeres Wirtschaftswachstum oder sogar Rezession beschert. Durch die bestehenden Abkommen werden Entwicklungsländer strukturell benachteiligt. Das geben sogar Weltbank-Experten zu: „Die WTO-Regeln spiegeln die Interessen der reichen Länder wieder (...)“ (Bernard Hoekmann, Constantine Michalopoulos, Alan Winters 2003). Zur juristischen Diskriminierung gesellt sich die institutionelle: 30 Länder haben keine ständige Vertretung am WTO-Sitz in Genf. Wer aber bei einer der bis zu zehn Sitzungen pro Tag nicht anwesend ist, dessen Stimme gilt als Ja-Stimme. Bei den Ministerkonferenzen selbst belieben die Industrieländer, allen voran die „Quads“ USA, EU, Kanada und Japan, sich in die Hinterzimmer (so genannte „green rooms“) zurückzuziehen, um den endgültigen Vertragstext unter sich auszumachen. Auch die Entwürfe für die Abschlussdeklarationen werden stets von Industrieländern entworfen.

Zur inneren Demokratiekrise gesellte sich spätestens seit Seattle 1999 eine äußere Akzeptanzkrise: Weltweit engagieren sich NGOs und soziale Bewegungen immer gezielter gegen die WTO – mit zunehmendem Erfolg. So hat sich etwa die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages der Freihandelskritik angeschlossen. Ex-Weltbank-Chefökonom und Nobelpreisträger Josef Stiglitz spricht im Sinne zahlreicher NGOs. Und weltweit wollen ParlamentarierInnen in den WTO-Prozess eingebunden werden – was bisher nicht der Fall ist.
Was der WTO drittens nicht besonders bekommt, sind die Rückfälle ausgerechnet der fundamentalistischen Freihandels-Prediger in den Protektionismus. Mit Zöllen auf Stahlimporte, Verdopplung der Agrarsubventionen und der Aufforderung an Bayer, auf Patentschutz beim Anthrax-Gegenmittel Cypro zu verzichten, haben die USA einen glatten Protektionismus-Hattrick hingelegt.
Schließlich belasten immer mehr Streitfälle und umstrittene Urteile die internationalen

Handelsbeziehungen, allen voran die zwischen EU und USA.

Von Stahlzöllen bis Gentechnik:
Der transatlantische Handelskrieg

Der „Handelskrieg“ zwischen der EU und den USA begann mit Bananen und Hormonfleisch. Die EU verlor beide Fälle. Aber auch die USA mussten immer wieder kräftig Federn lassen, zuletzt, als die Steuervergünstigungen für Exporteure (so genannte Foreign Sales Companies, FSC) von der WTO als Wettbewerbsverzerrung verurteilt wurden: Die EU darf nun Strafzölle im Wert von vier Milliarden Euro (!) einheben, ein absoluter Rekordwert. Die „Antwort“ der USA ließ nicht lange auf sich warten. Im Mai 2003 leiteten sie Klage gegen die EU ein, weil diese Anbau und Import von gentechnisch veränderten Organismen (GMO) behindert. (Eine Klage, die umso schwerer wiegt, als weite Teile der EU-Bevölkerung GMO-Nahrung ablehnen.) Die EU haben ihrerseits die USA wegen der jüngsten Stahlzölle geklagt: Der „Handelskrieg“ befindet sich somit auf dem Höhepunkt. Einige Senatoren fordern bereits einen Austritt der USA aus der WTO.

An diesen Fällen ist ersichtlich, wie groß die Macht und Durchsetzungskraft der WTO ist. Die UN-Organisationen (für Umwelt, Entwicklung, Gesundheit, Ernährung oder Arbeit) haben kein vergleichbares Streitbeilegungsgremium mit so wirksamen Sanktionen. Problematisch ist aber nicht nur der Handelskrieg zwischen den USA und der EU, sondern auch der Umstand, dass Entwicklungsländer aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ressourcen kaum Zugang zur Streitschlichtung haben. Außerdem wird in Konfliktfällen zwischen Freihandel und Umweltschutz oder Gesundheitsvorsorge erfahrungsgemäß für den Freihandel entschieden: Das deutlichste Zeichen, dass Freihandel in der WTO zum Selbstzweck avanciert ist, der alle andern Politikfelder „overrult“.

Position der Industrieländer (vor allem „Quads“: USA, EU, Kanada, Japan)	**Position der Entwicklungsländer** (nicht einheitlich)
Mehr Liberalisierung, so viel wie möglich (Ausnahme: Agrarsubventionen)	Liberalisierungsstopp und Überprüfung bisheriger Liberalisierungen
Industriegüter: Radikale Senkung der Zölle USA: Totale Eliminierung bis 2015	Unterschiedliche Behandlung von EL; Zölle dienen dem Schutz noch nicht wettbewerbsfähiger Industrien
Neue Themen: Investitionen, Wettbewerb, öffentliche Beschaffung, Handelserleichterungen	Keine neuen Themen; stattdessen „Implementation“ und „Special & Different Treatment“
Nur geringe Lockerung des Protektionismus im Agrarbereich	Streichung aller Exportsubventionen, Marktzutritt und „Development Box“
Strenger Patentschutz	Lockerung des TRIPS, Vorrang von öffentlicher Gesundheit, keine Patente auf Leben
GATS: Volle Kraft voraus	Kein Interesse am GATS, aber Hoffnung auf Gegengeschäft im Agrarbereich
Sozial- und Umweltstandards: EU: Ja; USA: Nein	Nein zu Sozial- und Umweltstandards, weil sie einen Wettbewerbsnachteil bedeuten

Knackpunkt Landwirtschaft – AoA

Das Landwirtschaftsabkommen der WTO (Agreement on Agriculture, AoA) trat 1995 gemeinsam mit der WTO in Kraft. Zuvor waren Agrarerzeugnisse lange Zeit vom GATT ausgenommen gewesen. Der Grund: Der Norden war in diesem Bereich global nicht wettbewerbsfähig und deshalb überzeugter Protektionist und Freihandelsgegner. Der Protektionismus des Nordens hat zwei Gesichter: Exportsubventionen und Importzölle.

Exportsubventionen des Nordens bewirken, dass Baumwolle, Getreide, Fleisch oder Reis weit unter den Erzeugerpreisen auf dem Weltmarkt angeboten werden. Dieses Preisdumping zerstört in den armen Ländern, die sich Subventionen nicht leisten können, nicht nur die Landwirtschaft (Millionen BäuerInnen werden ihrer Existenzgrundlage beraubt), sondern auch die Weiterverarbeitung und lokale Vermarktung von Lebensmitteln. Die Nahrungsmittelproduktion vor Ort geht dadurch zurück und die Abhängigkeit von Importen steigt. Die Ernährungssituation der Bevölkerung verschlechtert sich weiter. Gleichzeitig drängen die Industrieländer die Entwicklungsländer aggressiv zu Marktöffnung. Diese Doppelmoral wird mit dem Motto „You liberalize, we subsidize“ karikiert. In Zahlen: Während drei Milliarden Menschen (die halbe Menschheit) mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen müssen, erhält in der EU jede Kuh 2,5 Dollar pro Tag an Agrarsubvention.
In den Entwicklungsländern sind 70% der Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt. In Südostasien werden 60% der Nahrungsmittel von Frauen produziert, in Afrika 80%. Sie sind von einer globalen Liberalisierung des Agrarhandels am negativsten betroffen.

Die eigenen Märkte der Industrieländer werden mit hohen Zöllen abgeschottet. Das ist bezeichnend für die Nord-Süd-Realität: Gerade in den wenigen Beriechen, wo der Süden wettbewerbfähig ist, macht der Norden auf Protektionismus. Allerdings ist dieser für Entwicklungsländer nicht so negativ (wie Subventionen),

weil zwar eine Handvoll Exporteure profitieren würde; dafür werden infolge steigender Ausrichtung auf Exportprodukte („cash crops“) die besten Böden konzentriert und besetzt, wodurch dort keine Nahrungsmittel für die lokale Bevölkerung mehr angebaut werden und das Hungerproblem sich verschärft.

Die jüngsten Entwicklungen: Obwohl die Streichung von (Export-)Subventionen die zentrale Forderung der Entwicklungsländer ist, haben die USA 2002 mit der Farm Bill die Subventionen fast verdoppelt. Die EU haben zwar in der jüngsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (CAP) Subventionen umgeschichtet, das Gesamtvolumen aber stabil gelassen und Exportsubventionen keineswegs abgeschafft. Am 14. August legten die EU und die USA eine gemeinsame Position für die Agrarverhandlungen vor: Zwar wurden in ausgesuchten Bereichen Kürzungen der Exportsubventionen und leichte Absenkungen der Importzölle angeboten, doch die Mehrheit der Subventionen wurde als nicht handelsverzerrend eingestuft. Entsprechend die Reaktion des indischen WTO-Botschafters KM Chandrasekhar: „Der Vorschlag ist nicht machbar. Er nimmt keine Rücksicht auf die Interessen unserer Bauern.“ Fast postwendend, am 20. August haben 17 Entwicklungsländer, darunter Schwergewichte wie Brasilien und Indien, eine Gegenentwurf auf den Tisch gelegt, der die Abschaffung aller Agrarsubventionen, besondere Behandlung für arme Länder sowie Zugang zu den Märkten der Industrieländer fordert. Die EU (in personam Peter Carl) hat stark verärgert reagiert und der Indien-Brasilien-Achse vorgeworfen, den „Nord-Süd-Konflikt“ zu schüren.

Zwei Kernforderungen der Entwicklungsländer, die „Development Box“ (Vorrang für Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung und ländliche Entwicklung) sowie der „Rebalancing Mechanism“ (zusätzliche Zölle auf subventionierte Produkte) werden im jüngsten Entwurf der Abschlussdeklaration (24. August 2003) mit keinem Wort erwähnt.

Als taktisches Manöver der EU zeichnet sich ab, dass sie im Abtausch für Zugeständnisse im Agrarsektor Vorteile bei Dienstleistungen (GATS) und Investitionen (MIA) herausschlagen will.

Forderungen:

- Vorrang der (lokalen) Ernährungssicherheit vor (globalem) Agrarhandel
- (Ländliche) Entwicklung, Armutsbekämpfung und zinsfreie Kredite
- freier Zugang zu Land, Wasser, Saatgut
- Vorrang für ökologische und biologische Anbauweisen (vor Exportmonokulturen)
- Keine Patente auf Lebewesen und damit keine Gentechnik in der Landwirtschaft
- Einbindung von Frauen in alle Entscheidungen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Dienstleistungsabkommen GATS: Der stille Paukenschlag

Auch das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services: GATS) trat gemeinsam mit der WTO 1995 in Kraft, es bildet neben dem GATT und TRIPS die dritte Säule der WTO. Die Entwicklungsländer wollten das GATS von Beginn an nicht, sie schluckten es aber, weil sie im Gegenzug auf Zugeständnisse in den Bereichen Landwirtschaft und Textilien hofften – bisher vergebens. Da das GATS wie sämtliche WTO-Abkommen dem Prinzip der „fortschreitenden Liberalisierung“ unterliegt, ist es mit einem einmaligen Vertrag nicht getan: die Liberalisierung geht weiter, bis sie vollendet ist. Folglich wurden fünf Jahre nach Inkrafttreten des GATS, die so genannten GATS-2000-Verhandlungen und damit der Angriff auf alle bisher nicht liberalisierten (öffentlichen) Dienstleistungsbereiche gestartet. In den beiden abgeschlossenen Vorbereitungsphasen richteten die WTO-Mitglieder Forderungen (request-Phase) aneinander und darauf basierend ihre Angebote (offer-Phase). Die Forderungen sind flächendeckend, sie betreffen auch die heikelsten Bereiche Gesundheit, Bildung, Trinkwasserversorgung, Umweltschutz, öffentlicher Verkehr, Energieversorgung, Kommunikation und Finanzdienstleistungen. Die EU verlangt beispielsweise von 72 Ländern die totale Öffnung der Trinkwasserversorgung (während sie gleichzeitig die eigene Bevölkerung beschwichtigt, dass die Liberalisierung der Wasserversorgung tabu sei).

In Cancún beginnen nun die eigentlichen Verhandlungen, die „große Feilscherei“. Wie ungleich die Ausgangsposition zwischen Nord und Süd ist, zeigt folgende Zahl: Nur 16 Entwicklungsländer richteten Forderungen an die EU, während die EU weitreichende Forderungen an 94 Entwicklungsländer richtete. Was den zuständigen österreichischen Wirtschaftsminister Martin Bartenstein nicht davon abhält, permanent zu betonen, dass die „Entwicklungsländer überproportional vom GATS profitieren“. (Das gehört zum guten Ton der „Entwicklungsrunde“.) Die einzige Hoffnung der Entwicklungsländer besteht im freien Verkehr von Dienstleistungspersonal, also selbständigen und unselbständigen Lehrlingen, Krankenpflegepersonal, Software-ProgarmmiererInnen. Eine Liberalisierung in diesem Bereich würde allerdings zulasten der Arbeitsmärkte in Europa gehen. Weiters „spitzen“ manche Entwicklungsländer auf Zugeständnisse der Industrieländer im Agrarkapitel, wenn sie selbst bei den Dienstleistungen nachgeben. Dass allerdings höhere Exporte von Mais, Zucker oder Bananen die steigenden Importe von Versicherungen, Energie- und Wasserversorgung, Hotels und Universitäten nicht wettmachen können, liegt auf der Hand. Somit stehen die VerliererInnen des GATS von vornherein fest.

Forderungen:

- Stopp der GATS-Verhandlungen, siehe www.stoppgats.at
- Evaluierung der bisherigen Liberalisierungen

Oberknackpunkt in Cancún: die „Singapur-Themen“

Der zweite Hauptknackpunkt neben der Landwirtschaft werden voraussichtlich die so genannten Singapur issues werden. Diese heißen so, weil sie erst mal bei der 1. WTO-Ministerkonferenz in Singapur von den Industrieländern aufgetischt wurden. Die 4 Singapur-Themen sind: 1. Investitionen, 2. Wettbewerb, 3. Öffentiche Beschaffung und 4. Handelserleichterungen.

1. **Investitionen:** Siehe nächster Abschnitt.
2. **Handel und Wettbewerb:** Das Fehlen von Wettbewerbsgesetzen in 50 Entwicklungsländern ist tatsächlich ein Problem. Auch die Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden ist selbstverständlich ein richtiger Ansatz. Allerdings: Die armen Länder entbehren nicht der Wettbewerbskontrolle, weil sie Kartelle befürworten, sondern weil sie kein Geld haben. Ein WTO-Abkommen nützt daher nichts, wenn ihnen die Ressourcen fehlen. Der Aufbau einer Wettbewerbskontrolle wäre daher ein klassischer Fall für Entwicklungshilfe. Weiteres Problem eines WTO-Wettbewerbsabkommens: Die WTO verfolgt einen reinen Freihandelsansatz und könnte den sinnvollen Schutz von jungen Industrien oder lokalen Unternehmen als Wettbewerbsverzerrung (gegenüber multinationalen Unternehmen) verbieten. Ein globales Wettbewerbsabkommen wäre daher besser in der UNO aufgehoben.
3. **Öffentliches Auftragswesen:** Hier geht es vor allem um mehr Transparenz, doch die Probleme sind ähnlich gelagert wie beim Wettbewerb. Entwicklungsländer, vor allem Indien und Malaysia, blockieren die Verhandlungen mit dem Hinweis auf fehlende administrative Voraussetzungen bei der Umsetzung von komplizierten Vergaberegeln. Außerdem fürchten sie, dass die Bevorzugung von heimischen Anbietern – mit stärkerer Verknüpfung zu lokalen Unternehmen und positiven Effekten auf Entwicklung und Beschäftigung – verboten werden könnte.
4. **Handelserleichterungen:** Hier geht es um den Abbau bürokratischer Handelshemmnisse z. B. bei der Zollabfertigung. Die EU hat einen Vorstoß unternommen, der allerdings einigen Entwicklungsländern zu weit geht. Brasilien und Indien plädieren für freiwillige Verpflichtungen und für Unterstützung, damit sie überhaupt den Handel erleichtern können.

Vom MAI zum MIA: Investitionen

Der Wunschzettel der Global Players an die neoliberale Globalisierung umfasst 5 Kernanliegen: freier Kapitalverkehr (1), freier Warenhandel (2), freier Dienstleistungshandel (3), umfassender Patentschutz (4) sowie umfassender Investitionsschutz (5). Während die Punkte 1 – 4 mittels IWF, GATT, GATS und TRIPS weitgehend durchgesetzt sind, ist Punkt 5 noch offen. Das soll sich in Cancún ändern. Der erste Anlauf für ein globales Investitionsschutzabkommen fand bereits 1996 bei der 1. WTO-Ministerkonferenz in Singapur statt. Die Aufnahme der „new issues“ (neue Themen oder Singapur-Themen) scheiterte jedoch, weil die Entwicklungsländer keinerlei Interesse zeigten. Auch in Genf, Seattle und Doha konnten sich die Industrieländer nicht durchsetzen. Selbst ein Versuch, Investitionsschutz außerhalb der WTO, nämlich in der OECD durchzusetzen, scheiterte: Die Verhandlungen zum „MAI“, dem Multilaterale Abkommen über Investitionen, wurden 1995 gestartet und 1998 gestoppt. Was ist so garstig an einem Investitionsschutzabkommen? Vereinfacht gesagt geht es um die Frage, wer vor wem geschützt werden soll: Der Investor vor dem Standort oder der Standort vor dem Investor. Und bisher wurden alle Vertragsentwürfe so formuliert, dass ausschließlich die Investoren geschützt und die Staaten-Standort gemaßregelt werden sollten. Rechte für die Multis und Pflichten für die Nationalstaaten. Das ging so weit, dass Multis im MAI das Recht bekommen hätten, Staaten direkt zu verklagen, wenn diese das fröhliche Gewinnemachen z. B. durch das Zulassen von Streiks gestört hätten. Das ging denn doch zu weit, das MAI scheiterte. Allerdings ist das „investor-to-state“-Klagerecht woanders schon in Kraft: im nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. Und die ersten Fälle lassen gar nichts Gutes erwarten. So wurden z. B. US-amerikanische Investoren „entschädigt“, weil sie giftige Benzinzusatzstoffe in Kanada nicht vertreiben durften oder in Mexiko eine Müllverarbeitungsanlage nicht auf einem Trinkwasserschutzgebiet bauen durften. Von insgesamt sechs entschiedenen Klagen gewannen vier die Konzerne und kassierten insgesamt 514 Millionen Dollar Schadenersatz aus Steuergeldern. Das MAI hatte noch mehr Schmankerl zu bieten: Sämtliche grundvernünftige „Anforderungen an Investoren“ – wie zum Beispiel die Beschäftigung lokaler Arbeitskräfte oder Technologietransfer oder der Bezug von Vorprodukten aus der lokalen Wirtschaft die Reinvestition von Gewinnen vor Ort – wären verboten worden. Und als Investition hätten nicht nur handfeste Niederlassungen gegolten, sondern auch feindliche Übernahmen, Immobilienspekulationen oder Finanztransfers. Verschiedene Entwürfe für das MIA sind zwar nicht ganz so gruselig wie das MAI, doch verlangen z. B. Taiwan und die Internationale Handelskammer (ICC) den „investor-to-state“-Mechanismus (also das direkte Klagerecht für Konzerne) und die USA wollen auch Finanzanlagen als „Investitionen“ verstanden wissen. Haupttriebfeder des „MIA“ (so heißt das MAI in der WTO) ist die EU. Gemeinsam mit Japan, Südkorea und der Schweiz hat sie einen Vertragsentwurf vorgelegt, der weitreichenden Investorenschutz vorsieht; Schon Ende Juni 2004 soll der Vertragstext stehen. Die Mehrheit der Entwicklungsländer ist klar gegen ein Investitionsschutzabkommen dieses Charakters. Indien konnte in Doha bis zuletzt verhindern, dass Verhandlungen aufgenommen wurden. In Cancún kommt es jetzt darauf an, ob ein „ausdrücklicher Konsens“ über die Verhandlungsmodalitäten zustande kommt.

Forderungen:

- Nein zu einem Abkommen in der WTO, das vorrangig die Interessen von Investoren bedient, das Investoren ein Klagerecht gegen Staaten einräumt, das den Spielraum von Nationalstaaten, Investitionen im allgemeinen Interesse zu regulieren, einschränkt.

- Ja zu einem globalen Investitionsabkommen, das klare Regeln für multinationale Konzerne festlegt: Sozial- und Umweltstandards, Technologietransfer, Bezug von Vorprodukten aus der lokalen Wirtschaft, Beschäftigung lokaler Arbeitskräfte, Reinvestition von Gewinnen vor Ort, normales Steuerzahlen wie lokale Kleinunternehmen. ATTAC nennt diesen Vorschlag „Standortschutzabkommen".
- Das „Standortschutzabkommen" sollte nicht in der WTO verhandelt werden, sondern im Rahmen der UNO, zum Beispiel in der UNCTAD. Die UNCTAD ist laut Eigendefinition für Handel und Investitionen und Entwicklung zuständig und verfolgt als Generalziel nicht Freihandel, sondern Nachhaltige Entwicklung.

Geistige Eigentumsrechte – TRIPS

Auch das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights – TRIPS) trat mit der Gründung der WTO 1995 in Kraft. Die Industrieländer haben es mit maßgeblicher Hilfe der Industrielobby, allen voran Pharma- und Agrochemiekonzerne, und Druckausübung gegen die Mehrheit der Entwicklungsländer durchgesetzt. Im Rahmen des Gesamtpakets wurde diesen dann Versprechungen auf Vorteile im Agrar- und Textilsektor gemacht, die sich bis heute kaum erfüllt haben. Im TRIPS-Abkommen sind verschiedenste Instrumente zum Schutz des geistigen Eigentums – wie Urheberrechte und verwandte Schutzrechte, Marken, geografische Angaben oder Patente – international geregelt. Das TRIPS geht weit über das hinaus, was in vielen (Entwicklungs-)Ländern bisher üblich war. Während die Entwicklungsländer eine Abschwächung des TRIPS fordern, pochen die Industrieländer auf seine Ausweitung. Die heikelsten Punkte:

Technologiekluft: Da im TRIPS-Abkommen das Ziel verfolgt wird, technologisches Know-How vor Nachahmung zu schützen, wird Ländern des Südens die Chance auf Entwicklungsaufschwung durch schnelle und kostengünstige Nachahmung bereits bekannter Techniken verwehrt. Diese Chance hatten aber sehr wohl Industrieländer wie Japan, Südkorea, die USA oder die Schweiz, die ihre eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung und ihren Reichtum eben dieser technologischen Nachahmung verdanken. Daher hat sich etwa die Schweiz auch sehr lange Zeit gegen die Einführung von Patenten gewehrt. (Holland schaffte gar 1869 den Patentschutz mit dem Argument wieder ab, dass Patente politisch geschaffene Monopole und daher mit dem freien Markt unvereinbar seien.) Nun soll der so gewonnene technologische Vorsprung der Industrieländer langfristig abgesichert werden. Das widerspricht dem Geist einer „Entwicklungsrunde" diametral. Eine Zahl verrät alles: 90% aller Patente weltweit werden von westlichen Konzernen gehalten.

Behinderung der Gesundheitspolitik: Obwohl Gesundheit als Menschenrecht gilt und Medikamente in vielen Ländern lange Zeit nicht als Handelswaren angesehen wurden, gewährt das TRIPS strengen Patentschutz auf Medikamente. Dadurch werden viele lebenswichtige Medikamente unerschwinglich, und zahlreichen armen Ländern ist es unmöglich, Epidemien wie AIDS, Malaria oder Cholera zu bekämpfen. Länder, die den Patentschutz verletzten, wie Südafrika, handelten sich Klagen von multinationalen Konzernen ein. Das TRIPS verhindert zwar in Notfällen nicht den Nachbau lebenswichtiger Medikamente (Generika), sehr wohl aber den Import von Generika aus Drittländern, falls es keine heimische Generika-Produktion gibt, was bes. kleineren Entwicklungsländer schadet.

Südafrika wurde 1998 von 39 Pharmakonzernen geklagt, weil es billige AIDS-Medikamente selbst herstellte. Die daraufhin ausbrechende öffentliche Debatte hatte zwar die Rücknahme der Klage zur Folge. In anderen Fällen stand allerdings nicht AIDS im Zentrum der Aufmerksamkeit, weshalb die Klagen nicht an die Öffentlichkeit gelangten und zur Verschlechterung der Gesundheitssituation in den betroffenen Ländern führten.

In der Abschlusserklärung von Doha wurde armen Ländern alle nötigen Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zugestanden, auch „Parallelimporte" aus Ländern mit Generika-Produktion. Diese Selbstverständlichkeit war die größte „Trophäe", welche die Entwicklungsländer mit nach Hause brachten. Die konkreten Ausverhandlungen über die Korrektur des Vertragstextes hätten bis Ende 2002 abgeschlossen werden sollen, dauerten jedoch aufgrund es hartnäckigen Widerstands der USA und der Schweiz bis 30. August 2003. Der Kompromiss: In Ausnahmefällen dürfen Entwicklungsländer Generika importieren. Der generelle Patentschutz für Medikamente wird keineswegs in Frage gestellt.

Biopiraterie: Ein weiterer besonders heikler TRIPS-Aspekt betrifft die genetischen Ressourcen des Planeten. Unter „Biopiraterie" versteht man die Aneignung von biologischen Ressourcen und traditionellem Wissen durch westliche Konzerne ohne adäquate Einbeziehung und Entschädigung der Gemeinschaften, die diese Ressourcen und dieses Wissen traditionell nutzen, hervorgebracht oder entdeckt haben. Beispiele: Basmati-Reis wurde über Hunderte von Jahren durch ReisbäuerInnen im Himalaya gezüchtet, jetzt wurde er von der Firma RiceTec patentiert und gehört ihr. Der Schaden für die BäuerInnen in Asien ist enorm. Dasselbe Schicksal erlitt die Enola-Bohne in Mexiko. Durch eine kleine Manipulation „gehört" sie jetzt einem US-Konzern. (Die Exporte aus Mexiko gingen um 95% zurück.) Oder: die kosmetisch, medizinisch und als natürliches Schädlingsbekämpfungsmittel wirksamen Essenzen des indischen Neem-Baumes werden seit zweitausend Jahren für mindestens 20 Zwecke verwendet. Dank TRIPS halten westliche Konzerne 40 Patente auf den Wirkstoff Neem.

Gentechnik: Das TRIPS bildet auch Patentschutz und somit die Geschäftsgrundlage für gentechnisch verändertes Saatgut, durch das multinationale Konzerne BäuerInnen weltweit in ihre Abhängigkeit bringen wollen.

Frauen sind besonders negativ betroffen: Sie sind in zahlreichen Kulturen und Gemeinschaften die Bewahrung und Weiterentwicklung von Saatgut zuständig. Nun sollen sie das Saatgut Jahr für Jahr von – männerdominierten – multinationalen Konzerne kaufen. Dadurch geht nicht nur traditionelles Wissen und die Ernährungssicherheit verloren, sondern auch ihr Einfluss in die Landwirtschaft und ihr Status in der Gemeinschaft. Marginalisierung und Verarmung ist die Folge.

Forderungen:

- Rücknahme des TRIPS, weil es den Entwicklungsländern extrem schadet
- Keine Patente auf Leben (Position der afrikanischen Staaten in der WTO)
- Gesundheit ist keine Ware, daher keine globalen Patente auf Medikamente

Wer den Patentschutz einschränken will, bekommt oft das Argument zur Antwort, dass Pharmakonzerne ohne Patentschutz keine lebensnotwendigen Medikamente entwickeln könnten. Drei Gründe sprechen dagegen: 90% aller privaten Forschungsgelder fließen in „Medikamente“ gegen Übergewicht, Haarausfall oder Impotenz, also klassische Zivilisationskrankheiten, nur 10% in die Entwicklung lebenswichtiger Medikamente. 2. Die Pharmakonzerne geben für Marketing dreimal mehr Geld aus als für Forschung. 3. Wirklich problematisch ist der globale Patentschutz (nicht der nationale). Schließlich gibt es immer wieder Beispiele von medizinischen Forschungsergebnissen, die der Allgemeinheit gratis und ohne Patentschutz zur Verfügung gestellt wurden. Ein prominentes Beispiel ist die Impfung gegen Kinderlähmung.

Der große Hintergrund: Die Freihandelsdebatte

Seltsam: Obwohl Freihandel doch allen Menschen auf Erden Frieden und Wohlstand bringen sollte, und ganz besonders den Armen dieser Welt, galten die 80er Jahre als das „verlorene Jahrzehnt“ für die armen Länder, und in den 90er Jahren sank in 50 Ländern das Pro-Kopf-Einkommen abermals. Die Handelsbilanzen zahlreicher armer Länder drehten ins Negative, Afrikas Anteil am Welthandel ging seit 1965 von ohnehin bescheidenen 4,5% auf 1,5% zurück. Mit Hausverstand hätte es seine Logik: Nicht die afrikanischen, lateinamerikanischen und zentralasiatischen Großkonzerne drängen auf den EU-Markt, nach Japan und in die USA, sondern umgekehrt. 430 der 500 größten Konzerne sitzen in den Industrieländern.

Grundlage der WTO ist eine 200 Jahr alte Theorie. 1817 ersann der britische Ökonom David Ricardo die „Theorie der komparativen Kostenvorteile“. Ihr zufolge würde sich in einem globalen Regime freien Handels jedes Land auf die Produktion eines Produktes spezialisieren. Dieses könnte es dann mit den Produkten anderer Länder austauschen, wodurch alle den größtmöglichen Wohlstandsgewinn erzielen: internationale Arbeitsteilung. So verführerisch die Theorie ist, so wenig hat sie sich in die Realität umgesetzt. Die Industrieländer haben sich nicht nur auf (teure) Hi-Tech-Produkte und Dienstleistungen spezialisiert, sondern sie schützen auch noch ihre Agrarmärkte. Doch selbst wenn der Agrarhandel völlig liberalisiert würde, hätte der Süden keine Chance, weil sich das Verhältnis der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Agrargüter im Vergleich zu denen für Hi-Tech-Produkte laufend verschlechtert („Terms of Trade“). Der uruguayische Chronist und Autor Eduardo Galeano definiert die Arbeitsteilung neu: „Die einen spezialisieren sich aufs Gewinnen, die anderen aufs Verlieren.“
Besonders absurd an der Freihandelsdebatte ist, dass diejenigen, die ihn am lautesten von den anderen fordern, selbst historisch bewährte Protektionisten sind. Alle großen Handelsmächte wie Japan, Großbritannien, Deutschland oder die USA sind nicht durch das schrankenlose Hereinlassen von Konkurrenten groß geworden, sondern durch **Abschottung und Subvention** der eigenen Unternehmen. Selbst die einzigen Beispiele, die gerne für den Aufstieg von der Dritten in die erste Welt zitiert werden – die südostasiatischen Tigerstaaten Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea – haben dies nicht mit Freihandel geschafft, sondern mit massiver Unterstützung ihrer Industrie bei gleichzeitiger Abschottung mit Hilfe von Schutzzöllen.
(siehe zum Beispiel den ausgezeichneten Beitrag von Ha-Joon Chang: www.taz.de/pt/2003/06/13/a0050.nf/textdruck)

Die Rolle Österreichs und der EU

Österreich hat überspitzt formuliert keine Position, weil die EU in der WTO als Block verhandelt. 1998 übertrugen die Wirtschafts- und Handelsminister im EU-Rat der Kommission die gemeinsame Außenvertretung in Handelsfragen. Seither verhandelt nicht Wirtschaftsminister Martin Bartenstein für Österreich, sondern Handelskommissar Pascal Lamy. Allerdings wird die Position Lamys mit der Stimme Österreichs gebildet. Und hier pflegt sich Österreich sehr angepasst zu verhalten. Meist wird die Position „der EU“ mitgetragen, sprich der großen Länder innerhalb der EU. So hat Österreich beispielsweise nichts dagegen, dass die EU von 72 Ländern die Öffnung der Trinkwasserversorgung fordert; dass die WTO weiterhin gegen den Willen der afrikanischen Staaten (und der EU-Bevölkerung) Patente auf Lebewesen erteilt oder dass ein Investitionsabkommen verhandelt werden soll. Wirtschaftsminister Bartenstein gilt sogar als glühender Anhänger des MAI, jetzt MIA. Schon mehrmals wurde er von der eigenen Pressesprecherin zurückgepfiffen, als er vor JournalistInnen allzu euphorisch vom MAI geschwärmt hatte.
Die EU vertritt, wie am GATS par excellence zu beobachten ist, die Interessen multinationaler Konzerne und nicht der EU-Bevölkerung. Die BürgerInnenferne der EU zeigt sich in kaum einem anderen Politikfeld so deutlich wie in den Außenhandelsbeziehungen.

WTO und Frauen: Wüste

Frauen kommen in der WTO kaum vor – in den entscheidenden Positionen. So sind zum Beispiel 91,5% der RichterInnen, die in der Regel für den Freihandel

entscheiden (und gegen Umweltschutz oder Gesundheitsvorsorge) Männer. Von den EU-RichterInnen sind sogar 96,7% Männer. Dafür sind die Frauen bei der negativen Betroffenheit Spitze: Sei es in der Landwirtschaft durch die Zerstörung lokaler (Selbstversorgungs-)Strukturen; sei es durch das TRIPS, das Gentechnik und Biopiraterie Tür und Tor öffnet; sei es durch das GATS, das öffentliche Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen liberalisiert/privatisiert, wodurch diese wieder in informellen Arrangements wie Familie oder Nachbarschaft: sprich von Frauen geleistet werden; oder sei es durch Investitionen in so genannten Sonderwirtschaftszonen, wo überwiegend Frauen sklavenähnliche Arbeit für multinationale Konzerne verrichten und gegen die die WTO nichts, aber auch gar nichts einzuwenden hat. Wie gleichgültig der WTO Frauen sind, zeigt der Umstand, dass sie in ihren Abkommen keinerlei Bezug auf die Situation und Bedürfnisse von Frauen nimmt und keinerlei Studien durchführt, die die Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf Männer und Frauen prüfen („gender imact assessment sudies“).

Allgemeine Forderungen von ATTAC

(siehe auch die themenspezifischen Forderungen)

1. Nicht Freihandel darf das Ziel Internationaler Beziehungen sein, sondern menschliche und nachhaltige Entwicklung. Handel kann immer nur Mittel sein, nicht Zweck. Fairer Handel sollte Vorrang bekommen vor Freihandel.

2. Stärkung der UN-Organisationen, die einen integrierten und nachhaltigen Ansatz verfolgen: UNCTAD, UNDP, UNEP, UNCSD, WHO, FAO, ...

3. Keine neue Themen (Singapur Issues) in Cancún, keine neuen Kompetenzen für die WTO.

4. Korrektur oder Rücknahme bisheriger Abkommen: TRIPS, GATS, AoA, ... sowie Überprüfung der Auswirkungen der bisherigen Liberalisierungen.

5. Verbesserung der Position der Entwicklungsländer durch Spezielle und Besondere Behandlung, Hilfe beim Aufbau von Institutionen und Expertise.

6. Vorrang internationaler Umweltschutzabkommen vor WTO-Recht und Verankerung des Vorsorgeprinzips.

7. Verlagerung von Streitfällen, in denen Nichthandelsinteressen involviert sind, auf andere multinationale Institutionen (möglichst UNO)

8. Dort: Sanktionsmöglichkeit gegen Konzerne, die Menschenrechte und die Rechte indigener Völker verletzen, Arbeitskräfte ausbeuten und die Umwelt schädigen

9. „Genderisierung“ internationaler Organisationen. Paritätische Beteiligung von Frauen in allen Entscheidungsstrukturen. Untersuchung aller Handelsabkommen auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen.

10. Demokratisierung globaler Handelspolitik. Mehr Transparenz und Öffentlichkeit, Einbindung von Betroffenen, NGOs und Parlamenten.

ATTAC Österreich in Cancún
Pressesprecher Christian Felber ist live vor Ort; presse@attac-austria.org

Buch-Tipp
ATTAC (Hg.): Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO – GATS – TRIPS – MAI.
Promedia, Wien 2003 – Tel: +43 (0)1 405 2702

ATTAC-Hintergrundpapier zur 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha, weitgehend aktuell, behandelt die Streitbeilegung sowie die Umwelt-Problematik und das Dilemma der Umweltstandards *(9 Seiten)*:
www.attac-austria.org/presse/dohaPositionATTAC.php

AGEZ-Hintergrundpapier zu Cancún, gemeinsam erarbeitet von AGEZ, ATTAC, FIAN, KOO, ÖFSE und WIDE *(32 Seiten)*:
www.oneworld.at/agez/Positionspapier%20Cancun%20Juni%202003.pdf

ATTAC Deutschland:www.attac.de/cancun

Konferenzen zum 5. Ministerratstreffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Cancún

Die nächste WTO-Ministerkonferenz steht vor der Tür: Vom 10. bis 14. September 2003 sollen im mexikanischen Cancún weitreichende Entscheidungen von weltweiter Bedeutung getroffen werden - ohne umfassende öffentliche Debatte, demokratische Beteiligung oder Information über den Verhandlungsprozess durch die WTO.

Stop WTO!
04.-06.09.2003, in Riva del Garda (Gardasee), Palafiere von Baltera

Alternatives Forum anläßlich des Treffens der EU-Außenminister in Vorbereitung zu Cancún.

04.09.03 Europa lehnt Krieg ab

- Kriege und Neoliberalismus in Europa, die zwei Gesichter der Gewalt
- Europa ist keine Festung: Rechte von MigrantInnen
- 10 Jahre Liberalismus: Ausverkauf von Europa?
- Welche europäische Verfassung?

05.09.03 Für ein soziales Europa

- Wasser als Ware: Europa kauft nicht
- Unsicherheit, Flexibilität und Pensionen
- Europa und die Welthandelsorganisation (WTO): GATS
- Saatgut in Europa

06.09.03 Kundgebung

www.stopwtoriva2003.org

Fatal global?!
Fakten - Folgen - Alternativen
05.-06.09.2003, Technische Universität Berlin

Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Kräfte, bestehend aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften, kirchlichen und politischen Organisationen sowie politischen Stiftungen will mit einer gemeinsamen Konferenz die Politik der WTO im Vorfeld kritisch unter die Lupe nehmen.

Eingeladen sind unter anderem Walden Bello (Focus on the Global South, Bangkok), Mercy Ravi (INTUC, Indien), Jean Ziegler (UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Schweiz), Peter Wahl (Attac/Weed), Michael Sommer (DGB) und Alfred Tacke (Bundeswirtschaftsministerium) zur Diskussion über folgende Fragen:

- Fakten: Was wird in Cancún verhandelt? Wer sind die Akteure? Wer verfolgt welche Interessen?
- Folgen: Was sind die Konsequenzen liberalisierter Märkte ohne globale Regeln?
- Alternativen: Wie lauten die Antworten der Zivilgesellschaft auf die globale Herausforderung?

Konferenzbüro "Cancún-Konferenz"
Torstraße 154
10115 Berlin
Tel: +49 (0)30 280 418-11/-12
Fax: +49 (0)30 275 96 928
www.Cancún-konferenz.de
mail: presse@Cancún-konferenz.de

Internationaler feministischer Kongress
frauen macht sichtbar
Globalisierung feministisch hinterfragt
11. – 14. September 2003, Graz/Österreich

Der neoliberale Mythos verspricht Wohlstand für alle. Die soziale und ökonomische Realität spricht jedoch eine andere Sprache. Für viele Menschen, besonders aber für Frauen, bedeutet Globalisierung auch zunehmende Belastungen und Einschränkungen der persönlichen Freiheit. Der Anspruch dieser Tagung ist es, ökonomische Zusammenhänge kritisch zu hinterfragen und Verbindungen zum alltäglichen Leben und Handeln herzustellen.

Zum Programm und weiterführenden Informationen: www.attac-austria.org/gruppen/feministattac/feministattac.php
Presse-Rückfragen zum Kongress: Maggie Jansenberger maggie.jansenberger@attac-austria.org

Von Evian nach Cancún:

Etikettenschwindel in der WTO:

Wo Entwicklung draufsteht, ist keine drin.

von Pia Eberhardt, Attac AG Welthandel und WTO, WEED und Nicola Sekler, WEED

Geht die Rechnung der größten Handelsnationen der Welt auf, wird der G8-Gipfel in Evian ähnlich wie sein Vorgänger in Genua zur Steilvorlage für das zentrale handelspolitische Ereignis in diesem Jahr: die WTO Ministerkonferenz vom 10. bis 14. September im mexikanischen Cancún.

Hier werden die 145 Mitglieder der Welthandelsorganisation erneut zusammenkommen und versuchen, ihre Konflikte in den zentralen Themenfeldern der seit zwei Jahren laufenden Handelsrunde zu überwinden.

Doha: Ein Blick zurück

Im November 2001 - just nach den Ereignissen des 11. September - fand in Doha die vierte WTO-Ministerkonferenz statt. Abgeschirmt vor allem von der kritischen Öffentlichkeit trafen sich die Verhandlungsmeister im Emirat Quatar am Persischen Golf.
Nach zähem Ringen wird der Grundstein für eine neue Welthandelsrunde gelegt. Auch als "Doha Development Agenda" - also Entwicklungsrunde - bezeichnet, läutet sie eine erneute intensive Liberalisierungsphase insbesondere für die Entwicklungsländer ein.
Das Arbeitsprogramm umfasste insgesamt über 20 höchst komplexe Bereiche, von Verhandlungen zu weiteren Zollsenkungen über die Überprüfung bestehender Abkommen bis zu den schon seit dem Jahr 2000 laufenden Verhandlungen zum GATS bis zum Agrarabkommen. Parallel wurden - v.or allem auf Druck der EU - Vorverhandlungen zu den sogenannten "Singapur-Themen" (“neue Bereiche”: Investitions- und Wettbewerbspolitik, Transparenz im Öffentlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) forciert. Und das, obwohl Entwicklungsländer im Vorfeld von Doha eine neue Handelsrunde und die Aufnahme neuer Themen abgelehnt und auf die Umsetzung der vielen bis dato leeren Versprechungen aus der Uruguay-Runde bestanden hatten.

Wie lässt sich der "Sinneswandel" der Entwicklungsländer erklären? Warum gelang es ihnen nicht, sich der Agenda der Übermächte USA und EU zu widersetzen, wo doch in der WTO nach Konsensprinzip abgestimmt wird? Warum traten sie erst selbstbewusst gegen die Forderungen der Wirtschaftsmächte auf, um dann am Ende doch klein beizugeben?

Ein Land, eine Stimme: Stimmenkauf?

Im Prinzip gilt bei Abstimmungen innerhalb der WTO das Prinzip ein Land - eine Stimme und zusätzlich das Konsensprinzip, d.h. jedes Mitglied hat ein Vetorecht. In der Realität wird der Konsens allerdings zwischen den mächtigsten Playern fernab offizieller Treffen gefunden. Diese so genannten "green room"-Meetings finden sowohl während als auch zwischen den WTO-Ministerkonferenzen statt und sind nur für bestimmte Delegierte zugänglich. Mit verschiedenen Druckmechanismen wird die vom Norden bestimmte Agenda dann dem Rest aufgezwungen. Dafür gibt es unterschiedliche Methoden;

Beispiele aus Doha wären etwa:

- Ausspielen der Entwicklungsländer untereinander, um ihren Widerstand zu brechen. Selbst Indien, das sich am heftigsten gegen die Aufnahme der Singapurthemen stark gemacht hatte, wurde so am Ende "überzeugt."
- Drohung mit der Streichung von Entwicklungshilfe oder Handelsvergünstigungen durch die EU oder Erstellung von sogenannten schwarzen Listen von "anti-amerikanischen Ländern" durch die USA. Diese Drohkulisse sowie kleine Zugeständnisse in für Entwicklungsländer relevanten Wirtschaftszweigen wie dem Textilbereich führten zu einem "erfolgreichen" Abschluss der Verhandlungen.

"Dead Deadlines" und andere Sackgassen

Doch der "Erfolg" dieser Verhandlungen ist inzwischen erkennbar marode geworden. Die Konflikte zwischen den WTO Mitgliedern sind zahlreich, besonders bei den Kernanliegen der Entwicklungsländer wie in den Agrarverhandlungen oder in der Diskussion um den Import von lebenswichtigen Medikamenten zu erschwinglichen Preisen. Nachdem in der Medikamentenfrage mehrere Einigungsfristen verpasst wurden, scheiterte auch der Versuch, Ende März einen ersten Entwurf zu einem neuen Agrarvertrag vorzulegen.

Ähnlich negativ ist die Bilanz bei den "Implementierungsanliegen" der Entwicklungsländer, einer langen Liste von ca. 100 konkreten Problemen, die sich für sie bei der Umsetzung der bereits bestehenden WTO-Abkommen ergeben haben. Auch hier glänzt die WTO mit dem Verpassen von Deadlines, wie im Falle des Textilabkommens, wo es noch nicht einmal gelang, einen Bericht über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu erstellen.

Auch die Verhandlungen über die Sonderbehandlung von Entwicklungsländern im Rahmen der WTO stecken in der Sackgasse. In Doha wurde ihnen hier das Zuckerbrot essentieller Verbesserungen versprochen, inzwischen zücken Industrieländer bevorzugt die Peitsche.

Beim Dienstleistungsabkommen GATS schreiten die

Verhandlungen dagegen verhältnismäßig zügig voran, allerdings mit fragwürdigen entwicklungspolitischen Konsequenzen: So fordert die EU von mehreren Entwicklungsländern die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen, die sich als erfolgreiches Instrument zur Abwehr von destabilisierenden Kapitalflüssen und Finanzkrisen erwiesen haben. Sie drängt insgesamt 72 Länder zur Liberalisierung ihrer Trinkwasserversorgung und attackiert damit staatliche Regulierungen, die notwendig sind, um auch die Ärmsten der Armen mit Trinkwasser zu versorgen. Letztere scheinen also nicht die Adressaten der viel gepriesenen "Entwicklungsrunde" zu sein. Nur, wer ist es dann?

Eine Entwicklungsrunde für Konzerne?

Aufschluss bietet das drohende multilaterale Investitionsabkommen, eines der vier Singapur-Themen. Auf der Ministerkonferenz in Cancún im September soll darüber entschieden werden, ob auf Basis der laufenden Vorgespräche offizielle Verhandlungen dazu eingeleitet werden. Treibende Kraft für ein multilaterales Investitionsabkommen ist die EU.
Gelockt werden Entwicklungsländer mit einem prognostizierten Anstieg ausländischer Direktinvestitionen, die wiederum den entscheidenden Beitrag zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung leisten sollen. Diese Prophezeiung ist zweifelhaft, da für die vielen schon bestehenden bilateralen Investitionsabkommen ein solcher Zusammenhang nicht bedingungslos nachgewiesen werden konnte.

Wahres Interesse der Industrieländer ist das Festschreiben von umfassendem Investorenschutz und Investorenrechten auf internationaler Ebene gekoppelt mit freiem Zugang der Konzerne auf die Märkte der Welt und Klagemöglichkeiten auf Entschädigung bei Enteignung. Was Konzerne unter Enteignung verstehen, haben die zahlreichen Verfahren im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA gezeigt, in der die Vertragsstaaten reihenweise für Umwelt- und Sozialgesetze verklagt werden.

Umfassende Verpflichtungen für Investoren insbesondere im sozialen und ökologischen Bereich würden in einem Investitionsabkommen in der WTO wohl keinen Platz finden. Für Entwicklungsländer würde ein solches Abkommen eine Einschränkung ihrer entwicklungspolitischen Handlungsspielräume durch den Wegfall von Regulierungsmöglichkeiten bedeuten. Investitionen würden unkontrolliert ins Land fließen können und eine positive Integration in die lokale Wirtschaftsstruktur würde stark erschwert.

Selbst das Werben seitens der Befürworter, durch ein flexibles Modell jedem Entwicklungsland die Möglichkeit zur selektiven Öffnung zu bieten, ist - wie die Erfahrungen bei GATS zeigen - nur eine Verlagerung des Machtspiels auf die bilaterale Verhandlungsebene.
So stimmt es nicht verwunderlich, dass Entwicklungsländer die Aufnahme von Verhandlungen zu den Singapur-Themen ablehnen. Ein Vertreter Indiens in Genf forderte jüngst, die Pläne für ein Investitionsabkommen in der WTO ein für alle Mal zu begraben. Dennoch: die Ministerkonferenz in Doha hat gezeigt, dass auch nach der Revolte der Entwicklungsländer 1999 in Seattle die Machtmechanismen der Schwergewichte des internationalen Handels funktionieren.

"Ein äußerst günstiger Zeitplan"

Seit Monaten wird die Welt auf einen "Erfolg" in Cancún eingeschworen. Gerade in Zeiten des amerikanischen Unilateralismus müssten multilaterale Institutionen wie die WTO gestärkt werden.
Da ist sich selbst die britische Entwicklungs-hilfeministerin Clare Short nicht zu schade, ein Bekenntnis zu einer gerechteren Welt abzulegen und im gleichen Atemzug einen Erfolg der Doha-Runde zu fordern. Gleichzeitig erhöhen die Industrienationen den Druck auf die Hauptstädte der Entwicklungsländer. Auch die "You´re either with us or against us"-Rhetorik ist bereits aus der Mottenkiste geholt, um Kritiker der Zivilgesellschaft und widerspenstige Entwicklungsländer zu kriminalisieren.

In zahlreichen informellen Treffen werden die Verhandlungspositionen und Strategien für Cancún abgestimmt. So auch beim G8-Gipfel in Evian, laut Jacques Chirac Teil "eines äußerst günstigen Zeitplans". Der französische Staatschef hat bereits angekündigt, dass er sich dafür einsetzen will, die Diskussionen über den Zugang zu Medikamenten voran zu bringen, natürlich unter Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus Entwicklungsländern.

Durch diese und ähnliche Pseudozugeständnisse in den für Entwicklungsländer vitalen Bereichen werden die Industriestaaten versuchen, in Cancún ein "Ja!" zu den Verhandlungen der Singapur-Themen zu erkaufen. Ob dieser Versuch gelingt, wird nicht zuletzt von der Gegenbewegung abhängen, die sich zeitgleich auf dem Festland von Cancún lautstark für ihre Forderung nach einer gerechten Weltordnung einsetzen wird. Ein Anliegen, das hoffentlich auch in Deutschland nach Kräften unterstützt werden wird. Es gäbe wohl kaum einen günstigeren Protestzeitplan als den, der es erlaubt, erst im sommerlichen Evian und danach im Spätsommer europaweit zu demonstrieren.

Weitere Informationen: www.attac.de/wto/
www.weed-online.org

Countdown bis Cancún: Ein undurchsichtiger und ”regelloser” Verhandlungsprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit

von Aileen Kwa

Expertin für strategische Analyse bei "Focus on the Global South" in Genf

Weniger als sechzig Tage vor der Ministerkonferenz in Cancún ist die Welthandelsorganisation (WTO) zu einer noch heimlicheren und undurchsichtigeren Form der Beratung übergegangen - wie immer, wenn sie unter Druck gerät.
Der Vorgang ist durch “Flexibilität” gekennzeichnet - das heißt es werden spontan Prozeduren erfunden, die den Interessen der Mächtigen entgegenkommen - und durch Undurchsichtigkeit. Das Sekretariat und die Vorsitzenden der Verhandlungsgremien kontrollieren das Verfahren streng, anstatt es wie vorgesehen zu erleichtern. Hinzu kommt, dass sie sich auf die Minister konzentrieren, statt sich auf die technischen Experten in Genf zu verlassen, die mit dem im Detail "begrabenen Hund" der sehr technischen Sprache besser vertraut wären.

Darüber hinaus gibt es noch nicht einmal einen Textentwurf als Vorlage für das Treffen. Die Mitglieder der Entwicklungsländer wissen nicht, wann dieser endlich erscheinen wird. Den Teilnehmern wurde erklärt, dass der Text erst am 24. Juli feststehen wird, nur drei Arbeitswochen vor Cancún, was den Delegationen aus den Entwicklungsländern wenig Zeit lässt, auf den Text zu reagieren oder sich untereinander abzusprechen.

Die Ziele in Cancún

Viel steht bei dieser Ministerkonferenz auf dem Spiel. Der Umstand, dass im letzen Jahr verschiedene Termine für Entscheidungen zu "Entwicklungsthemen" wie besondere und differenzierte Behandlung, Umsetzung der Verpflichtungen, das TRIPS-Abkommen (trade-related aspects of intellectual property rights) und Gesundheit versäumt wurden, zwingt zur Frage, wie aufrichtig sich die führenden Länder - insbesondere die USA und die EU - für eine “Entwicklungsrunde” einsetzen?
Das öffentliche Erscheinungsbild der WTO steht nun auf dem Spiel. Das Sekretariat der Handelsorganisation, die USA und die EU bemühen sich um Schadensbegrenzung. In Cancún wird sich zeigen, ob es ihnen gelingt, die WTO wieder reinzuwaschen. Überdies ist noch immer keine Übereinkunft über die Modalitäten der Verhandlungen zur Landwirtschaft in Sicht, obwohl diese schon Ende März vorliegen hätte sollen. In Cancún muss zudem beschlossen werden, ob Verhandlungen zu Investitionen, Wettbewerb, Transparenz beim öffentlichen Beschaffungswesen, Handelserleichterungen (“new issues”, die “neuen Bereiche” von Singapur) eingeleitet werden sollen.
Die Motoren der WTO wollen unbedingt verhindern, dass Cancún ein zweites Seattle wird, wo kein Ergebnis zustande kam.
Abgesehen vom Imageschaden könnte dies auch die laufende Verhandlungsrunde, die im Dezember 2004 abgeschlossen sein sollte, zum Stillstand bringen. (Sowohl der EU-Handelskommissar Pascal Lamy als auch der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick beenden ihre Aufgaben Ende 2004. Sie würden sich selbstverständlich gerne mit einem positiven Ergebnis verabschieden.) Aber gerade beim Thema Landwirtschaft beharren die USA und die EU auf ihren anscheinend unvereinbaren Positionen. Was die “new issues” betrifft, haben die Genfer Verhandlungen die große Distanz zwischen den Positionen der Industrie- und der Entwicklungsländer hervorgehoben.
Die Sackgasse in Sachen Landwirtschaft führte dazu, dass die Entwicklungsländer auch bei den GATS-Verhandlungen bremsen. Fast zwei Monate nach dem Start der “Angebots-Runde”, bei der die WTO-Mitgliedsländer jene Bereiche angeben sollen, die sie bereit sind zu liberalisieren, gibt es nur wenige, die sich vorwagen und diejenigen, die Angebote machen, beschränken sich auf minimalistische Positionen.

Die oben genannte Sackgasse ist nichts neues für Verhandlungspartner von Handelsabkommen:
Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Verhandlungsstrategien der Großen - extreme Standpunkte einnehmen, bilateral mit ebenbürtigen Ländern verhandeln (die USA und die EU werden ihre eigenen Abmachungen treffen), den Entwicklungsländern etwas Zuckerbrot anzubieten und ein wenig die Peitsche zu schwingen, dazu noch eine gute Dosis persönlicher Kontakte zu Ministern, serviert mit gehörigen Portionen Überredung oder Zwang.
Sicherlich ist so ein Abschluss im "Konsens" möglich (so geschehen bei der Ministerkonferenz in Doha 2001). Um aber zum ”richtigen” Ergebnis zu kommen, ist es äußerst wichtig, dass einige Wenige den Verlauf der Verhandlungen strikt unter Kontrolle haben. Transparenz sowie Einbindung sämtlicher Teilnehmer in den Entscheidungsfindungsprozess bei der Vorbereitung der Ministerkonferenz und bei der Konferenz selbst sind dabei nur hinderlich. Dies zeigte sich schon in Seattle. Dort stammte die Textvorlage für die Verhandlungen nicht vom Vorsitzenden, sondern von den Teilnehmern und gab die Bandbreite der Positionen der Mitglieder wieder. Im Gegensatz dazu sind Ausschluß, Marginalisierung und Undurchsichtigkeit nötig - aber so geschickt inszeniert, dass der Anschein der Einbindung aller bestehen bleibt, damit die Ausgeschlossenen nicht rebellieren.

Genau das zeigte sich jetzt in Genf bei der Vorbereitung

von 146 Ländern für die fünfte Ministerkonferenz im September.

Wichtige Merkmale bei der Vorbereitung für Cancún:

1. Flexibilität - keine klare Ablaufregelung

Seit März dieses Jahres gab es schon Gerüchte über den Fortgang der Vorbereitungen in Genf, insbesondere über das eventuelle Scheitern der Ministerkonferenz in Cancún und dass die Verhandlungsrunde verlängert werden müsse.
Die unterschiedlichsten Ideen über die richtige Vorgangsweise, um bei den Ministerkonferenzen Konsens zu erreichen, wurden in Umlauf gesetzt: eine Erklärung, ein Kommuniqué, ein Lagebericht oder gar keine Erklärung. Aber es gab keine seriöse Diskussion über diese Themen, die alle Mitglieder einschloss. Dafür gab es dann am 8. Mai - statt einer Anhörung der Mitglieder - auf Initiative des Generaldirektors Supachai Panitchpakdi und des Vorsitzenden der Generalversammlung, Botschafter von Uruguay Carlos Perez del Castillo, ein informelles, außerprotokollarisches "Informationstreffen" von Delegationsleitern (also Botschaftern), bei dem die Anwesenden über den Ablauf "aufgeklärt" wurden.

Statt eine klare Vorgangsweise für die Verhandlungen bis Cancún festzulegen, erklärte Castillo, dass wohl trotz dem starken Interesse aller Teilnehmer "...an einem möglichst klaren und vorhersehbaren Programm für die nächsten paar Wochen...": *"Ich bin mir Ihres Verständnisses dafür sicher, dass es heute unmöglich ist, vorherzusehen wie oder wann die nächsten Schritte gemacht werden können ... Wir müssen darum ausreichend Flexibilität behalten, um den Prozess sich entwickeln zu lassen, dabei aber selbstverständlich transparent und systematisch vorgehen".* (JOB (03)/88, 9. Mai 2003)

Die von ihm erwähnte Flexibilität war Grund für heftige Debatten nach Doha gewesen. Die "Gruppe der gleichgesinnten Länder" (LMG), die Kuba, die Dominikanische Republik, Ägypten, Honduras, Indien, Indonesien, Jamaika, Kenia, Malaysia, Mauritius, Pakistan, Sri Lanka, Tansania, Uganda und Zimbabwe einschließt, bestand darauf, dass es klare Ablaufregeln vor und während Ministerkonferenzen geben muss (WT/GC/W/471, 24. April 2002). Hier einige Beispiele ihrer Vorschläge zur Vorbereitungsprozedur von Ministerkonferenzen:

- Jede Verhandlungsprozedur, die in der Vorbereitungsphase angewendet wird, muss vorher in einer ordentlichen Versammlung von den Mitgliedern einstimmig angenommen werden.
- Der Entwurf der Tagesordnung kann erst erstellt werden, nachdem die Mitglieder ihre Ansicht dazu äußern konnten.
- Es sollten regelmäßige formelle Sitzungen der Generalversammlung einberufen werden, um den Stand der Vorbereitungen zu erörtern und von diesen Sitzungen sollte es ein Protokoll geben.
- Es sollte den Delegationen ausreichend Zeit für Einsichtnahme in Textvorlagen und die Abstimmung mit ihren Regierungen gegeben werden.
- Der Entwurf für die Abschlusserklärung von Ministerkonferenzen sollte auf Konsens beruhen. Wo dies nicht möglich ist, müssen alle Meinungsverschiedenheiten in der Abschlusserklärung vollständig und angemessen dokumentiert sein... Wenn eine Mehrheit der Mitglieder die Erwähnung eines bestimmten Punktes im Entwurf der Abschlusserklärung klar ablehnt, sollte dieser nicht in den Entwurf aufgenommen werden.
- Im Zuge der Vorbereitung für die Ministerkonferenz sollten sich der Generaldirektor und das WTO-Sekretariat bezüglich der einzelnen Punkte, die in der Abschlusserklärung erwogen werden, unparteiisch verhalten.

Die Liste geht noch weiter und schockiert nicht wegen ihrer Forderungen, sondern weil ihre Ansprüche ganz elementar sind. Diese Verfahren sollten selbstverständlich zur Arbeitsweise jeder internationalen Institution, die sich auf Regeln stützt, gehören.
Die Bemühungen der LMG waren eine Reaktion auf die schlechten Erfahrungen der Delegationen von Entwicklungsländern bei der Ministerkonferenz in Doha. Indiens damaliger Wirtschaftsminister Murasoli Maran beschreibt seine Erfahrungen während den letzten zwei Tagen des Doha-Treffens so:

"Nur eine Handvoll WTO-Mitglieder wurden zu den Sitzungen (im Grünen Salon) geladen. Sogar während der Diskussionen in der Nacht vom 13. zum 14. November, der 38-Stunden Marathonsitzung, tauchten stündlich neue Texte zur Diskussion auf, ohne dass es den jeweiligen Delegationen zeitlich möglich gewesen wäre, sie ausreichend zur Kenntnis zu nehmen. Wer arbeitete diese Flut von Entwürfen aus? Und warum? Wir wissen es nicht. Quasi in letzter Minute - nach ca. 37 Stunden und 45 Minuten - zogen sie, so wie der Zauberer ein Kaninchen aus dem Zylinder zieht, ein Papier hervor, und bezeichneten es als den endgültigen Entwurf.

Offensichtlich war es die Strategie, erst in den frühen Morgenstunden einen Entwurf zu präsentieren, um so die anderen zu seiner Annahme zu zwingen oder zumindest ihre Positionen dem Entwurf zu nähern.

*Ist so etwas auf anderen internationalen Konferenzen jemals passiert? Ganz sicher nicht! Darum kann ich nur mit Schmerz und Sorge darauf hinweisen, dass jedes System, welches Entwicklungsländer in letzt*er Minute dazu zwingt, ein für s*ie bedeutsames Papier zu unterschreiben, auf keinen Fall ein faires System sein kann. Ich* plädiere dringend dafür, dass *die WTO unter Einbeziehung aller Mitglieder ernsthaft in sich geht und sich Gedanken über die Fairness der Vorbereitungsverfahren von Ministerkonferenzen macht."*
(Ansprache beim indischen Wirtschaftsgipfel am 4. Dezember 2001)

Das Positionspapier der LMG wurde von einer Gruppe von Industrieländern heftig angegriffen. Angeführt von Australien, forderte die Gruppe, darunter die Schweiz, Kanada, Korea, Mexiko, Neu Seeland, Singapur (WT/GC/W/477, 28. Juni 2002), mehr "Flexibilität".
Sie behaupteten, dass:

"Detaillierte und festgeschriebene Vorgehensweisen bei der Vorbereitung nicht sehr hilfreich und ganz sicher keine gute Voraussetzung für das Erreichen einer Übereinkunft in Cancún seien. Bei einer von Mitgliedern geführten Organisation müssen Prozesse flexibel gestaltet werden. Wir sollten Starrheit vermeiden."

Die LMG hatte natürlich nicht das politische Gewicht, um ihre Ansichten während der Gespräche, die 2002 endeten, innerhalb der Institution durchzusetzen.
Ein Mitglied, welches das Papier mit unterzeichnet hatte, erklärte, dass das Papier seitdem "auf Eis gelegt" worden war. Sie haben zwar den Botschafter von Uruguay darum gebeten, nochmals Gespräche über die Standpunkte der LMG einzuleiten, sind sich aber über sein Engagement im Unklaren.

Es ist beunruhigend, dass eine auf Regeln basierende internationale Organisation Verfahren spontan ignoriert oder erfindet, um offensichtlich Ergebnisse herbeizuführen, die im Interesse ihrer mächtigsten Mitglieder sind.

2. Verschleierung und Undurchsichtigkeit

Diese Art von "Flexibilität" führt zu Verschleierung und Undurchsichtigkeit. Gerade jetzt wird der Fortgang der Verhandlungen von vielen Ungewissheiten verschleiert. Mit dem Näherrücken der Ministerkonferenz, und auch bei der Konferenz selbst, wird dies unvermeidlich zu Überraschungen führen. Es wird ebenso dazu führen, dass die Entwicklungsländer ins Hintertreffen geraten. Sie werden nur noch reagieren können, anstatt den Prozess mitzugestalten!
Beim schon erwähnten Informationstreffen der Delegationsleiter am 8. Mai erklärte der Generaldirektor Supachai den Mitgliedern, dass das gesamte Paket erst bei der Generalversammlung am 24. Juli geschnürt würde. Unterdessen werden die Verhandlungen in den verschiedenen Gruppen weitergeführt. Die Delegationen der Entwicklungsländer sind sich aber nicht im Klaren darüber, ob es am 24. Juli dann zu irgendeinem Entwurf kommen wird.
Ein Delegationsmitglied war, mit dem Hinweis auf die wahrscheinlich Ende Juli in Kanada stattfindende Miniministerkonferenz, zu der lediglich etwa 25 Mitglieder eingeladen werden, der Meinung, ein Entwurf würde nicht vor Beginn bis Mitte August vorliegen, je nach dem Ergebnis in Kanada.

Die WTO geht vom 25. Juli bis 10. August für zwei Wochen auf Sommerferien. Jeder Entwurf, der nach dieser Pause herauskommt, gibt somit den Delegierten nur noch drei Wochen Zeit zu reagieren. Wenn man dazu noch berücksichtigt, dass diese Gesetzestexte vom Vorsitzenden entworfen werden (siehe dazu nächstes Kapitel) wird diese knappe Frist ein echter Grund zu Besorgnis.
Normalerweise sollten die Delegierten genügend Zeit haben, die Entwürfe an ihre Regierungen zu schicken, sich mit anderen Entwicklungsländern abzusprechen und schließlich bei den Sitzungen der Generalversammlung Rückmeldung abzugeben. Die Dreiwochenfrist scheint darauf ausgerichtet zu sein, diese Kommunikationsmöglichkeiten zu unterbinden, um wichtigste Entscheidungen auf die Ministerkonferenz in Cancún zu vertagen, wo denn auch nur Minister darüber entscheiden. Deren Einsicht in schwierige technische Handelsfragen ist natürlich mit jener von Handelsexperten in Genf nicht vergleichbar.

- **Texte vom Vorsitzenden statt von den Mitgliedern, Vorsitzende beherrschen die Verhandlungen statt sie zu fördern**

Zu Zeiten des GATT sowie in den ersten Jahren der WTO war es undenkbar, dass ein Vorsitzender einen eigenen Text mit seinem Vorschlag zu einem Kompromiss zwischen Mitgliedern herausgibt. Traditionellerweise sieht die Rolle des Vorsitzenden vor, dass er Verhandlungen zwischen Mitgliedern fördert, damit diese ihre Meinungsverschiedenheiten überwinden. Bei anhaltenden Differenzen haben vom Vorsitzenden herausgegebene Texte unweigerlich die Meinungsverschiedenheiten widergespiegelt, wobei die unterschiedlichen Meinungen in Klammern gesetzt waren. Das Endprodukt war dann ein "Text der Mitglieder".

Stuart Harbinson hatte den Vorsitz beim Allgemeinen Rat vor der Ministerkonferenz von Doha, in der Position des Botschafters in Hong Kong. Er brach mit traditionellen Verhandlungsverfahren von internationalen Organisationen, als er es auf sich nahm, während der Vorbereitung der Ministerkonferenz von Doha einen "Text des Vorsitzenden" herauszugeben. Anstatt in seinem Entwurf die verschiedenen Positionen wiederzugeben, präsentierte er gegen internationale und GATT/WTO-Normen seine "Auffassung" einer Kompromissposition. Diese Technik benachteiligte die in Doha anwesenden Minister von Entwicklungsländern, da der Text die Position der Entwicklungsländer, vor allem zu den umstrittenen neuen Bereichen, überging und nur jene von EU/USA wiedergab.

Bedauerlicherweise für die WTO fand dieser gefährliche Präzedenzfall seit Doha Nachahmung in allen Schlüsselgebieten der Verhandlungen. Texte zu Verhandlungen über TRIPS und Gesundheit, Landwirtschaft und nicht landwirtschaftliche Industriezölle wurden auf die "harbinsons'sche" Weise produziert. Entwicklungsländer, die vor Doha Einwände erhoben hatten (zum Beispiel Nigeria, das den Harbinson-Text verurteilt hatte, Indien, die LDCs, die Afrikagruppe, etc.) zeigen Ermüdungserscheinungen und resignieren anscheinend gegenüber solcher Strategien.

Unglücklicherweise müssen die Mitglieder vor Cancún mehr von der Sorte gewärtigen. Generaldirektor Supachai hat den Mitgliedern bei dem Treffen am 8. Mai genau das versprochen, als er sagte, dass *"die Vorsitzenden der Verhandlungen derzeit hart daran arbeiten, ihre Mandate zu erfüllen... Der Vorsitzende des Allgemeinen Rats und ich werden eng mit ihnen zusammenarbeiten um die Erfolgschancen dieses vielschichtigen, integrierten Prozesses zu maximieren..."* (JOB(03)/88, 9 May 2003)

Seine Kommentare hat USA-Botschafterin Deily im TNC (*Trade Negotiations Committee*) am 9. Mai wiederholt, wo sie in Anspielung auf die Konferenz in Cancún sagte, *dass "wir eine systematische Zusammenfassung der Forderungen von Doha zu bearbeiten haben werden, die vom Generaldirektor und dem Vorsitzenden Perez del Castillo gut vorbereitet wird"* (Aussage von Botschafterin Deily beim TNC, 9. Mai 2003).

Die aktuelle Situation kommentierend, meinte ein ehemaliger ständiger Vertreter bei GATT/WTO, *"von den Vorsitzenden wird erwartet, dass sie die Verhandlungen zwischen Mitgliedern fördern und nicht über Verhandlungen orakeln oder ihre Interpretation einer Kompromisslösung darlegen. Wir hätten so etwas früher nie gewagt. Wir waren viel vorsichtiger. Wir hätten nie gewagt, unsere Interpretation einer Kompromisslösung in ein Papier zu schreiben, solange die Mitglieder noch unterschiedliche Positionen hatten.*
Durch den Umstand, dass jemand auf Grund seiner Nähe zu den wichtigen Mitgliedern oder weil die wichtigen Mitglieder auf ihn hören, zum Vorsitzenden bestimmt wird, hat er gewisse Ansichten. Daraus ergibt sich immer, dass ein Vorsitzender in einem Text, der seine Meinung wiedergibt, jedenfalls die Interessen gewisser Mitglieder stärker widerspiegelt als die anderer."

4. Mini-Ministerkonferenzen, Gespräche im "Grünen Salon" und Lobbyarbeit in den Hauptstädten

Kritisch für die Vorbereitungsverhandlungen zu Cancún ist das Antichambrieren bei Ministern in den Hauptstädten und was manche Vertreter in Genf als Nebenbeschäftigung von Botschaftern und Experten betrachten.

Seit Doha haben schon zwei Mini-Ministerkonferenzen mit nur etwa 25 eingeladenen Mitgliedern in Sydney und Tokio stattgefunden und zwei weitere sind in Vorbereitung - Ägypten im Juni und Kanada im Juli.

Eher hitzige Kritik war in Genf nach dem OECD-Ministerratstreffen in Paris Ende April zu hören. Einige Vertreter von Entwicklungsländern, der Generaldirektor inbegriffen, schlossen sich den OECD-Ländern für ein exklusives Treffen der WTO in Paris an. Nach ihrer Rückkehr wurden alle nicht Geladenen über die Ereignisse "instruiert", was einige zu Kritik über die Umgehung des Verhandlungsprozesses in Genf veranlasste.

Eine informelle Mini-Ministerkonferenz ist am 21. und 22. Juni in Sharm-el-Sheikh, Ägypten, geplant. Minister von nur 27 Mitgliedern (wobei die EU als ein Mitglied zählt) wurden dazu eingeladen. Dazu gehören: Ägypten, Australien, Bangladesh, Brasilien, Chile, China, Costa Rica, Europäische Union, Hong Kong, Indien, Indonesien, Japan, Jordanien, Kanada, Kenia, Lesotho, Malaysia, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Nigeria, Senegal, Singapur, Südafrika, Schweiz, Thailand, USA.

Eine Mini-Ministerkonferenz zu den Bereichen Marktzugang - Industriezölle, Landwirtschaft und Dienstleistungen, TRIPS und besondere und differenzierte Behandlung, sowie die Fragen von Singapur bei einem gepflegten Essen wird zweifelsohne ein kritischer politischer Moment beim Geschäfte machen und Konsens schmieden mit Entwicklungsländern werden. Die kanadische Mini-Ministerkonferenz wird noch mehr zum Angelpunkt werden. Die Mini-Ministerkonferenz von Singapur hatte vor Doha schon dazu geführt, dass gewisse Delegierte in Genf das Gefühl hatten, "es sei anders geworden". Die Ergebnisse der Mini-Ministerkonferenz von Singapur kamen dem, was letztlich in Doha beschlossen wurde, schon sehr nahe. Offensichtlich ist jetzt ein ähnliches Szenario geplant.

Diese Mini-Ministerkonferenzen sind ungesetzlich, da sie etwa 100 Mitglieder der WTO ausschließen. Es ist eine Ironie, dass eine Entwicklungsrunde unter Ausschluss der Mehrheit der Entwicklungsländer unter den WTO-Mitgliedern verhandelt wird. Während die Koordinatoren der Entwicklungsländergruppen - dies sind die LDCs (least-developed countries - am wenigsten entwickelte Länder) und die Afrikagruppe - bei der Mini-Ministerkonferenz in Ägypten dabei sein werden (Bangladesh beziehungsweise Marokko), haben sie kein Mandat, für die anderen zu verhandeln.

Unglücklicherweise sind diese Art von ministeriellen Kontakten Gelegenheiten zu Überredung und Absprachen. Minister von weniger mächtigen Staaten, die meist breiter gefasste Aufgaben haben, sind bei diesen Verhandlungen im Nachteil. Es ist auch gänzlich undemokratisch, Entscheidungen in einer kleinen Gruppe zu treffen und die restlichen Mitglieder vor die vollendete Tatsache zu stellen.

Ein Diplomat aus einem Entwicklungsland, Befürworter der “new issues”, machte folgende Bemerkung über die hauptsächliche Kluft in Genf: *"Wir sind jetzt in einer Sackgasse. Die Botschafter hier sind nicht bereit, Entscheidungen zu treffen. Es steht zu viel auf dem Spiel und sie wollen nicht Schuld daran sein, wenn das Familiensilber weggegeben wird. So überlassen sie die Entscheidungen den großen Tieren. Dann beschweren sie sich aber, dass der Genfer Prozess umgangen wird.”*

5. Die Genfer Verhandlungen werden auf informelle Art geführt

Die in Genf stattfindenden Informationstreffen der Delegationsleiter zur Vorbereitung von Cancún werden ebenfalls auf informelle Weise abgehalten. Auch dies ist Grund zur Sorge, die Indien und eine Reihe anderer Entwicklungsländer beim Delegationsleitertreffen am 8. Mai auch angesprochen haben.

Die WTO hat einen Hang zu außerprotokollarischen informellen Treffen. Vor Doha fanden informelle Vorbereitungstreffen des Allgemeinen Rats statt, denen manchmal formelle Treffen folgten (trotzdem war die Häufigkeit der formellen Treffen noch nicht zufriedenstellend). Da es von den formellen Treffen ein Protokoll gab, wurde die Position der Länder publiziert. Diese Öffentlichkeit der Positionen erhöhte etwas die Transparenz der Institution. So war es nach der Doha-Konferenz möglich, die ursprüngliche Position eines Landes mit seiner Position am Ende der Verhandlungen

zu vergleichen. Die Unterschiede zwischen der Vor- und Nach-Doha-Position warf etwas Licht auf das, was sich in den Hinterzimmern abgespielt hatte.

In Bezug auf die Geschichte der Institution sind formelle, protokollierte Treffen ebenfalls äußerst wichtig, da sie jene, die später dazustoßen über die Hintergründe zur jeweils laufenden Runde informieren. Dies ist auch wichtig, weil die Sprache der WTO oft mehrdeutig ist, um unterschiedliche Positionen zu umfassen. Aufzeichnungen tragen dazu bei, mehrdeutige Formulierungen richtig auszulegen. Politisch schwächere Länder sitzen ohne solche Aufzeichnungen immer am kürzeren Ast.

6. Bilateraler Druck

Die ungleiche Machtverteilung zwischen Industrieländern und der Mehrheit der Entwicklungsländer bestimmt hauptsächlich darüber, ob und inwieweit die Entwicklungsländer ihre bevorzugte Position in Verhandlungen durchbringen.

Obwohl Konsens theoretisch bedeutet, dass jedes einzelne Land das vorgeschlagene Paket ablehnen und dadurch die Verhandlungen blockieren kann, gelingt dies in der Praxis keinem einzigen der Entwicklungsländer, nicht einmal Indien. Jedes Entwicklungsland hat zumindest eine Schwachstelle gegenüber den USA; der EU und/oder Japan. Diese kann im Export sein, in der Hilfe, den Schulden, IWF-Krediten, die zurückgehalten werden könnten, im präferenziellem Zugang (besonders die Übereinkünfte der AKP-Staaten mit der EU, oder gewisser afrikanischer Staaten mit den USA im African Growth Opportunity Act - AGOA). Bedrohung von Export und Handel sind tägliche Erfahrungen der Minister und Verhandler in Genf. Länder, die derzeit mit den USA über Freihandelsabkommen diskutieren, sind ebenfalls besonders zurückhaltend. Je nach ihrem Abhängigkeitsgrad und ihrer Verletzbarkeit dämpfen die Vertreter aus dem Süden ihren Ton in den Verhandlungen. Wenn dies nicht reicht, um Verhandler zum Schweigen zu bringen, werden sie in ihrer Position angegriffen. Des öfteren schon wurde Druck auf Länder gemacht, ihren Vertreter abzuziehen. Eine Handvoll besonders lautstarker Botschafter wurde nach Doha abberufen, was die Gruppierungen der Entwicklungsländer bedeutend geschwächt hat. Ein Beispiel dafür, das erst kürzlich im Rahmen der UNO in New York passierte, ist die Abberufung des Botschafters von Chile auf Grund seiner Opposition gegen den Irak-Krieg.

Die heutige geopolitische Lage - das offene Bekenntnis der USA zum Unilateralismus - und die Demonstration militärischer Macht sind ebenfalls Faktoren, die Minister von Entwicklungsländern bei ihren WTO-Verhandlungen unweigerlich beeinflussen.
Ein Diplomat aus einem amerikanischen Entwicklungsland meinte inoffiziell: *"Die gegenwärtige Runde ist ebenso intransparent wie die letzte Ministerkonferenz. Um ihnen die Wahrheit zu sagen - das Problem ist, dass die Entwicklungsländer jetzt (im Vergleich zur Zeit vor Doha) durch bilateralen Druck und die geopolitische Lage schwächer sind als früher."*
Einem afrikanischen Diplomaten zufolge führten Anstrengungen von einigen Afrikanern, eine breitere Basis für eine kritischere Position gegenüber Subventionen in den landwirtschaftlichen Verhandlungen zu gewinnen, zu Telefonaten mit den Regierungen zu Hause. Er meinte, *"Wenn die einen Anruf von einem der Knaben von Pascal Lamy erhalten, dann wissen sie schon, dass es sich um eine heikle Angelegenheit handelt"*. Dies hatte zur Folge, dass die Initiative fallen gelassen wurde und die Vorschläge, die jetzt am Tisch liegen, für Entwicklungsländer entsprechend ungünstig aussehen.

Neuseeland: mehr Transparenz verschiebt die Verhandlungen in den Untergrund

Eher unerwartet hat der neuseeländische Vertreter Timothy Groser in der TNC-Versammlung vom 9. Mai die Entwicklungsländer davor gewarnt, auf mehr Transparenz im Entscheidungsfindungsprozess zu drängen. Bei 146 Mitgliedern, warnte Groser, würde die Runde zu keinem Ergebnis kommen, wenn immer alle Mitglieder bei allen Entscheidungen eingebunden wären. Bemühungen um mehr interne Transparenz wären kontraproduktiv, meinte er, und würden die Verhandlungen in den Untergrund drängen.

Von einem als "demokratisch" geltenden Land wie Neuseeland hätte man eigentlich einen anderen Ton erwartet. Die Runde scheint auf jeden Fall schon in den Untergrund gegangen zu sein, da sie von dem Generaldirektor, Harbinson-Team und dem Vorsitzenden des Allgemeinen Rates gemeinsam mit den Hauptakteuren völlig kontrolliert wird.

Zum Abschluss

Falls internationale Organisationen zur Schaffung internationaler Regeln nicht ausschließlich dazu da sind, den Willen der Mächtigen zu legitimieren, sind die derzeitigen Vorgänge in der WTO eine schlimme Verirrung in Bezug auf das Streben nach einem Miteinander, dem die Bemühungen der meisten WTO-Mitglieder gelten. Anstatt für die Schwachen da zu sein, glänzt die WTO bei der Institutionalisierung des Willens der Starken.

Vielleicht lässt sich alles darauf reduzieren, was John Musonda vom "Union Network International" in Sambia sagt: *"Es ist immer die selbe koloniale Gleichung. Unserem Volk gehört nichts, wir kontrollieren nichts. Ihre Völker (des Nordens) sind entwickelt, also wollen sie den Handel ausdehnen. Unsere Völker sind nicht entwickelt, wir können den Handel nicht ausdehnen"*. (Khan, Farah, IPS 24. Mai 2003 'Eine Strategie für das nächste WTO-Treffen in Mexiko').

Der Versuch, der Mehrheit im Süden den Aktionsplan expansionshungriger Konzerne aufzudrängen, kann nur in einem Klima der Marginalisierung und Verschleierung, der gesetzlosen Abläufe und "Einflussnahmen" gelingen.

aus Grain de Sable Nr. 406

Übersetzung: Marcel Brand, Martin Regelsberger
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Der Handel soll im Dienste der nachhaltigen Entwicklung stehen - nicht umgekehrt!

Appell von mehreren belgischen Organisationen

Die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) wird vom 10. bis 14. September in Cancún (Mexiko) stattfinden. Unter diesem Aspekt haben sich Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Bewegungen der Zivilbevölkerung getroffen, um einen Appell zu lancieren, der die Rolle der WTO in der Weltordnung bewusst machen soll. Es scheint, dass diese Institution den mächtigsten Vektor in einer ungerechten Globalisierung repräsentiert und zu einer Verschärfung der Ungleichheiten beiträgt.

Deshalb ist es dringend notwendig, die WTO in ihre Schranken zu verweisen. Der Handel nimmt zweifelsohne eine wichtige Dimension im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung ein, jedoch ist er - neben der sozialen und ökologischen Entwicklung - nur einer der drei Pfeiler der Nachhaltigkeit. Die Regeln des Handels dürfen daher auf keinen Fall die Umsetzung sozialer und ökologischer Normen in den Hintergrund drängen.

Zwei Punkte dominieren die Tagesordnung der nächsten Ministerkonferenz der WTO:

- Die Beschleunigung des 2001 in Doha in Gang gebrachten Verhandlungsprozesses, der fälschlicherweise “Entwicklungsrunde” getauft wurde, jedoch noch keine Früchte getragen hat – vor allem nicht für jene Länder, die gerade dabei sind, sich zu entwickeln.
- Die Entscheidung, die Verhandlungen auf neue Bereiche (“new issues”) wie Investitionen, öffentliche Aufträge, Wettbewerbsregeln und Erleichterung des Handels auszuweiten.

Die Unterzeichnerorganisationen appellieren an die belgische Regierung, alles zu tun, um im Laufe dieser Konferenz dem ultraliberalen Charakter der gegenwärtigen Globalisierung ein Ende zu setzen. Das Dogma einer uneingeschränkten Liberalisierung führt nicht etwa zu geteiltem Wachstum und Wohlstand. Der Liberalisierungsprozess der Wirtschaft begründet sich auf unbarmherzigen Prinzipien des Wettbewerbs: Staaten, Regierungen, Bevölkerungen und Arbeiter werden gegeneinander aufgewiegelt. Und dieser Wettbewerb geht zu Lasten des sozialen Schutzes, der Lohnbedingungen, der Arbeitsbedingungen, der Lebensqualität aller Menschen, ökologischer und öffentlicher Interessen, der Handlungsspielräume in der Gesundheits- und Bildungspolitik und des Tierschutzes. Man erbaut kein wirtschaftliches Paradies auf einem sozialen, ökologischen, kulturellen und politischen Friedhof.

Die WTO fördert das soziale und ökologische Dumping, indem sie einzig die Frage der Handelshindernisse berücksichtigt. Die Entwicklung von “Disziplinen”, in welche die nationalen Gesetzgebungen schrittweise integriert werden sollen, stellt die Regierungen unter die Vormundschaft der WTO.
Unter dem Deckmantel der Demokratie (ein Land, eine Stimme) wird die Welthandelsorganisation in der Realität von den reichen Ländern regiert. Diese zwingen mit ihrer Hilfe den Entwicklungsländern ein Modell auf, das weder geeignet noch nachhaltig ist. Regeln, die für entwickelte Volkswirtschaften gültig sein mögen, können in den nicht entwickelten Ländern mitnichten die gleichen Effekte erzielen. Diese Tatsache führt zum Abschluss von Abkommen, die hauptsächlich die Industrien des Nordens schützen, zum Nachteil der Interessen einer Mehrheit der WTO-Mitglieder. Das ist weder vernünftig, noch nachhaltig, noch demokratisch.

Es ist also unerlässlich, die Entscheidungsprozesse zu überarbeiten, um sie transparenter zu gestalten und eine reelle Teilnahme aller Mitgliedsländer zu ermöglichen. Die Eingliederung der WTO in das System der Vereinten Nationen würde einen Fortschritt in diesem Bereich darstellen.

Außerdem ist es unbedingt notwendig, eine gründliche Evaluierung der wirtschaftlichen, sozialen (auch im Hinblick auf die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern), kulturellen und ökologischen Auswirkungen der Politik der WTO vorzunehmen. Die Ergebnisse dieser Evaluierung müssen bei einer Neuorientierung der WTO-Politik ebenso berücksichtigt werden, wie die Gefahren eines sozialen und ökologischen Dumpings.

In Anbetracht der internationalen Krise rufen die Unterzeichnerorganisationen also zu einer Verstärkung der multilateralen Verträge im Rahmen der UNO auf. Die Verwaltung der neuen Weltordnung muss in der Tat der UNO und ihren Einrichtungen (WHO, FAO, Entwicklungsprogramm der UN, Umweltprogramm der UN) anvertraut werden. Desgleichen darf die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) nicht der arme Verwandte der WTO, des IWF oder der Weltbank bleiben. Für die ökonomische Entwicklung muss ein globaler, sozialer und ökologischer Rahmen definiert werden.

Für die belgische Regierung sollte die Konferenz in Cancún außerdem die Gelegenheit bieten, diverse Fakten deutlich zu machen:

- Soziale Aspekte fehlen auf der Tagesordnung von Doha und Cancún. Dabei kann der internationale Handel nicht von den grundlegenden sozialen Normen abgekoppelt werden. Es ist dringend notwendig, weltweit gültige soziale Mindestnormen zu definieren, die nicht durch

Verhandlungen zur Handelsliberalisierung in Frage gestellt werden können. Die 5. Ministerkonferenz muss die Gelegenheit sein, WTO und ILO einander so anzunähern, dass eine Koordinierung der Handels- und Sozialpolitik gewährleistet ist.

- In der Erklärung von Doha standen Umweltaspekte zum ersten Mal auf der Tagesordnung. Die Vorgehensweise bleibt jedoch recht beschränkt und zwiespältig. Um die Umwelt vor negativen Auswirkungen der Liberalisierung zu schützen, muss die WTO sich im Rahmen der multilateralen Abkommen zum Umweltschutz bekennen. Darüber hinaus müssen Anstrengungen unternommen werden, um strengere Umweltabkommen zu erzielen. Maßnahmen zum Schutz der Umwelt oder der Gesundheit, die auf dem Prinzip der Vorsorge basieren, können ebenso wenig wie Produktionsnormen als Handelshemmnisse betrachtet werden.

- Das Thema Entwicklung steht auf der Tagesordnung der WTO, und im Übrigen haben die Entwicklungsländer ihre Forderungen klar aufgezählt: Transparenz und Partizipation, Umsetzung der speziellen und differenzierten Behandlung von Entwicklungsländern, sofortige Lösung von Problemen bei der Umsetzung von Abkommen, etwa beim Zugang zu Medikamenten. Die Industrieländer halten diese Dossiers jedoch auf Sparflamme, um sie als Tauschmittel nutzen zu können, das die Umsetzung ihrer eigenen Agenda realisieren kann (z.B. die Erweiterung der Kompetenzen der WTO). Diesen Praktiken muss ein Ende gesetzt werden, und es ist unerlässlich, in diesen Bereichen noch vor Cancún Fortschritte zu machen.

- Von einer Reform des Streitbeilegungsgremiums abgesehen, befand sich keine institutionelle Frage auf der Tagesordnung von Doha. Mehr Demokratie und Transparenz in den Entscheidungsprozessen der WTO sind jedoch geboten. Die Vermischung von Legislative, Exekutive und Judikative innerhalb der Organisation, die Geheimhaltungspraxis, die das Funktionieren der meisten Organe beeinträchtigt, die "Green Room"-Methode und die "Mini-Ministerkonferenzen" oder der demokratische Kunstgriff der "Konsensmethode" müssen ein Ende haben. Auf europäischer Ebene muss das Mandat der Europäischen Kommission als alleiniger Verhandlungspartnerin nach einer öffentlichen Debatte Gegenstand einer direkten parlamentarischen Zustimmung und der direkten parlamentarischen Kontrolle werden. In Belgien muss nach Anhörung der NGOs, der Gewerkschaften und Vereine jährlich ein rechtsverbindlicher parlamentarischer Bericht an die Regierung geschickt werden.

- Öffentliche Dienste und Leistungen von allgemeinem Interesse müssen aus den Anwendungsfeldern des GATS (Liberalisierung der Dienstleistungen) ausgeschlossen werden. Diese Dienstleistungen sollten im Gegenteil weiterhin vollständig ihrer sozialen Aufgabe nachkommen, ohne von Privatisierung oder Deregulierung bedroht zu werden. Die Regulierungskapazitäten der Regierungen dürfen nicht über die WTO-Disziplinen durch den privaten Sektor geschmälert werden. Die Regierungsbehörden müssen außerdem Liberalisierungsmaßnahmen revidieren können, die verheerende Konsequenzen verursachen. Diese Korrekturen müssen sich innerhalb vernünftiger Zeiträume durchführen lassen und dürfen keineswegs Anlass zu Entschädigungszahlungen geben.

- Aufgrund der wichtigen Rolle, die der Finanzsektor in Bezug auf die wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung spielt, dürfen Liberalisierungen in diesem Sektor nur mit größter Vorsicht vorgenommen werden.

- Im Bereich der Landwirtschaft wurden keinerlei Fortschritte verzeichnet. Die Marktpreise entsprechen nicht der sozialen Realität des Durchschnitts der Landwirte. Dies ist zum Teil auf die Liberalisierung der Agrarmärkte und die Exportsubventionen zurückzuführen. Häufig führen diese Maßnahmen zur Zerstörung von Familienbetrieben und von Arbeitsplätzen. Deshalb müssen die direkten und indirekten Hilfen abgeschafft werden. Die gegenwärtigen Agrarsubventionen müssen umgeleitet werden, so dass sie zur lokalen nachhaltigen Entwicklung beitragen, z.B. die Armut auf dem Land bekämpfen, die Arbeitsbedingungen verbessern oder Tierschutz und ökologische Nachhaltigkeit fördern. Die Länder, vor allem die Entwicklungsländer, müssen sich vor Importen von Billigprodukten schützen können, indem sie Maßnahmen zur Reduzierung von Importen ergreifen (z.B. Einfuhrsteuern oder quantitative Beschränkungen). Die reichen Länder sollten ihrerseits auf ihren Märkten einen privilegierten Zugang für Entwicklungsländer schaffen. Schließlich bedarf es internationaler Abkommen zur Regulierung der Produktion (unter anderem in Form von Quoten), um die globale Überproduktion und den Preisverfall einzudämmen.

- Der Rechtsstreit um den Zugang zu Medikamenten hat die Kontroverse um das Abkommen zum Schutz der handelsbezogenen Rechte an geistigem Eigentum (TRIPs = trade related aspects of intellectual property rights) noch verschärft. Das Abkommen, das unter dem Druck der pharmazeutischen Lobby verfasst wurde, führt zur Privatisierung von Wissen und Leben, begünstigt die Bildung von Monopolen, unterhöhlt das Abkommen zur Biovielfalt, hemmt in großem Maße das Recht auf Zugang zu Behandlung und Medikamenten und hindert die armen Länder daran, ihren Lebensstandard zu verbessern und ihr technisches Know-how zu entwickeln. Es ist also notwendig, das TRIPs-Abkommen aus der WTO herauszunehmen. Wasser, Luft, Saatgut und Lebewesen müssen als "weltweite öffentliche Güter" angesehen werden, d.h. sie sind unveräußerlich und entziehen sich jeder Marktlogik. Außerdem muss man die Begriffe "Erfindung" und "Entdeckung" klar unterscheiden, damit die Bewilligung von Patenten auf "Erfindungen" eingeschränkt wird; jedem Land muss das Recht gewährleistet werden, generische Basismedikamente auf seinem Staatsgebiet zu produzieren oder zu importieren, vor allem (aber nicht ausschließlich) solche, die geeignet sind, Epidemien wie AIDS, Malaria, Lungenentzündung oder Tuberkulose

einzudämmen. Wenn die Industrieländer die Revision dieses Abkommens blockieren, ist ein Moratorium in Bezug auf die Anwendung des Abkommens geboten.

- Der Marktzugang nicht landwirtschaftlicher Produkte ist eine Forderung, die die entwickelten Länder auf die Tagesordnung gesetzt haben. Anstatt in diesen Bereichen auf eine Harmonisierung der Zolltarife nach unten abzuzielen, sollte die Verhandlung dieses Abkommens in erster Linie die Entwicklung der Industrien der ärmsten Länder schützen. Auch geht es darum, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Wirtschaftsbilanz nicht aus dem Gleichgewicht gerät. Unter diesem Aspekt ist es nötig, eine Reihe von Beschränkungen aufzuheben, die die Industrieländer in Form von Einfuhrquoten oder Normen hinsichtlich des Ursprungs der Produkte (etwa auf dem Textilsektor) errichtet haben. Parallel müssen Fortschritte beim Respekt der sozialen Grundrechte der Arbeiter (die die ILO definiert hat) gemacht werden, sodass Arbeiter aus den Entwicklungsländern gleichermaßen an den erwarteten Vorteilen des verbesserten Marktzugangs partizipieren können.

- Man sollte die Verhandlungsagenda der Konferenz von Cancún nicht durch die Einführung neuer Bereiche belasten. Vorschläge bezüglich öffentlicher Aufträge, Investitionen, des Wettbewerbs und der Erleichterung des Handels gehen nicht in die richtige Richtung. Bezüglich der Investitionen muss dem übermäßigen Wachstum von bilateralen Abkommen unbedingt ein Ende gesetzt werden. Aber auch ein multilaterales Abkommen sollte abgelehnt werden, wenn es dem sozialen Schutz, dem Umweltschutz und den speziellen Bedürfnissen der Entwicklungsländer nicht gerecht wird. Desweiteren muss jedes Abkommen abgelehnt werden, das dem Hauptinvestor keine Verpflichtungen auferlegt (wie die Prinzipien der OECD für multinationale Unternehmen) oder aber die Kompetenzen der Regierungen in Bezug auf Regulierung und Verwaltungsfreiheit einschränkt.

Zusammenfassend fordern die Unterzeichner von der belgische Regierung:

- eine Garantie der Normenhierarchie im internationalen Recht, Integration der WTO in das System der Vereinten Nationen und Unterordnung der Handelsfreiheit unter die sozialen (grundlegende Arbeitsnormen, Rechte der Frauen), ökologischen und kulturellen Rechte;

- die Wiederherstellung eines Gleichgewichts zwischen den Interessen des Nordens und des Südens bei den Regelungen der WTO. Dies erfordert eine besondere und differenzierte Behandlung, beispielsweise die Abschaffung der Exportsubventionen in den Industrieländern, den Bruch mit dem Protektionismus reicher Länder und die sofortige Lösung der Probleme bei der Umsetzung von Abkommen, etwa dem Zugang zu Medikamenten;

- eine Revision des Abkommens zum Schutz der handelsbezogenen Rechte an geistigem Eigentum, unter Androhung eines Moratoriums dieses Abkommens;

- die Demokratisierung der WTO und eine Revision der Funktionsweise des Streitschlichtungsgremiums, so dass dieses transparenter und allen Mitgliedsstaaten zugänglich wird und auf Rechtsprinzipien basiert (Publizität, Unabhängigkeit...);

- den Ausschluss öffentlicher Dienste und Leistungen von allgemeinem Interesse aus dem Anwendungsbereich von GATS; die Forderung der Rücknahme der Anfragen zur Liberalisierung des Wassersektors, die von der EU an 72 Länder gerichtet wurden.

- die Ablehnung jedes Abkommens über Investitionen, das dem sozialen Schutz, dem Umweltschutz und den speziellen Bedürfnissen der Entwicklungsländer nicht gerecht wird oder die Kompetenzen der Regierungen in Bezug auf Regulierung und Verwaltungsfreiheit einschränkt;

- die Garantie einer parlamentarischen Kontrolle des Mandats des EU-Kommissars für Handel und der Positionen Belgiens in der WTO;

- die Umsetzung einer Evaluierung der bestehenden Abkommen hinsichtlich ihrer sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, geschlechtsspezifischen und ökologischen Auswirkungen, gemäß den Abkommen von Marrakesch;

Die Umsetzung dieser Forderungen setzt eine Revision des dem EU-Kommissar für Handel anvertrauten Mandats voraus.

Erstunterzeichner:
CSC-ACV
FGTB-ABVV
Inter-Environnement Wallonie (IEW)
Bond beter leefmilieu (BBL)
Greenpeace
CNCD-Opération 11.11.11
Koepel van de Vlaamse Noord-Zuidbeweging – 11.11.11.
Vlaams Overleg Duurzame Ontwikkeling (VODO)
ATTAC Belgique-België
Broederlijk Delen
KWIA- Steungroep voor Inheemse Volken
Oxfam Solidarité-Solidariteit
Magasins du Monde Oxfam
Oxfam Wereldwinkels
Le Monde selon les femmes
Solidarité mondiale

Übersetzung: Annette Heiss, Karin Ayche
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attag.org

Der Handel betrifft Frauen

von Bama Athreya

Vom Kaffee bis zum Computer - Frauen liefern die Arbeitskraft zur Herstellung der Güter, die in den Supermärkten und großen Geschäften der Welt verkauft werden. Frauen sind gut für den Handel, aber ist der Handel auch gut für sie?
Die US-amerikanischen und weltweiten Handelsregeln müssen noch einen weiten Weg zurücklegen, bevor sie Frauen den minimalen Schutz geregelter Arbeitsplätze bieten können. Die Liberalisierung des Handels und der Aufschwung der Exportindustrie beruhen auf der Arbeit von Arbeitnehmerinnen, insbesondere in der verarbeitenden Industrie. Der UN-Bericht über die Entwicklung schätzt, dass weltweit 70-90% der Beschäftigten in den Exportproduktionszonen (EPZ) Frauen sind. Laut der Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) bilden Frauen annähernd 43% der Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Industrie und der Landwirtschaft. Weiterhin steht in diesem Bericht, dass Frauen insbesondere in den Entwicklungsländern sogar weit über die Hälfte der weltweiten Nahrungsmittel herstellen - wenn man den informellen Sektor einbezieht. Kurz: Die Konsumenten der ganzen Welt hängen von der Arbeit der Frauen ab.

In 50er Jahren globaler Verhandlungen über den Handel haben sich einige kleine Dinge geändert. Zumindest stehen die Probleme der Frauen im Programm der handelspolitischen und diplomatischen Verhandlungen. In Folge der Weltkonferenz der Verneinten Nationen 1995 in Peking schuf die Clinton-Regierung eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe zum Thema Frauen, die eine hochkarätige mit Frauen aus der Weltwirtschaft besetzte Untergruppe enthielt.

Ende der 1990er Jahre traf man nicht selten handelspolitische Verhandlungsführer am selben Tisch wie Vertreterinnen von Frauenrechtsorganisationen an, um deren Anfragen zu hören. Beispielsweise hielt das, die Wirtschaft der 21 Mitgliedsstaaten repräsentierende, Asien-Pazifik-Forum für wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC) 1997, 1998 und 1999 Ministerkonferenzen über frauenspezifische Fragen ab.

Diese Beratungen führten jedoch zu keinen Verhandlungsvorschlägen und die Frauenrechts-organisationen schlossen sich zunehmend den Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen an, um den absoluten Misserfolg des Handels anzuprangern, der den Armen dieser Welt keinerlei Vorteile gebracht hat.

1999 begründete ein Treffen von Frauen-NGOs aus ganz Asien in Malaysia “die weibliche Opposition gegen die Globalisierung”. Die in den Workshops zu “Handel und Rechte der Frau” erarbeiteten Themen sind seitdem in zunehmendem Maße Bestandteil der Handelsdiskussionen und Konferenzen der internationalen Finanzinstitutionen. Auf globaler Ebene schufen die Frauenorganisationen Ende 1999 sogar ein “internationales Netzwerk Handel und Geschlecht” (IGTN), um die Öffentlichkeit über die negativen Folgen von Handelsabkommen für Frauen zu informieren. Der Fall der “Ausbeuterbetriebe” in einigen Ländern beunruhigt in erster Linie die Frauenrechtsbewegungen in der ganzen Welt, was niemanden verwundert.

Szenen aus dem Leben in diesen Betrieben haben eine lebhafte Illustration des Problems geliefert: Ein hauptsächlich junges, unverheiratetes und weibliches Personal mit leitenden Angestellten, die hauptsächlich mittleren Alters und männlich sind. Es ist schwierig, sich auszumalen, wie die Regeln des Welthandels von Vorteil für Frauen sein sollen, wenn ihnen hauptsächlich Arbeitsplätze in den “Ausbeuterbetrieben” angeboten werden.

Was ist schlecht an diesen Arbeitsplätzen?
Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) werden Frauen in Entwicklungsländern generell schlechter bezahlt als Männer, bestenfalls erhalten sie 50-80% des üblichen Gehalts eines Mannes für dieselbe Arbeit. Die Arbeiterinnen genießen nicht die gleichen Vorteile wie Männer, da sie Arbeitsplätze ohne soziale Absicherung angeboten bekommen und bei wirtschaftlichen Problemen als Erste entlassen werden. Zudem haben sie auch schlechtere Chancen, eine Ausbildung oder eine Beförderung zu bekommen. Die Liste der Fälle von Missbrauch, denen Frauen bei der Arbeit in der verarbeitenden Industrie auf der ganzen Welt regelmäßig zum Opfer fallen, ist gut bekannt.

Sie werden gezwungen, viele Stunden am Tag für einen Lohn, der oft unter dem lokalen gesetzlichen Mindestlohn liegt, zu arbeiten. In China und einem großen Bereich Südostasiens ist es z. B. laut einem Bericht des “nationalen Arbeitskomitees”, der “Clean Clothes”-Kampagne und anderer Organisationen üblich, 60-80 Stunden pro Woche zu arbeiten.

Das “Netzwerk zur Unterstützung der Hygiene und der Arbeitssicherheit in den Maquilas (“Freie Produktionszonen”)” berichtet, dass Arbeitnehmerinnen weltweit ständig besonders gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, was sich in Krankheiten, Amputationen und sogar im Tod der Betroffenen äußert. Weit davon entfernt, sich für diese Probleme zu interessieren, scheint die US-Regierung den Organisationen, die ihnen nachzugehen versuchen Hindernisse in den Weg zu stellen. Die “behördenübergreifende Arbeitsgruppe Frauen” ist seit der Amtsübernahme durch Präsident George W. Bush völlig passiv. Die Probleme von Frauen spielen in den durch diese Regierung geführten Verhandlungen keine Rolle.

Die US-Handelsabkommen versuchen nicht, die Probleme der Arbeiterinnen zu lösen

- Die Handelsabkommen enthalten gelegentlich eine allgemeine Erwähnung der Rechte von Arbeitnehmern, aber in vielen Fällen schließt das nicht den Schutz der Frauen ein.
- Die Gewerkschaften haben Schwierigkeiten, die Frauen zu organisieren und deren spezifische Probleme am Arbeitsplatz bleiben manchmal ohne Lösung.
- Die allgemeinen Arbeitsnormen behandeln nicht die subtilen Formen der Diskriminierung wie z.B. die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

Seit Mitte der 80er Jahre hat der Kongress eine Reihe von Gesetzen erlassen, die die Gewährung von Handelserleichterungen direkt mit einem Gesetzespaket über Arbeitnehmerrechte verband. Diese Bedingung wurde zum ersten Mal im Rahmen des "Projekts Karibik" angewendet, das nur eine Zeile bezüglich der Arbeitnehmerrechte enthielt, aber 1984 enthielt das Allgemeine Präferenzsystem (APS), das über 4.000 aus Entwicklungsländern kommenden Produkten erlaubt, steuerfrei auf den US-Markt verkauft zu werden, eine Definition der Arbeitnehmerrechte, die in der Folge zur Norm für alle US-Gesetze in diesem Bereich wurde. Die APS-Sozialklausel beinhaltete die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen, das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit sowie das Recht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, wie z.B. ein akzeptabler Mindestlohn.

Um von diesem "ASP" profitieren zu können, darf ein Land ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von höchstens 10.000 US$ pro Jahr aufweisen. Das Ziel der Arbeitsnormen ist es, sicherzustellen, dass die Länder, die in den Genuss von ASP kommen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen haben. Man muss allerdings das in diesem Abkommen fehlende Recht auf einen Arbeitsplatz ohne Diskriminierung auf Kosten der Frauen erwähnen, was die ILO als Teil der allgemeinen Arbeitsrechte ansieht.

Selbst wenn dieses grundlegende Recht in der US-Handelsgesetzgebung enthalten gewesen wäre, hätte dies lediglich einen ersten Schritt hin zur Beseitigung der weltweiten Verletzungen der grundlegendsten Rechte der Arbeitnehmerinnen bedeutet. Zahlreich sind die im formellen und informellen Sektor beschäftigten Frauen, denen das Recht auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und Tarifverhandlungen verwehrt wird.

Selbst bei den regulär Beschäftigten ist das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, noch ein entfernter Traum für den Großteil der Arbeitnehmerinnen. Beispielsweise waren in Bangladesh, einem der führenden Kleidungsproduzenten für den US-Markt, Gewerkschaften in den EPZs lange Zeit verboten und in Kenia, einem der wichtigsten Handelspartner der USA in der Sub-Sahara, sind Gewerkschaften faktisch ebenso verboten. In diesen beiden Ländern haben Frauen die meisten Arbeitsplätze der EPZs inne. Außerdem ist das Betriebsklima in der verarbeitenden Industrie, wo Frauen die Mehrheit des Personals stellen, so bedrückend, dass die nötige Zeit und der nötige Raum, um sich gewerkschaftlich organisieren zu können, dem Wesen nach nicht vorhanden sind, und oft wird jeder Versuch in diese Richtung brutal unterdrückt.

Schließlich haben sich in zahlreichen Ländern die von Männern dominierten Gewerkschaften viel Zeit benötigt, um sich den Arbeitnehmerinnen zu öffnen.

Obwohl die zentralamerikanischen Gewerkschafter beginnen, den Aufbau von Gewerkschaften in den EPZs zu unterstützen, entscheiden sich noch immer zahlreiche Arbeitnehmerinnen eher für Frauenrechtsorganisationen als für Gewerkschaften, um einen Schutz ihrer Arbeitsbedingungen zu erhalten.

Die Arbeitnehmerinnen wurden mit Zwängen und Herausforderungen, die nicht durch das allgemeine Arbeitsrecht abgedeckt waren, konfrontiert. Berichte von "Human Rights Watch" wiesen 1996 und 1998 auf die systematische Anwendung von Schwangerschaftstests in mexikanischen Kleidungs-, Elektronik- und Haushaltsgerätefabriken, deren Produkte für den Export in die USA bestimmt waren, hin. Die interviewten Frauen erklärten, dass schwangere Frauen oft misshandelt und zur Kündigung gezwungen wurden. Einige haben sogar erzählt, dass ihnen sehr harte Aufgaben zugewiesen wurden, wie z.B. schwere Lasten tragen, nachdem die Vorarbeiter von ihrem Zustand erfahren hatten. Um nicht zu riskieren, eine miserable aber zum Überleben notwendige Arbeit zu verlieren, strengten sie sich bis zur Erschöpfung an.

Ein im Jahr 2002 erstellter Bericht des Internationalen Fonds für Arbeitsrecht (IRLF) weist auf Gewalttätigkeiten gegen Frauen in der kenianischen Landwirtschaft hin. Zahlreiche in der Tee- und Kaffeeernte beschäftigte Frauen sagen nichts zu den sexuellen Belästigungen und manchmal sogar zu den durch die Vorarbeiter begangenen Vergewaltigungen, um ihren Arbeitsplatz zu behalten.

Die auf den Plantagen arbeitenden Frauen haben keine Möglichkeit zu fliehen und kein Gesetz schützt sie vor den Übergriffen der Vorarbeiter. Die in Kenia durchgeführte Untersuchung enthüllt ebenso, dass dieselben Vorarbeiter den Arbeitnehmerinnen ihren Lohn vorenthielten oder damit drohten, um sie gefügig zu machen.

Die durch die IRLF gesammelten ersten Informationen deuten auf einen ähnlichen Missbrauch in den Haupthandelspartnern der USA in Lateinamerika und Asien (Thailand, Mexiko, Dominikanische Republik) hin, jedoch sind kaum offizielle Beweise verfügbar. Es scheint allerdings so, dass das Ergeben in den sexuellen Missbrauch einer der "Kollateralschäden" ist, die frau akzeptieren muss, um ihren Arbeitsplatz in der globalen Wirtschaft zu erhalten.

Empfehlungen für eine neue Außenpolitik der USA

- Washington muss die Nichtdiskriminierung in die Definition der "internationalen

Arbeitnehmerrechte” einbinden.

- Die USA müssten die Arbeit der ILO zur Beendigung der Diskriminierung der Frauen aktiv unterstützen.
- Die USA müssen ihre Verantwortung bei der Erhaltung insbesondere für Arbeiterinnen geltende internationaler Arbeitsnormen anerkennen.

Am 6. August 2002 verlängerte der Kongress das ASP bis zum 31. Dezember 2006. Während der Gesetzesvorbereitung zur Fortsetzung des ASP und zur Machtausweitung des Präsidenten im Bezug auf Handelsförderung (durch die Trade Promotion Authority - TPA - bekannt unter dem Namen “Schnellstraße” oder “Fast Track”) fügte ein vom Senat vorgestellter Änderungsvorschlag die “Nichtdiskriminierung” den verbindlichen Arbeitnehmerrechten hinzu.

Leider wurde der Änderungsvorschlag bei den Verhandlungen zwischen Senat und Repräsentantenhaus beseitigt, so dass das ASP und alle weiteren Gesetze keinen Schutz vor Diskriminierung vorsahen. Eine solche Klausel würde das ASP nur den grundlegenden Arbeitnehmerrechten, wie sie durch die ILO definiert worden sind, anpassen. Sie würde auch die Verletzlichkeit von Arbeitnehmerinnen in Entwicklungsländern betonen und ihnen ermöglichen, diese durch die Anwendung der in dem ASP vorgesehenen Klageverfahren zu beheben. Die sich nicht auf das ASP beziehenden Handelsabkommen wie das Abkommen zwischen der EU, Lateinamerika und den AKP-Staaten (Lomé-Abkommen) und die TPA brauchen eine weitere Änderung zur Einbindung der Nichtdiskriminierung in die ArbeitnehmerInnenrechte.

Es ist besorgniserregend, dass die zur Zeit geplanten Abkommen nicht einmal mehr die jetzt schon unzureichenden Normen des ASP einbeziehen, und es scheint, dass die Bush-Regierung trotz des zunehmenden Drucks von Seiten der Zivilgesellschaft in den USA wie auch bei deren Handelspartnern noch weniger an den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen interessiert ist als die Clinton-Regierung.
Das US-Handelsbüro hat folgende handelspolitischen Prioritäten betont: Die zentralamerikanische Freihandelszone (CAFTA), Die Freihandelszone der beiden Amerikas (FTAA) und die südafrikanische Freihandels- und Entwicklungszone (SAFTDA). Diese Abkommen beziehen sich nicht auf das ASP, sondern mehr auf die Gesetzgebung der TPA. Der Text der TPA fordert von den beteiligten Ländern lediglich die Einhaltung der eigenen nationalen Arbeitsgesetze, auch wenn diese oft unzureichend sind und unzureichend eingehalten werden.

Die TPA beschwört die von den USA erbrachte Unterstützung ihrer Handelspartner zur Einhaltung der grundlegendsten internationalen Arbeitsnormen der ILO und man muss darauf hinweisen, dass das regionale Handelsabkommen für Südafrika suggeriert, die entwicklungspolitischen Fragen müssten mit den handelspolitischen verbunden werden.

Die US-Unterhändler müssten folgendes tun:

1. die Frage der für den Schutz der Arbeitnehmerinnen ausreichend ausgestalteten Arbeitnehmerrechten im Zuge der Diskussion über ein neues Abkommen mit den lateinamerikanischen und südafrikanischen Ländern aufwerfen.
2. auf Zugangsvoraussetzungen zum US-Markt wie in dem ASP beharren, um diese mit der Definition und Anwendung eines besseren Schutzes von Arbeitnehmerinnen zu verbinden.
3. die Regierungen durch großzügige Entwicklungshilfe in die Lage versetzten, diese Rechte anzuerkennen.

Ebenfalls muss die Basis der politischen Überlegungen zum Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten ausgeweitet werden. 1998 hat die ILO, das Schiedsgericht im internationalen Arbeitsrecht, ein Mindestmaß an Arbeitnehmerrechten festgelegt:

- Das Recht auf Verbandsfreiheit (87. Internationale Konvention der ILO)
- Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und auf kollektive Tarifverhandlungen (98. Konvention)
- Das Recht auf Chancengleichheit am Arbeitsplatz und auf Nichtdiskriminierung (100. und 111. Konvention)
- Das Verbot von Zwangsarbeit (29. und 105. Konvention)
- Das Verbot von Kinderarbeit (138. und 182. Konvention)

Obwohl diese minimalen Normen das Diskriminierungsverbot im Bezug auf Arbeit beinhalten, reicht das für die Lösung der vielfältigen Probleme der Frauen bei der Arbeit nicht aus. Die Gesetzgeber müssten diese Mindestnorm der ILO als Basis ansehen und zu erreichen versuchen, dass die bestehenden Probleme Bestandteil der Diskussion über die sozialen Klauseln werden.

Wenn die Konventionen zur familiären Verantwortung (156.) und der Heimarbeit (179.) hinzugefügt würden, könnten viel mehr Frauen davon profitieren.

Zudem müssen die zwei weltweit häufigsten Probleme der Arbeitnehmerinnen klar auf den Tisch gebracht und eine Lösung derselben erstrebt werden: Gewalt und sexueller Belästigung ausgesetzt zu sein und die Unmöglichkeit, einen ausreichenden Lohn, der einen akzeptablen Lebensstandard garantiert, zu erhalten. Die ILO hat sexuelle Belästigung bisher weder definiert noch in eine ihrer Konventionen aufgenommen. Dies müsste ein dringendes Anliegen der Gesetzgeber in der ganzen Welt sein.

Schließlich müsste die US-Regierung dem internationalen Instrumentarium beitreten, das die einzige Garantie für die Rechte der Arbeitnehmerinnen bietet: die internationale Konvention zur Beseitigung jeglicher Form der Diskriminierung gegenüber Frauen (CEDAW). 170 Länder, also etwa 90% der UNO-Mitgliedsstaaten, haben

diese Konvention ratifiziert, darunter Afghanistan und Saudi-Arabien.

Die CEDAW hat direkte Auswirkungen auf die Rechte arbeitender Frauen:

1. die Diskriminierung im Bezug auf öffentliche Bildung, technische Ausbildung und Arbeitsmarktzugang wird beendet.
2. die Rechte der Frauen auf Gesundheit, Sicherheit, Mutterschaft, Erziehungsurlaub und soziale Sicherheit werden geschützt.
3. die sexuelle Belästigung wird verboten.
4. das Recht der Frauen auf Zugang zu Krediten wird garantiert.

Die 1979 von Präsident Carter unterzeichnete CEDAW wartet noch immer auf ihre Abstimmung im Kongress, der Senat weigerte sich sogar regelmäßig, sie zur Abstimmung vorzulegen. 2002 legte der verantwortliche Abgeordnete für die Demokraten und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten die CEDAW zur Ratifizierung vor, stieß aber gegen eine mächtige, gegen das Abkommen eintretende Lobby. Momentan stehen die Chancen für eine baldige Ratifizierung der CEDAW schlecht, denn die Republikaner haben die Mehrheit im Senat inne. Wenn die Rechte der Arbeitnehmerinnen universell (also auch in den USA) geschützt werden sollen, muss die US-Regierung ihre Opposition gegen die CEDAW vollständig aufgeben und damit ihre Ratifizierung durch den Senat ermöglichen.

Kontakt: www.ilrf.org

Übersetzung: Matthias Blöser, Yan-Christoph Pelz
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Medienkonzentration ohne Ende?

von Jean Tardif

Was bedroht heutzutage mehr als alles andere die kulturelle Vielfalt? Ist es der Druck, die Liberalisierung der kulturellen Märkte voranzutreiben oder die wachsende Konzentration im Medienbereich?

Zwei Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass beide Fragen eng miteinander verbunden sind und dass die Medienkonzentration zweifellos die entscheidende Rolle spielt.

Am 2. Juni hat die “Nationale Agentur für Kommunikation” in Washington einen Beschluss gefasst, der die Konzentration im Medienbereich erheblich erleichtert. In Zukunft kann ein einziger Medienkonzern bis zu 45% der Fernsehzuschauer “kontrollieren” - bislang waren es 35%. Die Höchstgrenzen, die bisher für Fernsehkanäle und Zeitungen galten, die sich an das gleiche Publikum wandten und zu ein und demselben Medienkonzern gehörten, könnten also in Zukunft aufgehoben werden. Der oben erwähnte Beschluss wird von dem Wunsch der Medienkonzerne getragen, ein möglichst breites Fernsehpublikum zu mobilisieren, um auf dem Markt der Werbung bestehen zu können. Die Rentabilität wird unmissverständlich zum Hauptziel erklärt. Jeff Chester vom “Zentrum für digitale Demokratie” spricht in diesem Zusammenhang von “verheerenden Gefahren für Pluralismus und Wettbewerb”.

Wenn man berücksichtigt, dass fünf Konzerne bereits 70% der “prime-time-Zuseher” fest im Griff haben und dass der Medienriese “Clear Channel Communications” 25% der amerikanischen Rundfunkhörer bedient, kann eine Stärkung dieser Konzerne das Überleben unabhängiger Medien in Frage stellen.
Ted Turner hat in diesem Zusammenhang erklärt, dass er “Turner Broadcasting” und später CNN nicht hätte aufbauen können, wenn die Bestimmungen 1970 in Kraft gewesen wären.
Dieser Beschluss der Amerikaner hat Konsequenzen, die über die USA hinausgehen. So wird es für Konkurrenten nicht nur immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich, auf dem amerikanischen Markt Fuß zu fassen, sondern - so Robert W. Mac Chesney (Policing the Thinkable www.opendemocracy.net): *“Diese Mediengiganten sind gegenwärtig in der Lage, ihre Macht gezielt für die eigenen Interessen einzusetzen und auf die Diskussion zur Medienpolitik entscheidenden Einfluss zu nehmen.”*

Messiers Schiffbruch bei seiner “Vivendi-Universal-Operation”, die einer französischen Unternehmensgruppe Platz unter den Mediengiganten verschaffen sollte, und die Erfahrungen von Sony haben gezeigt, wie schwer es ist, in diesem Bereich Fuß zu fassen. Ein Grund für Messiers Entscheidung mag wohl der Wunsch gewesen sein, dem ehrgeizigen australischen Boss der “News Corporation”, Rupert Murdoch, auf dem amerikanischen Markt Grenzen aufzuzeigen. Darüber hinaus aber stärkt die um sich greifende Konzentration die Fähigkeit der Großkonzerne besonders im Ausland mitzumischen, ohne dass die nationale Medienpolitik und die von den Regierungen ergriffenen Maßnahmen dagegen etwas ausrichten können. Und zwar vor allem deshalb, weil es dabei um erwünschte Investitionen geht.

In diesem Zusammenhang muss auch der Vorstoß gesehen werden, den die Mitglieder des “International Concentration Round Table” (ICRT) gegenüber den Mitgliedern des europäischen Konvents gemacht haben, damit dieser sich für die Entwicklung des Welthandels und die Beseitigung von Handelsbarrieren einsetzt. Mit anderen Worten: Der Konvent soll sich für die

Liberalisierung bei der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen im Medienbereich und somit nicht für die "europäische Präferenz" aussprechen. Außerdem soll den Mitgliedsländern der EU untersagt werden, ohne Genehmigung der Kommission Beschlüsse in den Bereichen "Elektronik und Rundfunk" zu fassen. Dieses Ziel ist möglicherweise in einer erweiterten Union leichter zu erreichen, in der über diese Fragen mit qualifizierter Mehrheit und nicht - gemäss einem entsprechenden Wunsch Frankreichs - mit Einstimmigkeit abgestimmt wird.

Wer würde von den liberalisierten audiovisuellen Märkten profitieren?
Ganz bestimmt die großen Medienkonzernen, die bereits mehr als 40% ihrer Einnahmen im Ausland erzielen. Vielleicht wird es langsam Zeit, sich über den Stellenwert des audiovisuellen Marktes in Europa klar zu werden und ihn politisch-strategisch zu nutzen.

Denn wenn Europa mit seinem bedeutenden Markt, der schon heute von amerikanischen Produktionen beherrscht wird, noch weiter nachgibt, welche Mittel bleiben dann noch Entwicklungsländern, sich dem hegemonialen Oligopol zu wiedersetzen?

Die Frage der Medienkonzentration, die eng mit der Kontrolle ausländischer Investitionen im kulturellen Bereich verbunden ist - darum geht es im vorliegenden Kapitel - ist vermutlich in der Diskussion über den kulturellen Pluralismus von allergrößter Bedeutung. Mit dem Prinzip "kulturelle Ausklammerung" kann diese Frage nicht gelöst werden und ebenso wenig dadurch, dass den Staaten garantiert wird, eigene Kulturpolitik betreiben zu dürfen. Die amerikanische Entscheidung vom 2. Juni hätte in dieser Hinsicht nicht spektakulärer und paradoxer ausfallen können, denn sie ist integraler Bestandteil der nationalen Politik.

Die Frage ist, ob es vor diesem Hintergrund nicht dringend geboten ist, dass alle Befürworter des kulturellen Pluralismus sich in dieser Diskussion zu Wort melden und sich dieser Herausforderung mit einer klaren Position stellen? Es geht darum, ein internationales System zu entwickeln, das die Investitionen im kulturellen Produktionsbereich regelt und die Entstehung von Oligopolen verhindert. Es geht darum, Diskussionen unter Einbeziehung amerikanischer Kreise zu führen, die übrigens beginnen sich über die inakzeptablen Konsequenzen klar zu werden, die eine Anwendung industrieller Denkmuster auf die Medien hätte.

Kontakt: www.planetagara.org

aus Grain de Sable Nr. 431

Übersetzung: Hartmut Brühl
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Militarismus und ökonomische Entwicklung

von Sam Perlo-Freeman

Weltweit steigen die Militärausgaben kontinuierlich an. Laut Daten des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI), betrugen die globalen Militärausgaben im Jahr 2002 mindestens 794 Milliarden US$, also ungefähr 2,5 % des weltweiten BIP, mit einer Zunahme von absolut gesehen ca. 6 % im Vergleich zu 2001. Ungefähr drei Viertel dieser Zunahme gehen auf das Konto der Vereinigten Staaten, aber auch andere Nationen mit hohen Militärausgaben, wie Russland, China und Indien weisen gleichfalls beträchtliche Zunahmen auf - Westeuropa folgte diesem ansteigenden Trend jedoch nicht.[1]

Der Trend zu steigenden Militärausgaben steht in direkter Beziehung zur derzeitigen kriegsbejahenden US-Außenpolitik. Weitere Länder wie Kolumbien und Israel sind auf den "Krieg dem Terror"-Zug aufgesprungen, um militärische Lösungen ihrer verschiedenen Konflikte zu rechtfertigen. Aber diese zunehmenden Ausgaben stellen uns auch vor ökonomische Fragen. Welche Wirkung hat ein hohes Niveau an Militärausgaben - und an Militarismus generell – auf die ökonomische und menschliche Entwicklung? Es ist leicht einsehbar, dass Investitionen für das Militär nicht mehr für Gesundheits- oder Bildungsaufgaben oder andere produktive Zwecke zur Verfügung stehen, aber gibt es auch andere langfristige Auswirkungen dieser Mittelverwendung? Welche Rolle spielt der Waffenhandel bei der Verschuldung der Dritten Welt? Und wie beeinflusst eine stark militarisierte Gesellschaft im allgemeinen Entwicklungsmuster? Dies sind die Fragen, die in diesem Artikel betrachtet werden sollen.

Militärausgaben und ökonomisches Wachstum

Die Auswirkungen von Militärausgaben auf das ökonomische Wachstum ist eines der umstrittensten und empirisch meistanalysierten Probleme auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Friedensökonomie. Standard-Messzahlen für das Einkommen, wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind zwar ausnehmend schlechte Indikatoren für die weiter gefasste ökonomische Gesundheit – dafür werden derzeit neue, umfassendere Messzahlen entwickelt –, doch sind diese Standard-

[1]Detaillierte Daten zu Militärausgaben können im 10. Kapitel des SIPRI-Jahrbuchs 2003 (Oxford University Press) oder auf der SIPRI Website (www.sipri.org) nachgelesen werden.

Messzahlen leicht zu definieren und es gibt leicht zugängliche Daten für die meisten Länder. Die meisten Ökonomen jedweder Couleur, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, haben deshalb bisher nur die Auswirkungen von Militärausgaben auf das Wachstum des BIP oder BSP (Bruttosozialprodukt) betrachtet. Die Schlussfolgerungen aus diesen Untersuchungen unterscheiden sich jedoch sehr stark.

Es gibt viele Betrachtungsweisen zur Ökonomie von Militärausgaben, doch lassen sich zwei prinzipiell gegensätzliche Positionen ausmachen:

1) Militärausgaben sind “ökonomischer Ballast”
2) Der militärische Sektor ist, ganz im Gegenteil, ein dynamisches Kraftwerk im Herzen einer ökonomischen und industriellen Entwicklung

Zwischen diesen Polen sind offensichtlich viele Zwischenpositionen möglich. Es überrascht vielleicht, dass die erste Ansicht bei der Mehrheit der neoliberalen Ökonomen dominiert. Die bewaffneten Kräfte können zwar als Notwendigkeit gesehen werden, jedoch als solche, die Ressourcen für unproduktive Zwecke bindet. Meist hat der IWF bei der Durchsetzung seiner Rahmenbedingungen in Dritte-Welt-Ländern die jeweiligen Militärausgaben bei 2 % des BIP gedeckelt – was manchmal zur unbeabsichtigten Folge führte, dass Regierungen die Militärausgaben im Budget versteckten oder das Militär aus Quellen außerhalb des Regierungsbudgets finanzierten.[2]

Die Argumente dafür, dass Militärausgaben einen negativen ökonomischen Effekt haben, liegen auf der Hand: Sie binden Ressourcen, die für produktivere Zwecke eingesetzt werden könnten, z.B. Steuermittel, menschliches Talent, etc. Dies sollte man ein wenig genauer betrachten. Wenn die Ausgaben für das Militär steigen, aus welchen Töpfen werden diese dann abgezogen? Wenn andere Regierungsausgaben wie Gesundheit oder Bildung betroffen sind, so ist die negative Auswirkung auf die Entwicklung offensichtlich. Eine höhere Besteuerung wird den privaten Konsum und die Ersparnisse reduzieren und damit die privaten Investitionen - was wahrscheinlich eine negative Auswirkung auf das Wachstum haben wird. Bei einer Finanzierung der höheren Militärausgaben über Staatsanleihen und damit über öffentliche Verschuldung erhöhen sich die Zinsen und verringern sich gleichfalls die privaten Investitionen. Mit anderen Worten und leicht einsehbar: Es gibt keine kostenfreie Finanzierungsquelle.

Wie lauten die Argumente der Gegenseite? Es wird oft angeführt, dass die Ressourcen für das Militär weit davon entfernt sind, eine unproduktive Last zu sein, sondern vielmehr auf verschiedene Weise einen positiven ökonomischen Beitrag liefern. Waffenforschung und -entwicklung kann zu technischem Fortschritt führen, der für die zivile und militärische Industrie wichtig ist. Die Streitkräfte können junge Männer mit Erziehung und Ausbildung versorgen, die andernfalls arbeitslos wären. Militärische Vorbereitungen können infrastrukturelle Entwicklungen umfassen, wie das Bauen von Strassen und Schienen, die dann von der ganzen Gesellschaft genutzt werden. Und schließlich wird manchmal auch angeführt, dass das Militär die einzigartige Fähigkeit hat, Ressourcen mobilisieren und als Motivation für nationale Industrialisierung und Entwicklung dienen zu können. Diese Sichtweise machten sich militärische und zivile Regierungen in Brasilien mit der Waffenindustrie im Zentrum der allgemeinen Industrialisierung zu eigen, unter dem Slogan “Sicherheit und Entwicklung”.

Alle diese Argumente können hinterfragt werden, ganz zu schweigen von dem offensichtlichen Punkt, dass Erziehung, Ausbildung, Infrastrukturmaßnahmen und zivile Technologien besser vorangebracht werden können, wenn man die Ressourcen direkt diesen Zwecken zuführt, anstatt sie als Nebenprodukt des Militärs zu betrachten. Das Argument der technischen Entwicklung spielt in den meisten Entwicklungsländern ohne fortschrittliche Waffenindustrie ohnehin keine Rolle. Auf jeden Fall nimmt die zivile Technologie heutzutage eine Führungsposition ein und das Militär nutzt häufig zivile Entwicklungen wie z.B. die globalen Positionierungssysteme, und nicht umgekehrt – auch wenn in der Vergangenheit militärische F&E (Forschung & Entwicklung) zu Entwicklungen wie dem Radar und dem Internet beigetragen haben mag. Und was das Potenzial der bewaffneten Kräfte im Hinblick auf die menschliche Entwicklung betrifft, kann dies leicht übertrieben erscheinen und ist speziell in den ärmeren Ländern sehr begrenzt; die sozialen Verhältnisse der Soldaten, z.B. in vielen Ländern der früheren Sowjetunion, sind sehr ärmlich: weitverbreitetes Mobbing, Korruption, schlechte Wohnverhältnisse und sogar Mangelernährung sind keine Seltenheit. Zu guter Letzt mag militärische Industrialisierung zwar alle Arten von Entwicklung stimulieren, aber sie fördert eine stark verzerrte und ungeeignete Entwicklung, die sich auf die hochentwickelte Industrie und Technologie konzentriert, von der eine Elite in den Städten profitiert. Sie ignoriert jedoch andere Sektoren, insbesondere die Landwirtschaft, die gerade für die Entwicklungsländer existentiell ist. Brasilien mag einigen Erfolg mit militärischer Industrialisierung gehabt haben – doch die brasilianische Gesellschaft weist im weltweiten Vergleich mit die größten sozialen Ungleichheiten auf.

Empirische Beweise

Die angeführten Argumente geben weder in die eine noch in die andere Richtung abschließende Antworten; welche empirischen Beweise gibt es also? Ein beiläufiger Blick auf einige Beispiele kann Beweise für beide Sichtweisen liefern. Diejenigen, die für den negativen Effekt der Militärausgaben argumentieren, können auf die Sowjetunion hinweisen, die während des kalten Krieges gemessen am BIP ein hohes Niveau an Militärausgaben aufrechterhielt. Dies behinderte die Ökonomie und trug wahrscheinlich zum Zusammenbruch des Kommunismus bei. In der Zwischenzeit hatten Länder wie Deutschland und Japan sehr geringe militärische Kosten und konzentrierten sich statt dessen auf die zivile Industrie. So erfreuten sich diese eines starken ökonomischen Wachstums. Die Pro-Militär-Seite könnte dagegen

[2]Siehe Kapitel 12 des SIPRI-Jahrbuchs 2003 “Budgeting for the military sector in Africa”.

Südkorea und Taiwan, die hohe Militärausgaben und starkes Wachstum aufweisen, ins Feld führen, und diese mit den afrikanischen Ländern unterhalb der Sahara vergleichen. In diesen wurden die Militärausgaben typischerweise ziemlich niedrig gehalten, auch im Verhältnis zum BIP (zumindest offiziell), das ökonomische Wachstum hingegen war trotzdem sehr schwach. Mit anderen Worten: Wenn man nur einige wenige Einzelbeispiele betrachtet, sieht man nicht sehr viel, da es jeweils eine Vielzahl anderer Faktoren gibt, die diese einzelnen Länder betreffen.

Bei dem Versuch einer umfassenderen Betrachtung haben Ökonomen eine Vielzahl von statistischen Analysen durchgeführt und dabei sowohl bestimmte Bereiche länderübergreifend untersucht als auch die Entwicklung einzelner Länder über einen längeren Zeitraum hinweg. Die Resultate unterschieden sich stark voneinander. Das Problem wird durch die Tatsache verkompliziert, dass die Ökonomen ein unvollständiges Verständnis von ökonomischer Entwicklung im allgemeinen haben und die erhaltenen Resultate stark von den Annahmen abhängen, die einem Modell zugrunde liegen. Ist die ökonomische Wachstumsrate langfristig allein vom Bevölkerungswachstum und technologischen Entwicklungen abhängig, was außerhalb des Einflussbereichs von Regierungen liegt, oder kann die Qualität der Investitionen, der Bildung etc. einen dauerhaften Unterschied in der Wachstumsrate bewirken? Kehrt die Ökonomie, wie die Neoliberalisten sagen, schnell aus eigener Kraft wieder zur Vollbeschäftigung zurück oder sind Arbeitslosigkeit und mangelnde Auslastung von Ressourcen ein Dauerzustand, wenn die Regierung nicht eingreift, wie die Keynesianer behaupten? (Ironischerweise ist der neo-klassische Standpunkt am ungünstigsten für eine pro-militärische Position, weil dieser besagt, dass Jobs, die durch die Einschränkung von Militärausgaben wegfallen, schnell ersetzt werden).

Eine der ersten statistischen Analysen wurde 1973 durch Emile Benoit durchgeführt. Er untersuchte eine Auswahl von 44 Entwicklungsländern im Zeitraum von 1950-1965 und fand sehr zum Erstaunen der meisten Ökonomen heraus, dass es eine direkte Verbindung zwischen den militärischen Kosten (Anteil der Militärausgaben am BIP) und der ökonomischen Wachstumsrate gibt. Einige andere Studien, die mit ähnlichen Methoden durchgeführt wurden, bestätigten dieses Resultat.

Jedoch waren diese Studien sehr vereinfachend und betrachteten die Beziehung nur in einer Richtung, indem sie die Höhe der Militärausgaben zu der Wachstumsrate in Bezug setzten. Zahlreiche spätere Studien nutzten verfeinerte Techniken und untersuchten zugleich die Dreiecksbeziehung von Militärausgaben, ökonomischer Wachstumsrate und Investitionen. Ein typisches Beispiel ist eine Studie von Saadet Deger und Ron Smith aus dem Jahr 1983, die eine Auswahl von 50 Entwicklungsländern zwischen 1965 und 1973 betrachteten. Diese Studie ergab, dass es zwar einerseits einen geringen positiven direkten Einfluss der Militärausgaben auf das ökonomische Wachstum gab, dieser aber von dem negativen indirekten Effekt übertroffen wurde. Höhere Militärausgaben führten zu geringeren privaten Investitionen (dieses Phänomen wird als “Verdrängungseffekt” bezeichnet), was dann wiederum zu niedrigeren Wachstumsraten führte. Insgesamt wurde so eine negative Auswirkung festgestellt. Zahlreiche andere Studien, die ähnliche Methoden benutzten, stellten ebenfalls einerseits einen positiven direkten Effekt, andererseits aber einen größeren negativen indirekten Effekt fest.

Letztere Methode hat gleichfalls ihre Kritiker, und wieder andere Studien haben mit gemischten Ergebnissen versucht, die verschiedenen Möglichkeiten darzustellen, wie Militärausgaben das ökonomische Wachstum beeinflussen. Studien einzelner Länder über einen längeren Zeitraum haben ebenso gemischte Ergebnisse geliefert, wobei die Auswahl des statistischen Modells oft wichtiger war als das Land, das untersucht wurde.

Insgesamt gibt es mehr Beweise für einen negativen Effekt als für einen positiven, denn nur wenige Studien bestätigen Benoits Ergebnisse. Die Schlussfolgerungen aus dem Modell Militärausgaben-Investitionen-Wachstum sind interessant. Dieses Modell zeigt, dass militärische Aktivitäten tatsächlich die bereits erwähnten positiven Nebeneffekte haben – technologischer Fortschritt, Infrastruktur, Erziehung und Ausbildung in der Armee, etc. –, dass sie aber zugleich andere Aktivitäten in den Hintergrund stellen, die weitaus produktiver sind, wie z.B. private Investitionen.

Natürlich müssen alle diese Ergebnisse mit Vorsicht betrachtet werden, weil das verfügbare Datenmaterial über die Ausgaben des Militärs nicht immer so präzise ist und eine statistische Korrelation nicht *notwendigerweise* eine direkte Kausalbeziehung beweist. Darüber hinaus ist jede Studie spezifisch für ein bestimmtes Land oder eine Gruppe von Ländern sowie für eine spezielle Zeitspanne. Somit erfahren wir nichts darüber, was das Ergebnis einer Senkung oder Steigerung der Militärausgaben zu einer anderen Zeit und in anderen Ländern gewesen wäre. Trotzdem erhalten wir auf diese Weise einige generelle Einsichten.

Schulden

Neben dem Wachstum des BIP sind Schulden eine bedeutende wirtschaftliche Folge von Militärausgaben, insbesondere von Waffenimporten. Als sich die Entwicklungsländer in den 70er Jahren hoch verschuldeten, wurden die Kredite unter anderem für Waffenkäufe verwendet. Es gibt nur wenige Untersuchungen, in denen der Versuch einer Quantifizierung dieser Waffenkäufe unternommen wurde, denn die Qualität der hierzu verfügbaren Daten ist dürftig. Eine der besten Studien aus dem Jahr 1983 stammt von Michael Brzoska. Er analysierte die Importstrukturen verschiedener Länder und zog den Vergleich zu deren Fähigkeit, ihre Importe mit Exporterträgen zu finanzieren. Von den hieraus gewonnenen Ergebnissen ausgehend schätzte er, dass mehr als 20 % der Verschuldung in Dritte-Welt-Ländern die Folge von Waffenimporten war. Einige neuere Studien (darunter einige, bei denen ich selbst mitwirkte) haben versucht, statistische Regressionsmethoden auf dieses Problem anzuwenden, wie sie auch bei der Klärung der Beziehung zwischen

Militärausgaben und Wirtschaftswachstum eingesetzt wurden. Doch diese Studien brachten bestenfalls schwache Beweise für eine Verbindung zwischen Waffenimporten und Schulden. Eine aktuelle Version von Brzoskas Studie wäre sehr wertvoll.

Die "Friedensdividende"

Das Ende des Kalten Krieges und die damit verbundene Senkung der Militärausgaben ließ die Hoffnung auf eine "Friedensdividende" entstehen, d.h. auf höhere Ausgaben in anderen Bereichen und/oder niedrigere Besteuerung und auf allgemeine positive wirtschaftliche Auswirkungen. Die oben angeführten Beweise, die tendenziell auf eine insgesamt negative Wirkung von Militärausgaben auf das Wirtschaftswachstum hindeuten, unterstützen diese Hoffnung. Es ist jedoch wichtig, sich darüber klar zu werden, dass jegliche positive Auswirkungen niedrigerer Militärausgaben, ob in der Wirtschaft oder in der Entwicklung, nicht automatisch eintreten, sondern abhängig sind von der Entscheidung für eine bestimmte Politik.

In der Regel ist es nicht damit getan, einfach Geld aus einem Topf, nämlich dem Militäretat, zu entnehmen und in einen anderen Topf, z.B. Bildung oder Gesundheit, zu werfen. Die tatsächlich vorhandenen Ressourcen, also Menschen und Material, müssen anders eingesetzt werden. Das geschah auf äußerst erfolgreiche Weise nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wurden Wirtschaftssysteme, die zuvor vollkommen auf Kriegsführung ausgerichtet waren, sehr schnell auf zivile Produktion umgestellt. Das führte zu zwei Jahrzehnten relativen Wohlstands und geringer Arbeitslosigkeit im Westen, bevor Monetarismus und Neoliberalismus ihr zerstörerisches Werk begannen. Diese Entwicklung hing von sehr bewusstem Plänen seitens der Regierungen ab. Im Gegensatz dazu gingen die reduzierten Militärausgaben nach Ende des Kalten Krieges nicht einher mit systematischen Bemühungen, die Militärindustrie zu konvertieren. Daher sahen die westlichen Länder darin, wenn überhaupt, nur wenige wirtschaftliche Vorteile. In der ehemaligen Sowjetunion stellte sich die Situation sogar noch schlechter dar, denn die Militärindustrie brach zusammen ohne von einer zivile Industrie ersetzt zu werden. Eine Schlussfolgerung aus aktuellen Betrachtungen der "Konversion" wäre, dass es nicht mehr in jedem Fall sinnvoll ist, militärische in zivile Produktion zu konvertieren. Es ist erfolgversprechender, ehemalige Arbeiter aus der Waffenindustrie umzuschulen sowie sich auf nationaler und regionaler Ebene zu bemühen, Investitionen und Forschung in anderen Bereichen einzusetzen.

In den Entwicklungsländern stellt sich das Problem völlig anders dar; besonders in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, wo der größte Teil der Militärausgaben für Gehälter und andere Personalkosten verwendet wird. Hier hätte es wahrscheinlich katastrophale Auswirkungen, besonders nach einem Bürgerkrieg, die Militärausgaben einfach zu senken, wie es Geberländer und internationale Finanzinstitute wie der IWF oft empfohlen haben. Es gäbe plötzlich unzählige arbeitslose junge Männer mit schlechter Ausbildung, aber jeder Menge Waffen. In Äthiopien zum Beispiel kehrten nach Beendigung der Bürgerkriege die entlassenen Soldaten mit ihren Waffen einfach in ihre Dörfer zurück, was zu tragischen Ausbrüchen von Gewalt führte. Im Gegensatz dazu wurde in Mosambik ein "Schwerter zu Pflugscharen"-Programm begonnen, bei dem Waffen gegen landwirtschaftliche Geräte eingetauscht wurden. Dieses Programm wurde von den Kirchen und einigen aufgeklärteren Geberländern unterstützt. Obwohl Mosambik durch die Überschwemmungen der letzten Jahre schwere Rückschläge erlitt, profitierte das Land in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erheblich vom Ende des Bürgerkriegs.

Das Militär im gesellschaftlichen Kontext

Bis jetzt haben wir die Auswirkungen betrachtet, die Militärausgaben auf bestimmte Wirtschaftsfaktoren wie Wachstum oder Auslandsschulden haben können. Dies geschah weitgehend unter Ausschluss der politischen Zusammenhänge, in denen das Militär handelt, was ein sehr unvollständiges Bild zur Folge hat. Besonders, wenn wir an einem breiter angelegten Entwicklungskonzept interessiert sind, zu dem neben der Höhe des Einkommens auch menschliche und umweltbezogene Faktoren gehören, müssen wir die Rolle des Militärs in einer nationalen und weltweit politisch geprägten Wirtschaft umfassender betrachten.

In vielen Fällen handelt es sich dabei um eine hochgradig zerstörerische Rolle, besonders dort, wo das Militär eine wichtige politische Rolle spielt und/oder wo es nicht unter wirksamer, demokratischer und ziviler Kontrolle steht.

Kolumbien, Nigeria und Indonesien bilden auffallend ähnliche Beispiele auf drei verschiedenen Kontinenten. In Kolumbien protestierten Gewerkschaftsmitglieder und Bauern gegen das Vorgehen westlicher multinationaler Unternehmen wie z.B. BP, dessen Ölpipelines zu hochgradiger Umweltverschmutzung und zur Zwangsumsiedlung von Tausenden armer Landwirte führten. Das kolumbianische Militär, das Hand in Hand mit rechtsgerichteten Paramilitärs arbeitet, hat diesen Protest brutal unterdrückt. Shells Spur der Umweltzerstörung in Ogoniland, in Nigerias Niger-Delta, wurde ebenfalls durch großangelegte militärische Unterdrückung geschützt. In West-Papua in Indonesien hat der US-amerikanische Öl-Magnat Freeport MacMoran die dortige Bergwelt zerstört, die den Einheimischen heilig ist, indem er mehrere tausend Tonnen Giftmüll in die Flüsse entsorgte und mehrere tausend Menschen zwangsumsiedelte. Und wieder wurden die Proteste brutal vom Militär unterdrückt. Freeport gab dieses Jahr zu, 18 Millionen australische Dollar (11 Millionen US$) zum Schutz ihrer Aktivitäten an das indonesische Militär gezahlt zu haben. In jedem dieser Beispiele ermöglicht ein mächtiges und niemandem verantwortliches Militär eine hochgradig zerstörerische Form der "Entwicklung", die westliche multinationale Unternehmen und lokale Eliten fördert und dabei auf Kosten der übrigen Bevölkerung geht.

Indonesien ist ein besonders schlimmes Beispiel für einen Militärapparat außerhalb jeglicher Kontrolle, der die

wirtschaftliche Entwicklung behindert und für gewalttätige Unterdrückung verantwortlich ist. Das Bemerkenswerte am indonesischen Militärapparat ist, dass durch Bestechung von Oberbefehlshabern nur ein Viertel des Etats seitens der indonesischen Regierung bereit gestellt wird; der Rest stammt aus eigener Geschäftstätigkeit und externen Zahlungen von Geldgebern wie Freeport. Das Militär betreibt die verschiedensten Geschäfte im ganzen Land, die den Status der Steuerfreiheit genießen und zu denen auch hochgradig zerstörerische Abholzungsunternehmen gehören. All das stellt eine erhebliche wirtschaftliche Beeinträchtigung dar, ganz abgesehen davon, dass das Militär auf diese Weise keinerlei demokratischer Kontrolle unterworfen ist. Einer der Gründe für den fortwährenden Krieg in Aceh ist, dass das Militär ein starkes persönliches Interesse daran hat, seine Präsenz in dieser Region zu rechtfertigen, da es dort viele einträgliche Wirtschaftsunternehmen betreibt.

Weltwirtschaft

Was in diesen und anderen Ländern auf lokaler Ebene gilt, gilt auch für die weltweite politisch geprägte Wirtschaft. Militärische Macht unterstützt eine Weltwirtschaftsordnung, die den Interessen der Reichen und Mächtigen dient, während sie gleichzeitig Milliarden Menschen in Armut und Abhängigkeit hält und die Welt in die totale Umweltzerstörung hineintreibt. Nur gelegentlich muss die militärische Vorherrschaft des Westens tatsächlich in die Tat umgesetzt werden, wie im Irak, doch sie ist der höchste Garant für die wirtschaftliche Vorherrschaft des Westens. Das sagen nicht nur wir von der anti-kapitalistischen Bewegung – die Anhänger des weltweiten Kapitalismus verkünden es auch selbst. Der rechtsgerichtete US-amerikanische Kommentator Thomas Friedman schrieb vor einigen Jahren, dass die “unsichtbare Hand” des Marktes in einem eisernen Handschuh gehalten werden müsse – dass “McDonalds nicht ohne Lockheed Martin wachsen und gedeihen kann”.

Letztlich bleibt eine Tatsache – zu welchen Schlussfolgerungen hinsichtlich der spezifischen wirtschaftlichen Folgen von Militärausgaben Ökonomen auch immer kommen mögen: Echte wirtschaftliche Entwicklung, die der Mehrheit zugute kommt, kann in einer Welt, in der militärische Streitkräfte das Maß aller Dinge in wirtschaftlichen Beziehungen bilden, nicht stattfinden.

Übersetzung: Stefan Geis, Marietta Winkler von Mohrenfels, Yan Christoph Pelz
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Kaffeekrise

von Sarah Cox

Lateinamerikanische Staatsoberhäupter nennen es “die schlimmste Krise der letzten 100 Jahre”. Durch das katastrophale Versagen des unregulierten globalen Marktes findet sich die Welt vor einer weiteren Krise der Überproduktion und des zerstörten Lebens.
Der unmittelbare Grund ist eine Schwemme von Kaffeebohnen auf dem Weltmarkt, die die Preise gedrückt hat. Exportpreise sind auf den niedrigsten Stand seit einem Jahrhundert gefallen, unter Berücksichtigung der Inflation. Als Ergebnis verkaufen Kaffeebauern - in der Mehrheit arme Teilpächter - ihre Bohnen weit unter den Produktionskosten. Oxfam International schätzt, dass der Lebensunterhalt von 25 Millionen kleinen Kaffeebauern auf dem Spiel steht. “Familien, deren Einkommen von Kaffee abhängen, ziehen ihre Kinder (besonders Mädchen) aus den Schulen, können sich keine Grundmedikamente mehr leisten und reduzieren ihre Ernährung.” Aber wenige Menschen, die ihren Milchkaffee oder Espresso schlürfen, werden sich der Krise bewusst. Wie sollten wir es auch merken? In der Verbraucherwelt hat sich wenig geändert. Preise von Maxwell House, Nescafé, Folgers und French Roast sind nur geringfügig oder überhaupt nicht gesunken.
“Die großen transnationalen Konzerne machen einen Haufen Geld,” sagt Blanca Rosa Molina, eine Kaffeebäuerin aus Nicaragua, die Oxfam nach Kanada gebracht hat. “Aber wir bekommen weniger als jemals zuvor.” Vor fünf Jahren erbrachte der Kaffee aus der Kaffeegenossenschaft von Molina US$ 1,80 pro Pfund. Jetzt ist das Pfund Bohnen nur noch 50 Cent wert.
In der nord-nicaraguanischen Region Matagalpa, wo Molina zuhause ist, sind mehr als vierzig größere Kaffeefarmen pleite gegangen oder liegen brach. Schätzungsweise 6.000 heimatlose Kaffeearbeiter und ihre Familien kampieren in Behelfsunterkünften entlang der Straßen und in städtischen Parks, betteln um Nahrung und Hilfe von Passanten. Fast die Hälfte der Kinder der Region, schwangere Frauen und ältere Menschen leiden unter Mangelernährung.
Alleine im letzten August verhungerten nach Reuters zwölf arbeitslose Kaffeearbeiter und ihre Familien in der Gegend von Matagalpa. Bis Ende September ist die Todesrate laut Molina auf 120 gestiegen. “Man sieht Kinder am Rand der Autostraßen verhungern,” sagt Molina.
In Guatemala hat die Krise 70.000 Menschen arbeitslos gemacht und die Arbeitslosigkeit auf 40% hochgetrieben. Das Kaffeedebakel hat die Wirtschaft einiger bereits verarmter Länder steil abfallen lassen. In Afrika stürzen Länder, die schon von Schulden, Dürren und Krankheiten geschlagen sind, in ein weiteres Desaster.
Entwicklungsländer haben noch vor wenigen Jahren US$ 10 Milliarden für Kaffee-Exporte eingenommen. Jetzt sind es wenig mehr als die Hälfte, so Néstor Osorio, der geschäftsführende Direktor der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO). In Burundi beträgt der Kaffee-Export 80% des gesamten Exports, in Äthiopien fast 50%. Ohne das Einkommen durch Kaffee sind weniger Mittel für Schuldendienst, Aids-Bekämpfung oder Schulen verfügbar.
“Es ist eine Krise mit sozialer Dimension, die politisch explosiv ist,” erklärt Osorio. Auf einer kürzlichen Reise

nach Kolumbien sah er Luftaufnahmen von Kaffeefarmen mit Coca bepflanzt.

Deregulierung des Kaffeemarktes

Seit 1962 war der Kaffeehandel durch das internationale Kaffeeabkommen reguliert. Der Handelsvertrag setzte Exportquoten für Erzeugernationen fest und hielt den Kaffeepreis ziemlich stabil. Dann zog sich vor einem Jahrzehnt der größte Kaffeeverbraucher, die USA, zurück. Die USA sagten, das Abkommen liefe durch das Halten hoher Preise ihren Interessen zuwider. Kanada zog sich gleichzeitig zurück.
Kaffeequoten und Preiskontrolle waren am Ende. Kleine Produzenten, wie Vietnam, beeilten sich, den "Dollarbaum" zu ernten. In einem Jahrzehnt wurde Vietnam weltweit zum zweitgrößten Kaffeeproduzenten nach Brasilien. Im Gefolge des Zusammenbruchs des Kaffeeabkommens drängten Weltbank und IWF afrikanische Länder, ihre Kaffeeindustrie zu liberalisieren und ihre Staatsagenturen aufzulösen, die die Bohnen zu garantierten Preisen kauften. Den Bauern wurde ein komfortables Einkommen zugesagt, aber Globalisierung und Liberalisierung hatten den gegenteiligen Effekt. "Die Gesetze von Angebot und Nachfrage wirkten zum Schaden der afrikanischen Produzenten und zum Nutzen der weltweiten Spekulation," berichtete Togos Premierminister Messan Agbeyone Kodjo Delegierten der ICO-Konferenz im letzten Mai. "Derzeit empfinden afrikanische Kaffeebauern ein Gefühl der Frustration und inneren Revolte" erklärt er. "Sie fühlen sich hilflos. Kaffeepreise, von internationalen Gruppen und den multinationalen Gesellschaften bestimmt, sind völlig außerhalb ihrer Kontrolle."
Vor einem Jahrzehnt erhielten Entwicklungsländer für jeden US$, der für eine Tasse Kaffee ausgegeben wurde 30 Cent; jetzt berechnet Oxfam, dass sie weniger als 10 Cent pro Tasse bekommen. Der unbekannte Bauer, der die Bohnen für unseren Espresso anbaut, erhält nur zwei Cent von den US$ 1,71, die wir bezahlen.

Ein lukratives Geschäft

Doch Kaffee bleibt für die an der Spitze der Industrie ein lukratives Geschäft. Fünf multinationale Gesellschaften kaufen jährlich fast die Hälfte der Kaffeebohnen der Welt. Darunter sind Sara Lee Corporation (Produzenten von Hills Bros. und Chock Full o'Nuts), Nestlé (Produzent von Nescafé) und der Tabakriese Altria, dem Kraft Food (Maxwell House und die Marken Nabob) gehört. Oxfam zufolge Nestlé macht etwa 25% Gewinn auf Instantkaffee; Sara Lee's Spanne ist etwa 17%.
Die Kurve der Kaffeegewinne der Gesellschaften zeigt eine stetige Steigung, während die Kurve der Kaffeepreise, nach dem uruguayanischen Autor Eduardo Galeano, "immer einem klinischen Epilepsiediagramm ähnelt". Globalisierung und Deregulierung haben diese Diskrepanz nur verschlimmert. Wie Galeano zynisch schließt: "Es ist viel profitabler, Kaffee zu konsumieren als ihn zu produzieren."

Kontakt zu diesem Artikel: www.alternatives.ca

Übersetzung: Bernt Lampe
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Wasser-Privatisierung in Brasilien und der "Fall" Nestlé

von Franklin Frederick

Über das Problem der Wasserprivatisierung in Brasilien wird hauptsächlich geschwiegen. Erstens werden, da Brasilien ein wasserreiches Land ist, Probleme, die die Wasserprivatisierung betreffen, nicht als dringlich erachtet. Zweitens - und das ist das Entscheidendere - erwähnt die brasilianische Presse im allgemeinen das Problem nicht einmal, und zwar aufgrund der "Zensur", die von der wirtschaftlichen Macht der Konzerne ausgeht, die an der Wasserprivatisierung beteiligt sind - die meisten von ihnen sind wichtige "Kunden" und haben somit das Sagen.

Es gibt zwei Hauptaspekte, die in Bezug auf die Wasserprivatisierung in Brasilien betrachtet werden müssen: die Privatisierung der Wasserversorgung in den Städten - wie es zum Beispiel in Manaus der Fall ist - und die viel gefährlichere und weniger bekannte Tatsache der Privatisierung von Wasserquellen. Seit einigen Jahren kaufen Firmen wie Nestlé und Coca-Cola überall im Land Gebiete auf, die reich an Wasserquellen sind. Dieses wichtige Problem wurde hauptsächlich durch eine Bürgerbewegung publik gemacht, die gegründet worden ist, um die Wasserquellen eines sehr bekannten Ortes in Brasilien zu verteidigen - dem Wasserpark von São Lourenço.

São Lourenço ist ein kleiner Ort, der zu einem besonderen Gebiet gehört, das sich zwischen den drei wichtigsten Städten Brasiliens - São Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte - befindet. Dieses Gebiet - bekannt als Circuito das Águas - ist im ganzen Land wegen seiner unglaublichen Vielfalt an Mineralwasserquellen berühmt, die hauptsächlich auf vier kleine Orte, darunter São Lourenço, verteilt sind. Diese Mineralwasserquellen sind seit dem 19. Jahrhundert für ihre Heilwirkung bekannt. Die Heilwirkung der Quellen war verantwortlich für die Art und Weise, wie sich das ganze Gebiet entwickelt hat. Jede Stadt entstand rund um den "Wasserpark" - den Ort, wo die meisten Wasserquellen gefunden wurden. Die Wasserparks entwickelten sich zu wichtigen Zentren für Hydrotherapie, und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde eine Bundesbehörde geschaffen, die die Forschung fördern und spezielle Pläne für die Nutzung der Mineralwasser im öffentlichen Gesundheitssystem entwickeln sollte. An der Medizinischen Fakultät der

Federal University of Minas Gerais fanden Kurse zu Wassertherapie und Wassermedizin statt, und in jedem Wasserpark stand mindestens ein Arzt zur Verfügung. In den 50er Jahren wurde die Bundesbehörde für Mineralwasser geschlossen und die Kurse an der Universität zur Wassertherapie abgeschafft - auf Druck der Lobby der pharmazeutisch-chemischen Industrie. Dies war der Beginn des Niedergangs dieser Region. Der Wasserpark von São Lourenço ging in Privatbesitz über - er wurde von der Perrier-Vittel-Gruppe aufgekauft, die bis vor kurzem ihr berühmtes Mineralwasser (dort) abfüllte und überall in Brasilien verkaufte. 1996 übernahm Nestlé die Kontrolle über Perrier-Vittel und wurde so zum Eigentümer des Wasserparks in São Lourenço.
1998 baute Nestlé innerhalb des Wasserparks eine Fabrik, um "Pure Life" zu produzieren, ein Tafelwasser speziell entworfen für den sogenannten Dritte-Welt-Markt. Das Konzept dieses Wassers ist, dass es überall gleich schmecken muss, egal wo es produziert wird - in Brasilien oder Pakistan. In vielen Dritte-Welt-Ländern wird in Flaschen abgefülltes Tafelwasser zu einem wichtigen Markt, hauptsächlich wegen des schlechten Zustandes der öffentlichen Wasserversorgungssysteme. Die Qualität des Wassers, das in Brasilien aus der Leitung kommt, wird im allgemeinen als gut erachtet, dennoch ist die Propaganda für das in Flaschen abgefüllte Wasser so stark, dass die Gewohnheit, das Leitungswasser zu benutzen und es in Keramikfiltern aufzubewahren - wie es immer der Fall war - mehr und mehr ersetzt wird durch den "praktischeren" Weg, in Flaschen abgefülltes Wasser zu kaufen. Nestlé begann daraufhin, riesige Wassermengen direkt aus dem Untergrund zu pumpen, indem tiefe Bohrlöcher innerhalb des Wasserparks gegraben wurden. Die Konsequenzen waren fast unmittelbar an den Wasserquellen zu spüren: eine von ihnen trocknete aus, und einige andere änderten ihren Geschmack. Noch schlimmer - die Mineralwasser, edle und seltene Wasser mit besonderen Eigenschaften, wurden demineralisiert, d.h. ihrer besonderen Qualitäten beraubt, um das Tafelwasser "Pure Life" zu produzieren. São Lourenço, ein sehr kleiner Touristenort, der vom Wasserpark als seiner Haupttouristenattraktion abhängig ist, verlor im Zuge dessen immer mehr Touristen, da die Veränderung der Qualität der Wasserquellen für jeden spürbar wurde.

Wasser benötigt Zeit unter der Erde, um langsam mit Mineralien angereichert zu werden. Pumpt man es schneller herauf, als die Natur es ersetzen kann, verliert es seinen Mineralgehalt. Die Bürgerbewegung für die Heilquellen wurde von einer Gruppe von Bürgern gegründet, die über diese Situation besorgt waren. Nach einigen erfolglosen Versuchen, mit der Firma in Dialog zu treten, bat die Bewegung um staatliche Hilfe. Eine Untersuchung wurde begonnen, und im Januar 2001 kam es zu einem Prozess gegen die Firma vor dem Gerichtshof in São Lourenço. Laut brasilianischem Bundesgesetz durfte Nestlé die Mineralwasser nicht demineralisieren. Außerdem ist die Fabrik, die im Wasserpark gebaut worden war, auch gemäß Umweltschutzauflagen nicht genehmigt, da der Wasserpark ein hochgradig gefährdetes, geschütztes Gebiet ist und Nestlé die Fabrik dort nicht hätte errichten dürfen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Prozess auf Bundesebene bei Gericht anhängig. Gerichtsverfahren können sich in Brasilien über viele Jahre hinziehen - leider kann der Wasserpark nicht so lange warten! Die Bürgerbewegung hat eine Kampagne gegen die "Pure Life"-Fabrik gestartet, und in Europa - hauptsächlich in der Schweiz - hat die öffentliche Meinung in dieser Frage einigen Druck gemacht. In diversen Zeitungen erschienen einschlägige Artikel, und auch im Fernsehen wurden bereits Interviews ausgestrahlt.

Als Mitglied der Bürgerbewegung für das Wasser, die sich vielen Problemen mit der brasilianischen Presse gegenüber sieht, die im allgemeinen schweigsam bleibt, kann ich sagen, dass wir sehr stark auf die Hilfe und die Unterstützung der öffentlichen Meinung in Europa und hauptsächlich in der Schweiz angewiesen sind. Nur durch öffentlichen Druck in der Schweiz werden wir eine Chance gegen Nestlé, seine Anwälte, seine Lobby und seine unverantwortlichen Praktiken haben. Aufgrund dieser Angelegenheit wurde es auch möglich, über Wasserprivatisierung in Brasilien zu sprechen, und über die Tatsache, dass viele Firmen hierher kommen, um Gebiete wie den Wasserpark in São Lourenço aufzukaufen. Bisher hat die Brasilianische Regierung noch keine entscheidenden Maßnahmen ergriffen, die dieses Problem betreffen. Wir hoffen, dass wir über die öffentliche Meinung in Europa auch Einfluss auf Entscheidungen gewinnen können, die diesbezüglich in Brasilien getroffen werden. Wenn Wasser zur Handelsware verkommt, wird sich zwischen den mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen ein zunehmender Konkurrenzkampf um die Kontrolle der verbleibenden Wasservorräte entwickeln. Dies wird vermehrt zu Konflikten und sogar Kriegen führen. Wasser als öffentliches Gut kann uns helfen, als Nationen zusammenzuarbeiten, und es kann helfen, Frieden, Verständnis und Entwicklung zu fördern. Es liegt an uns zu entscheiden, welche Art von Zukunft wir uns wünschen.

Übersetzung: Tina Plank, Yan Christoph Pelz
Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Die Bolivianer verlangen eine Volksabstimmung über FTAA/ALCA

von Alex Contreras Baspineiro

Tausende Bolivianer und Bolivianerinnen, vom Land und aus der Stadt, die sich am 6. und 7. Juni anlässlich des 2. Nationalen Treffens gegen FTAA/ALCA und gegen den Krieg versammelt hatten, beschlossen, von der Regierung Gonzalo Sánchez de Lozada (MNR) die Einberufung einer Volksabstimmung zu fordern, in der das Volk entscheiden solle, ob es mit der Freihandelszone der Amerikas (FTAA/ALCA) einverstanden ist oder nicht.
Das bedeutende Treffen fand in La Paz, dem Regierungssitz der bolivianischen Regierung, statt. Die Vertreter der verschiedenen sozialen Schichten tauschten Erfahrungen aus und stimmten Argumente mit den Persönlichkeiten aus Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Kuba, Chile, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela ab.

Pater Gregorio Iriarte, Mitglied der bolivianischen Bischofskonferenz, bekräftigte, dass das FTAA der neokoloniale Ausdruck eines rein ökonomischen und gegen die Integration gerichteten Projektes sei.
"Wenn wir von Widerstand gegen diesen Mechanismus sprechen, so tun wir das nicht, weil wir gegen die Integration wären, sondern weil FTAA keine Integration bedeutet, es ist Vereinnahmung, Unterwerfung unter die multinationalen Konzerne der Vereinigten Staaten", betonte er.
So wie sie die Verhandlungen heimlich führt, will die bolivianische Regierung offiziell lieber auch zu diesem Projekt schweigen. Nur der Vize-Minister für Industrie und Handel, Luis Fernando Peredo, gab zu, dass vor Inkrafttreten des FTAA der Konsens mit der Zivilgesellschaft jedes Landes erreicht werden müsse.
Seine Situation als unterentwickeltes Land würde es Bolivien ermöglichen, seinen Markt in sensiblen Bereichen 10, 15 und bis zu 20 Jahre nach Inkrafttreten des FTAA zu schützen.
Rosa Flores, die Delegierte der Volksschule "Erster Mai" (Primero de Mayo) warnte davor, dass die Organisationen des Volkes andere Druckmittel fänden, wenn die Regierung keine Volksabstimmung einberufe.
Solange keine offizielle Stellungnahme der Regierung bezüglich FTAA bekannt ist, verstärken verschiedene Organisationen der bolivianischen Volksbewegung den Prozess der Information, Kommunikation und Bewusstmachung bezüglich des Projektes der angeblichen Integration des Kontinents.

Versklavte Länder

Der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel, der auch an dem Treffen teilnahm, sagte, dass FTAA einfach für die Vereinnahmung Lateinamerikas durch die Vereinigten Staaten stehe und dass die Regierungen, die sich den Absichten der nordamerikanischen Nation unterwerfen würden, "versklavte Länder" seien.
"Es hat nichts von freiem Handel und viel von Beherrschung, Unterwerfung und Verlust der nationalen Souveränität. Man darf sich nicht von den farbigen Spiegeln täuschen lassen; wenn Ihr Euch anseht, was in Mexiko geschieht, dann wisst Ihr, wie die Zukunft Boliviens aussehen kann und die des restlichen Kontinents", betonte er.
Er schlug die Stärkung der regionalen Märkte vor, wie z.B. die Comunidad Andina de Naciones oder des Mercosur als Integrationsalternativen gegenüber FTAA.

Die Mobilisierung gegen FTAA war friedlich und von der Betonung der eigenen Kultur geprägt; doch haben starke Polizeikräfte verhindert, dass der Protest vor der Botschaft der Vereinigten Staaten in La Paz zum Abschluss kam.
Jedoch konnten weder die Uniformierten noch die Obrigkeit verhindern, dass der einzigartige Volksprotest auf neue Art das Zentrum des Regierungssitzes lahmlegte und eine Kampagne der Debatte des Themas auf nationaler Ebene anregte.
Die bolivianische Bewegung des Kampfes gegen FTAA ist ein Keim im Wachstum, was das momentane Regime sehr gut weiss, auch wenn es darüber schweigt. Nur wenige Leitartikelschreiber und Kommentatoren der Massenmedien, die von Unternehmern entlohnt werden, und die das bisschen, was von der momentanen Regierung übrig ist, verteidigen, versuchten, das historische Ereignis herunterzuspielen, das ohne Zweifel ein Meilenstein im Kampf der Sozialen Bewegungen darstellt.

Der Anti-FTAA-Gipfel

Während der beiden Diskussionstage wurden in 12 Workshops und drei Konferenzen Argumente ausgetauscht: die reiche Erfahrung im Kampf der Sozialen Bewegungen Boliviens und die aktuelle Lage, die Erfahrung und die Kenntnisse der Delegierten anderer Länder und die Analyse des FTAA-Projektes.
Gegen den Angriff auf die Würde der Nationen, für die Verteidigung der Menschenrechte und für wirtschaftliche Gerechtigkeit in Souveränität wurde beschlossen, die Verhandlungen zu FTAA abzulehnen, gegen die neue Runde der Verhandlungen der Welthandelsorganisation zu opponieren und die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit Chile in Frage zu stellen, weil es an Vereinbarungen gebunden ist , die die Naturschätze wie Wasser und die Mineralien betreffen.
Der Abgeordnete und Oppositionsführer gegen die bolivianische Regierung, Evo Morales Ayma, schlug vor, einen Anti-FTAA-Gipfel zu organisieren - gemeinsam mit dem kubanischen Präsidenten Fidel Castro, dem Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez, dem Brasilianer Luis Ignacio Lula da Silva, dem Argentinier Nestor Kirchner und anderen, die sich zu einer antineoliberalen und antiimperialistischen Politik bekennen. *"Das FTAA ist ein Synonym für den Tod der ursprünglichen Nationen des Kontinents und wir verteidigen das Leben. Deshalb müssen wir den Anti-FTAA-Gipfel organisieren, um internationale Strategien aufzuzeigen, mit denen wir dem nordamerikanischen Imperialismus die Stirn bieten können"*, erklärte er.

Übersetzung: Sabine Friedel Ehrenamtliches Übersetzungs-Team, coorditrad@attac.org

Der argentinische Wirtschaftsminister kündigt Regulierung von Kapitalströmen an

Emir Sader: Herausforderung für den MERCOSUR

Die Entscheidung der neuen argentinischen Regierung, Spekulationskapital zu besteuern, das weniger als 180 Tage im Land bleibt, bringt ein neues Element ins Spiel, welches möglicherweise dem ursprünglich von Brasilien vorgeschlagenen neuen MERCOSUR Form verleihen könnte. Obwohl Argentinien die Aussetzung seiner Schuldenrückzahlungen angekündigt hatte, kam es dennoch für eine massive Einfuhr von Kapital in Betracht, als Resultat der sehr niedrigen Zinsen in den zentralen Ländern des Kapitalismus, angefangen von den USA. Dadurch wird der Kurs des Peso unter Kontrolle gehalten, wird die Exportkapazität des Landes geschmälert und in seine Zahlungsbilanz eingegriffen. Hier liegt der Grund für die Entscheidung des argentinischen Präsidenten.

In Chile existierte vor der brasilianischen Krise von 1999 eine ähnliche Regelung, die jedoch abgeschafft werden musste, da die Nachbarländer die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen hatten, indem sie immer mehr Anreize für die Einfuhr von Finanzkapital schufen. Eine Regelung jener Art kann nicht durchgesetzt werden, wenn die Nachbarländer hohe Zinsen ohne jede Art von Besteuerung anbieten.
Die Maßnahme der argentinischen Regierung stellt Brasilien vor die Entscheidung, etwas Ähnliches einzuführen oder auf das Projekt eines gestärkten MERCOSUR einschließlich eines Parlaments und einer gemeinsamen Währung zu verzichten.
Ohne eine Koordinierung ihrer beider Geldpolitik wird man kaum oder gar nicht vorankommen. Allerdings nimmt Brasilien momentan, nach Ablauf des ersten halben Jahres unter der neuen Regierung, eine neoliberale Haltung gegenüber der Geldpolitik ein, und nichts deutet darauf hin, dass es sich nun Argentinien anschließen wird. Vielmehr würde es, wenn es das nicht tut, trotz verbaler Unterstützung für die Maßahme Kirchners, diese in Wirklichkeit sabotieren, aufgrund des hohen Zinssatzes - höher als noch vor zwei Monaten - und aufgrund der Entschlossenheit der brasilianischen Regierung, weiterhin Spekulationskapital anzulocken.

Die Situation stellt den MERCOSUR vor die unerwartete Herausforderung, zu einer Maßnahme Stellung nehmen zu müssen, die den Block im Moment spaltet. Was die Situation ändern könnte, wäre eine Wende in der Wirtschaftspolitik der Regierung Lula beim angekündigten Übergang in dessen zweiten Phase. In so einem Fall könnte man Entwicklung mit der Abschreckung von Spekulationskapital verbinden. Aber dafür muss die Regierung Lula ihren derzeitigen Anspruch aufgeben, Entwicklung im Rahmen der Mikroökonomie anzustreben, ohne die Pfeiler der Makroökonomie anzutasten. Wenn sie es nicht tut, wird sie die argentinische Maßnahme in der Praxis zum Scheitern verurteilen und einen Graben zwischen den wichtigsten Mitgliedern des MERCOSUR auftun.

Informationsdienst “Alai-amlatina”
Lateinamerikanische Informationsagentur ALAI
http://alainet.org email: info@alainet.org

dazu Erklärung von ATTAC Argentinien

Die jüngsten Ankündigungen der Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, die Kapitaleinfuhr in unser Land zu regulieren, haben diametral entgegengesetzte Kommentare hervorgerufen. Die Maßnahme besteht darin, Mindestfristen von 180 Tagen für den obligatorischen Verbleib von eingeführtem Kapital durchzusetzen, mit dem Ziel, die Einfuhr von eindeutig spekulativem Kapital zu unterbinden.

Dieses Konzept stellt zweifellos eine Form dar, die "Diktatur der Finanzmärkte" zu bekämpfen. Eine andere wäre, wie es ATTAC seit seiner Gründung immer wieder fordert, die weltweit unter dem Namen Tobin Tax bekannte Steuer einzuführen. Diese Steuer und die Kontrolle der Wechselkurse würden in den Entwicklungsländern die Flüchtigkeit des Kapitals eindämmen helfen, die seit den 70er Jahren durch den Drang des internationalen Großkapitals nach Wiederaufwertung entstanden ist.

Auch wenn es sicher richtig ist, die Einfuhr von spekulativem Kapital, welches auf die Wiederaufwertung unserer Währung Druck ausübt, zu beschränken, steht im Widerspruch dazu, dass gleichzeitig andere Mechanismen zur Devisenausfuhr intensiviert werden, die unsere internationalen Geldreserven nach dem Muster der bereits unter der Vorgängerregierung begonnenen Politik schmälern, und deren derzeitige Weiterführung offensichtlich ist. Dies zeigt die Tatsache, dass im Jahr 2002 die internationalen Geldreserven um 4,5 Milliarden Dollar gesunken sind, obwohl ein Handelsüberschuss von 15,38 Milliarden Dollar erwirtschaftet wurde; Grund dafür sind u.a. die Zinszahlungen ins Ausland im Wert von 6,8 Milliarden Dollar und die abfließenden Finanzströme im Wert von über 11 Milliarden Dollar.

Obwohl also die Politik des vergangenen Jahres stark dem Neoliberalismus zugeneigt war, hat die angekündigte Regulierung des Eindringens von Spekulationskapital zu nicht enden wollendender Kritik seitens des internationalen Establishments geführt, was im Widerspruch steht zu der weltweit anerkannten Akzeptanz von Kontrollmechanismen, welche die immer

wiederkehrenden Finanzkrisen, von denen die Mehrheit der Länder betroffen ist, auf ein Minimum reduzieren oder ganz verhindern. Außerdem unterbindet die angekündigte Maßnahme nicht die Einfuhr von Vermögen und Kapitalgütern, wie US-Finanzminister John Snow willkürlich behauptet, da sie nur dazu dient, die Einfuhr von solchen Mitteln zu unterbinden, die nicht für die Kapitalisierung der Wirtschaft bestimmt sind, sondern für die Spekulation.

Es steht außer Frage, dass solche Kritiken nur darauf abzielen, die Empfehlungen des Konsenses von Washington zu stützen, deren einziges Ziel es ist, die Vorherrschaft des internationalen Kapitals zu festigen, indem man die Liberalisierung der Märkte ausdehnt und ihnen neue Privatisierungen einverleibt. Obwohl in diesem letzten Fall anscheinend nicht bekannt war, dass es in unserem Land fast nichts mehr zu privatisieren gibt, außer natürlich die immer noch schmackhafte Beute der öffentlichen Banken. Der Widerstand richtet sich also gegen jedwede noch so kleine Beschränkung der Freiheit des Kapitalverkehrs und seiner Möglichkeiten, Geschäfte zu machen.

Maßnahmen wie die Tobin-Steuer, die Beschränkung der Rückzahlung von Auslandsschulden und jede andere Regulierung von Kapitalströmen, die für einen gewissen Grad an wirtschaftlicher Unabhängigkeit steht, werden von den herrschenden Kräften immer in Frage gestellt werden. Nur ein entschiedener gesellschaftlicher Druck kann zur Annahme von Maßnahmen führen, die für Argentinien eine stabile Wirtschaft, und daraus folgend die so sehr ersehnte Reaktivierung und vor allem gerechte Verteilung der Einnahmen gewährleisten.

Vor dem Schweizer Sozialforum: Vielfältigkeit als Ziel

von Sergio Ferrari

Vom 19. bis 21. September 2003 findet in Freiburg das erste Schweizer Sozialforum (SSF) statt.
Als “Kind” des Weltsozialforums von Porto Alegre, und aktives Mitglied des Europäischen Sozialforums versteht sich das SSF als Plattform der Debatte und Reflexion der sozialen Bewegungen im Land - mit wegweisendem strategischem Potenzial.

Wenn am dritten Septemberfreitag Hunderte von SSF-TeilnehmerInnen in Freiburg eintreffen werden, geht eine eineinhalbjährige intensive Vorbereitungszeit zu Ende. Am zweiten Weltsozialforum von Porto Alegre (Januar 2002) war beschlossen worden, die Sozialforen auszuweiten und zu internationalisieren - sei es durch regionale, kontinentale oder thematische Foren.

Eine Gruppe von Schweizer Delegierten, die nach Brasilien gereist war, entschied deshalb, hierzulande eine entsprechende Initiative zu lancieren.
Wenn “eine andere Welt” möglich sein soll, wie dies in Porto Alegre nachdrücklich gefordert wurde, erschien eine Debatte zu einer “anderen Schweiz” unabdingbar. Einer Schweiz jenseits von Kapital, Finanzplatz und Bankgeheimnis.

Die Notwendigkeit einer breiten und uneingeschränkten Debatte, welche die Vielfältigkeit respektiert, nahm Gestalt an in einer ersten Arbeitsgruppe, die letzten Dezember eine erste vorbereitende Generalversammlung einberief. Es folgten drei weitere Versammlungen im Februar, Juni und August (die letzte am 23. August), an denen die Dynamik verstärkt und Vorschläge zusammengetragen wurden.

In den 18 Monaten, die seit den ersten Treffen vergangen sind, wurden wichtige Schritte gemacht: Inzwischen engagieren sich rund 50 AktivistInnen, die sich in mehreren Arbeitsgruppen mit Koordination, Programm, Kommunikation und Internetauftritt sowie Medienarbeit befassen.
Dazu kommt das Freiburger Organisationskomitee (COFRI), das sich um die gesamte Logistik kümmert. Mit der Vorbereitung des ersten Sozialforums konkretisiert sich ein neues nationales Netzwerk von bisher noch nie dagewesenem Umfang.

Breite Palette

Bis Mitte August haben sich rund 40 Organisationen sowie rund ein Dutzend progressive Medien dem Schweizer Sozialforum angeschlossen. Die Palette reicht von Gewerkschaften wie comedia und VPOD über NGO aus der Entwicklunszusammenarbeit, darunter die Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, E-Changer, Interteam und GVOM, bis hin zu ATTAC, dem Forum Social Lémanique und der Erklärung von Bern. Weiter vertreten sind progressive christliche Organisationen, Menschenrechtsgruppen (Amnesty International), FeministInnen, Sans Papiers, ImmigrantInnen und Solidaritätskomitees.

Auch politische Parteien aus dem linksgrünen Spektrum haben am Sozialforum ihren Platz. Einzige Bedingung ist, dass sie das SSF als Plattform der Schweizer Zivilgesellschaft anerkennen und akzeptieren, dass die sozialen Bewegungen am Forum die Hauptrolle spielen.

Wie die sechs Punkte umfassende Charta hervorhebt, will das SSF weder bestehende Bewegungen ersetzen noch die Rolle einer “Mega”-Bewegung übernehmen. Das Sozialforum hat einzig und allein den Anspruch, einen regelmässigen und systematischen Raum der Begegnung und der Debatte für diejenigen zu schaffen, die Alternativen zum vorherrschenden neoliberalen System finden wollen.

Schlüsselthemen

Die Schweiz trägt eine doppelte Verantwortung in diesem planetaren Gefüge - sowohl was Macht und Dominanz wie auch was Widerstand und Solidarität betrifft. Dies macht das Sozialforum umso wichtiger.

Im Mittelpunkt des ersten Sozialforums stehen Schlüsselthemen der aktuellen Debatte: Krieg und die neue Weltvorherrschaft, der Schweizer Finanzplatz und seine weltweite Verantwortung, das neoliberale Modell, die Privatisierung, die soziale Vorsorge sowie die nord-zentrierte und unmenschliche Immigrationspolitik.

Im Anschluss an die nationale Kundgebung "Hände weg von der AHV - Hände weg von den Renten!" vom 20. September 2003 in Bern findet im Rahmen des Sozialforums eine vertiefende Debatte um die Zukunft des Rentensystems und die Mobilisierung statt.
Ein breites Spektrum von Themen decken die rund 40 Workshops ab, die während des Sozialforums am Samstag und Sonntag angeboten werden. Immigrationsproblematik, Ökologie, nachhaltige Entwicklung, alternative Wirtschaft sind nur einige Beispiele aus der breiten Themenpalette.

Die Workshops sollen zudem einen echten Austausch ermöglichen und den verschiedenen Organisationen ermöglichen, ihre konkreten und täglichen Erfahrungen zu teilen und zur Debatte beizutragen.

Programmdetails, praktische Informationen, Einschreibung und Beitritt zum Sozialforum: www.socialforum.ch

Kommuniqué von ATTAC Frankreich zu GMO

Das Protokoll von Cartagena zur Vorbeugung biotechnologischer Risiken erlaubt einem Land, den Import von genmanipulierten Organismen zu verbieten

Das Archipel von Palaos (Ozeanien) hat am 13. Juni 2003 als fünfzigster Staat das Protokoll von Cartagena ratifiziert. Dieses Protokoll (es handelt sich um ein internationales Übereinkommen), am 29. Januar 2000 im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt, die in Rio 1992 angenommen wurde, unterzeichnet, musste von mindestens 50 Staaten unterzeichnet werden um in Kraft treten zu können. Es bedeutet einen bemerkenswerten Erfolg im Kampf gegen die Verbreitung genmanipulierter Organismen (GMO). Das Protokoll von Cartagena hat zum Ziel, biotechnologischen Risiken vorzubeugen und es stellt somit die erste internationale Übereinkunft in Umweltbelangen über GMO dar. Es wird am 11. September 2003 in Kraft treten.

Dieser Vertrag ist richtungsweisend im internationalen Umweltrecht, da er zum ersten Mal das Vorsichtsprinzip anerkennt (Regel der politischen Entscheidung in Situationen ohne etablierte wissenschaftliche Gewissheiten, die bestimmte, potenziell gefährliche Aktionen begrenzt, beschränkt oder verhindert, ohne zu warten, dass deren eventuelle Gefahr sich wissenschaftlich zur Gewissheit etabliert). Das Protokoll von Cartagena gibt einem Staat das Recht, den Import von GMO für den Fall, dass Zweifel über deren Unschädlichkeit bestehen, abzulehnen. Es stellt fest, dass die GMO Träger spezifischer Risiken sind und formuliert die Bedingungen, denen Bewegungen von GMO über Grenzen hinweg unterliegen. Ferner stellt der Vertrag einen Misserfolg für die neoliberale Freihandelsdoktrin dar. In größerem Umfang könnte sich das Vorsichtsprinzip ebenfalls auf das soziale Gebiet ausdehnen.
In dieser Hinsicht autorisiert Artikel 10 des Protokolls von Cartagena einen Staat schlicht und einfach den Import von GMO zu verbieten. Während die Wortführer der liberalen Globalisierung versuchen, die Staaten der Machtlosigkeit zu überführen, öffnet dieses Protokoll den Kämpfen neue Perspektiven. Selbst wenn das europäische Moratorium über den Import transgener Pflanzen aufgehoben wird, verfügt nichtsdestotrotz jeder Staat über die Möglichkeit diese Importe zu verbieten. Die französische Regierung und das Parlament müssen also ihre Verantwortung wahrnehmen.

Durch diese Schlappe treten die GMO-Lobbys wieder auf den Plan. So haben sie es noch einmal geschafft, die europäische Kommission zu betäuben, die durch die Stimme des Landwirtschaftskommissars Franz Fischler jüngst erklärte: "Es ist nicht möglich, dass ein Mitgliedsstaat festlegt, dass eine Region oder sein ganzes Territorium absolut keine transgenen Produkte haben darf." (AFP, 23. Juli).

ATTAC ruft die französische Regierung und die anderen europäischen Regierungen auf, sich nicht beeindrucken zu lassen:
Das Protokoll von Cartagena ist ein internationaler Vertrag, der von der Europäischen Union unterzeichnet wurde und damit völlig legal ist. Herr Fischler missachtet die Gesetze. Die Europäische Kommission hat, indem sie Ende Juli ihre Richtlinien über die Koexistenz zwischen klassischem und auf GMO-basierendem Anbau annahm, keine bindenden Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten ausgesprochen und damit eine Reglementierung allein auf nationaler Ebene befürwortet.

Attac Frankreich sieht darin die Richtigkeit von José Bovés Aktionen gegen genmanipulierte Organismen bestätigt. [...]

29. Juli 2003

Anmerkung der SiG-Redaktion:

Zwischenzeitlich ist der nächste Handelskrieg eröffnet: Die USA klagen die EU vor der WTO wegen des Gentechnik-Moratoriums

Nachdem die "Konsultationen" vor der WTO zwischen den USA und der EU ergebnislos verliefen, haben die USA nun Klage gegen die EU eingelegt.

Grund ist das seit 1996 aufrechte Zulassungsmoratorium und das seit 1998 faktische Importverbot für gentechnisch veränderte Organismen in der EU. Die jüngste Regelung der EU, GMO doch zuzulassen, allerdings nur mit Etikettierung, ließ die USA unbeeindruckt. Die USA argumentieren, dass die von GMO ausgehende Gesundheitsgefahr wissenschaftlich nicht erwiesen sei, weshalb Moratorium und Importverbot gegen die WTO-Freihandelspflicht verstossen würden.

Kurioses Detail: Die USA argumentieren immer wieder mit der nicht vorhandenen "Wahlfreiheit" der EU-KonsumentInnen zwischen Gen-Food und Nicht-Gen-Food.
Gleichzeitig attackieren sie vehement die Kennzeichnung von Gen-Food.

Attac begrüßt Freilassung von José Bové: "Widerstand gegen WTO-Politik ist notwendig und legitim"

Attac Deutschland - Pressemitteilung
Frankfurt, 7. August 2003

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat mit großer Freude auf die Entlassung des prominenten französischen Bauernaktivisten und Globalisierungskritikers José Bové reagiert. Der Sprecher der linken Bauerngewerkschaft "Confédération Paysanne" war zu zehn Monaten Haft verurteilt worden und saß seit dem 22. Juni im Gefängnis, weil er im Rahmen einer Europa-Solidaritätstournee gegen die Praktiken des Agro-Multikonzerns Monsanto genmanipulierte Reissetzlinge bei Montpellier ausgerissen haben soll. Nach massenhaftem Protest in Frankreich und internationalen Solidaritätskundgebungen wurde er Anfang August nach nur sechs Wochen unter Auflagen aus der Haft entlassen.

"José Bovés Freilassung ist ein wichtiges Symbol für den Kampf gegen Gentechnik und die Agrarpolitik der WTO", sagte Paul Buntzel, Sprecher des Attac-Agrar-Netzes. "Die breite Solidarität hat auch gezeigt, dass die große Mehrheit der Menschen genmanipulierte Lebensmittel ablehnt." Beim Kongress "McPlanet.com - Die Umwelt in der Globalisierungsfalle" hatten Attac, BUND und Greenpeace gemeinsam Unterschriften für Bovés Freilassung gesammelt. In Frankreich werden am Wochenende bis zu 100.000 Menschen beim "Widerstandsfestival von Larzac" die Befreiung von José Bové feiern.

Den Kampf gegen die multinationalen Agrarkonzerne will José Bové nach seiner Entlassung nun wieder aufnehmen, unter anderem bei der nächsten WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún vom 10. bis 14. September. Auch Attac mobilisiert zu Protesten und sieht die Freilassung Bovés als wichtiges Symbol. Paul Buntzel: "Der Fall Bové beweist: Widerstand gegen die WTO-Politik ist notwendig und legitim."

Für Nachfragen: Paul Buntzel, Tel. +49 (0)178 543 9049